

Potentialismus: Ein sozioökonomisches Modell für die postindustrielle KI-Gesellschaft

Einleitung

Deutschland – und die gesamte Welt – stehen an der Schwelle zur tiefgreifendsten gesellschaftlichen Disruption seit Beginn der industriellen Revolution. Innerhalb der kommenden 5 bis 10 Jahre könnten bis zu 65 % der heute bestehenden Arbeitsplätze von autonomen Robotern und künstlicher Intelligenz (KI) übernommen werden. Eine Entwicklung, deren Auswirkungen weit über wirtschaftliche oder technologische Fragen hinausreichen: Sie bedroht unmittelbar die Fundamente unseres heutigen Staats- und Gesellschaftssystems, denn ein Großteil der Erwerbsbevölkerung könnte in kürzester Zeit nicht nur arbeitslos, sondern dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sein.

Das hat gravierende Konsequenzen: Die Betroffenen zahlen nicht mehr in die sozialen Sicherungssysteme ein, die in Deutschland maßgeblich auf Erwerbseinkommen beruhen – insbesondere Rente, Kranken- und Arbeitslosenversicherung –, sondern werden im Gegenteil selbst dauerhaft zu Transferempfängern. Dem Staat brechen dadurch in einem bisher ungekannten Ausmaß Einnahmen weg, während gleichzeitig die Ausgaben für Sozialleistungen exponentiell steigen. Das heute geltende Generationenmodell, bei dem Erwerbstätige die soziale Sicherung finanzieren, kollabiert in dieser Situation nahezu zwangsläufig.

Parallel dazu bricht auch das Fundament der kapitalistischen Marktwirtschaft weg: die Konsumnachfrage. Wenn Millionen Menschen aufgrund wegfallender Arbeit über drastisch reduzierte Einkommen verfügen, entfällt ihr Konsum, der bislang als Motor der Wirtschaft fungierte. Viel wichtiger ist jedoch, dass Roboter und autonome KI-Systeme gar nicht konsumieren. Das wiederum führt zu einer sich selbst verstärkenden Spirale aus sinkender Nachfrage, weiterem Arbeitsplatzverlust und schwindender Kaufkraft. Die kapitalistische Wirtschaft, so wie wir sie kennen, wird unter diesen Bedingungen nicht überlebensfähig sein.

Diese doppelte Krise – der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und das Versiegen des Konsummotors – zwingt Politik und Gesellschaft zum Handeln. Traditionelle Modelle wie Kapitalismus, Sozialismus oder die soziale Marktwirtschaft bieten hierfür keine ausreichenden Antworten mehr. Deshalb entwickelt diese Arbeit ein völlig neues Paradigma, das in der Lage ist, die anstehende Transformation konstruktiv zu gestalten. Wir nennen diesen Ansatz „**Potentialismus**“ – eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Menschen nicht länger primär als Arbeitskraft und Konsumenten versteht, sondern als Träger individueller Potentiale und kreativer Fähigkeiten.

Die vorliegende Untersuchung zeigt nicht nur wissenschaftlich fundiert auf, warum ein radikaler Wandel unausweichlich ist, sondern präsentiert mit dem Potentialismus zugleich einen Lösungsansatz, der sowohl sozialpolitisch tragfähig als auch ökonomisch nachhaltig ist. Sie soll insbesondere politischen Entscheidungsträgern helfen, die Dringlichkeit und die Chancen dieser epochalen Veränderung zu erkennen und aktiv zu gestalten.

Im Folgenden wird zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit den etablierten sozioökonomischen Systemen unternommen (Kap. 1), um ihre Stärken und Schwächen im Kontext der Automatisierung aufzuzeigen. Kapitel 2 analysiert detailliert die drohende Disruption des deutschen Arbeitsmarktes durch KI – differenziert nach Branchen, Beschäftigungsstruktur und volkswirtschaftlichen Folgen – unter Einbezug aktueller Daten deutscher Institute (IAB, BIBB, DIW, Statistisches Bundesamt). Anschließend diskutiert Kapitel 3 die fiskalische Tragfähigkeit eines auf Blockchain-Technologie basierenden bedingungslosen Grundeinkommens (Basic Income, BGE) als Kernbestandteil des Potentialismus, mit Schwerpunkt auf technischer Umsetzbarkeit, rechtlichem Rahmen und Akzeptanz in Deutschland. In Kapitel 4 wird das Konzept Potentialismus selbst ausgearbeitet – als neuer ökonomischer Ansatz, der individuelle Entfaltung, Gemeinwohlorientierung und gesellschaftliche Innovation ins Zentrum stellt. Kapitel 5 vergleicht internationale Erfahrungen (u. a. Finnland, Kanada, Schweiz, Estland) und ordnet das Modell in globale Entwicklungen ein. Darauf aufbauend skizziert Kapitel 6 ein Design für eine eigene empirische Untersuchung (z. B. Bevölkerungsumfrage, Experteninterviews), um die Realisierbarkeit von Potentialismus weiter zu untermauern. Kapitel 7 reflektiert ethische, kulturelle und bildungspolitische Implikationen einer postarbeitslichen Gesellschaft. Abschließend zieht das Fazit die Erkenntnisse zusammen und diskutiert offene Fragen.

Ziel ist es, eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für politisch interessierte Entscheidungsträger in Deutschland zu bieten, um informierte Debatten über einen möglichen Paradigmenwechsel hin zu „Potentialismus“ führen zu können.

1. Kritik bestehender politisch-ökonomischer Systeme

Angesichts einer Zukunft, in der ein Großteil der Wertschöpfung von Maschinen erbracht wird, lohnt der kritische Blick auf die traditionellen Modelle **Kapitalismus**, **Sozialismus** und **Sozialstaatliche Marktwirtschaft**. Jedes dieser Systeme bietet Lösungsansätze, hat jedoch spezifische Schwächen im Umgang mit der Automatisierungsrevolution:

- **Kapitalismus:** Die kapitalistische Marktwirtschaft zeichnet sich durch Privateigentum an Produktionsmitteln, Wettbewerb und Gewinnorientierung aus. Sie hat historisch zu immensem Wohlstand und Innovation geführt, ist jedoch zugleich mit wachsender Ungleichheit verbunden. Empirisch ist in den letzten Jahrzehnten in den meisten entwickelten Ländern eine deutlich steigende Konzentration von Einkommen und Vermögen zu beobachten (Brandolini und Smeeding 2012; Piketty 2014). Kapitalakkumulation bei einer kleinen Elite und stagnierende Löhne breiter Schichten sind Symptome, die bereits Thomas Piketty (2014) als strukturelles Resultat von $r > g$

(Kapitalrendite > Wachstumsrate) analysierte. Im Kontext weitgehender Automatisierung droht der Kapitalismus diese Tendenzen zu verschärfen: Die Eigentümer der KI-Systeme (z. B. große Tech-Konzerne) könnten den Großteil der Produktivitätsgewinne abschöpfen, während Millionen Menschen ihre Erwerbsgrundlage verlieren. Zwar entstehen erfahrungsgemäß auch neue Jobs durch Technologie, doch das Kernproblem liegt laut Historiker *Yuval Noah Harari* darin, genügend neue Tätigkeiten zu schaffen, in denen Menschen besser sind als Algorithmen (Harari 2017). Andernfalls entsteht bis 2050 eine neue Klasse von Menschen, „die nicht nur arbeitslos, sondern *unvermittelbar* sind“ – Harari spricht von einer „*useless class*“, einer *nutzlosen Klasse* (Harari 2017). Der Kapitalismus, der Arbeit als zentrales Bindeglied von Einkommen, sozialem Status und Konsumnachfrage voraussetzt, gerät damit in eine Legitimations- und Funktionskrise.

- **Sozialismus:** Sozialistische oder kommunistische Systeme streben die kollektive Kontrolle der Produktionsmittel und eine planwirtschaftliche Allokation an, um Ungleichheit zu beseitigen. Theoretisch würden in einer vollautomatisierten Wirtschaft die Produzierenden (hier: die Maschinen) kollektiv allen gehören, und der Output käme der Allgemeinheit zugute – eine Vision, die an *Karl Marx'* Ideal einer von Ausbeutung befreiten Gesellschaft erinnert (Marx 1867). Tatsächlich adressiert der Sozialismus das Problem der ungleichen Verteilung von Überschüssen, allerdings um den Preis zentralistischer Steuerung. Historische Erfahrungen – etwa in der Sowjetunion – zeigen, dass Planwirtschaft oft mit Ineffizienz, Innovationshemmung und Freiheitsdefiziten einherging. In einer dynamischen KI-Wirtschaft könnten starre staatliche Planungsmechanismen überfordert sein, mit dem Tempo technologischer Disruption Schritt zu halten. Zudem birgt eine vollständige Verstaatlichung aller KI-Systeme enorme Risiken von Machtkonzentration beim Staat (Stichwort „*Big Brother*“). Potentialismus wird sich daher von einem sozialistischen Ansatz abgrenzen müssen, indem zwar die Ergebnisse der Automatisierung allen zugutekommen, aber ohne die Innovationskraft dezentraler Akteure abzuwürgen. Ansätze wie „Vollautomatisierter Luxuskommunismus“ (Bastani 2019) propagieren zwar eine Mischung aus Automation und Gemeineigentum, bleiben aber die Antwort schuldig, wie individuelle Freiheit und kollektive Steuerung ausbalanciert werden können.
- **Sozialstaat / Soziale Marktwirtschaft:** Die Bundesrepublik Deutschland und viele EU-Staaten praktizieren einen dritten Weg – die soziale Marktwirtschaft, einen Kapitalismus mit starkem Sozialstaat. Umverteilung durch Steuern, Sozialversicherungen und Transfers soll Marktergebnisse korrigieren und soziale Härten abfedern. Dieses Modell erzielt grundsätzlich hohe Wohlfahrtsniveau und relative Stabilität. Doch die Finanzierungslogik des Sozialstaats basiert wesentlich auf der Erwerbsarbeit: Löhne und Gehälter werden mit Sozialabgaben belastet, die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung speisen sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen. Sinkt die Beschäftigung drastisch, gerät diese Finanzierung in Schieflage. Schon heute zeichnet sich durch den demografischen Wandel ein Ungleichgewicht ab – die Alterung der Gesellschaft erodiert das Beitragsaufkommen

relativ zu den Leistungsempfängern. Automatisierung verstärkt diesen Trend, wenn Roboter keine Rentenbeiträge zahlen. Erste Konzepte wie eine „*Robotersteuer*“ werden diskutiert, um Maschinen an der Sozialversicherung zu beteiligen (vgl. Gates 2017). Einige Ökonomen sehen darin „die einzige Chance, den Sozialstaat nachhaltig zu finanzieren“, sollte menschliche Arbeit weiter zurückgehen. Zugleich würde eine Massenarbeitslosigkeit trotz Transfers das gegenwärtige Selbstwertmodell erschüttern – Lohnarbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern kulturell mit sozialer Teilhabe und Identität verknüpft. Der Sozialstaat steht also vor einem Dilemma: Er muss bei schrumpfender Beitragsbasis eine Grundsicherung für immer mehr Menschen gewährleisten und gleichzeitig einen Sinn- und Strukturverlust kompensieren, wenn *Arbeit* nicht mehr das Zentrum des Lebens ist.

Zwischenfazit: Keines der bestehenden Modelle liefert für sich genommen eine zufriedenstellende Antwort auf die Automatisierungsfrage. Der Kapitalismus droht in extreme Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltung zu führen, der Sozialismus in Zentralismus und potenzielle Innovationsstarre, und der klassische Sozialstaat könnte finanziell und normativ überfordert werden. Diese Analyse untermauert die Notwendigkeit, **neu zu denken**. Ein neuer Ansatz müsste die Effizienz und Innovationsfreude der Marktwirtschaft erhalten, die **soziale Gerechtigkeit** radikal stärken und die **individuelle Freiheit** nicht beschneiden – eine Quadratur des Kreises, die Potentialismus leisten will.

2. Disruption des Arbeitsmarkts durch KI und Automatisierung in Deutschland

Um die Dringlichkeit des Wandels zu unterstreichen, betrachtet dieses Kapitel detailliert die Auswirkungen der KI-Automatisierung auf Branchen, Beschäftigungsstruktur und gesamtwirtschaftliche Kennzahlen in Deutschland. Basierend auf aktuellen Untersuchungen deutscher Forschungsinstitute lässt sich bereits heute das erhebliche Substitutionspotenzial von Arbeit durch Technologie empirisch belegen.

2.1 Automatisierungspotenzial nach Branchen und Berufen

Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass nicht mehr nur einfache Routinejobs durch Computer ersetzbar sind, sondern zunehmend auch komplexere Tätigkeiten automatisiert werden können (Matthes et al. 2021). Der Anteil der potenziell automatisierbaren Aufgaben ist je nach Qualifikationsniveau und Branche sehr unterschiedlich verteilt. Tabelle 1 gibt einen Überblick über aktuelle Schätzwerte (Stand 2019):

Berufsgruppe / Branche	Anteil potenziell automatisierbarer Tätigkeiten (2019)
Helfer- und Fachkraftberufe	ca. 60 % iab.de

Spezialistenberufe	ca. 45 % iab.de
Expertenberufe	ca. 26 % iab.de
Fertigungsberufe (Produktion)	bis zu 84 % iab.de
Soziale und kulturelle Dienstleistungen	nur 13 % iab.de

Tabelle 1: Automatisierungspotenzial von Tätigkeiten in Deutschland nach Berufssegmenten (IAB-Studie 2019).

Wie die Zahlen verdeutlichen, sind vor allem **industrielle Fertigungstätigkeiten** extrem ersetzbar – hier könnten vier von fünf Tätigkeiten bereits mit heutiger Technologie automatisiert ablaufeniab.de. Klassische Bürowesen, administrative Routinen und einfache Servicejobs weisen ebenfalls hohe Automatisierungsquoten auf. Dagegen sind **sozial-interaktive Berufe** – etwa Pflege, Erziehung, kreative und kulturelle Dienstleistungen – weit weniger substituierbar (nur ~13 % der Tätigkeiten)iab.de. Interessanterweise hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass auch **hochqualifizierte Fach- und Spezialistentätigkeiten** zunehmend von KI-Systemen übernommen werden können. Zwischen 2016 und 2019 stieg der Anteil der automatisierbaren Tätigkeiten in Fachkraft- und Spezialistenberufen deutlich um rund 4-5 Prozentpunkte, während er bei einfachen Helfertätigkeiten kaum mehr zunahmiab.de. Dies deutet darauf hin, dass neuere Technologien speziell darauf abzielen, *komplexere Aufgaben* zu meistern (z. B. KI in Diagnose, Juristerei, Forschung). Dennoch gilt nach wie vor: **Je höher das Anforderungsniveau eines Berufs, desto geringer ist (noch) der automatisierbare Anteil**iab.de.

Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine potenzielle „**Polarisierung**“ des Arbeitsmarkts: Während einfache und mittlere Qualifikationsniveaus überproportional durch Technologie bedroht sind, bleiben Spitzenqualifikationen eher gefragt – zumindest bis KI eines Tages auch kreatives und abstraktes Denken vollumfänglich übertrifft. Bereits in den 2010er Jahren zeigte sich international ein Trend zum Wegfall von Routine-Mitteljobs und parallelem Wachstum von Hochlohn- und Niedriglohnjobs („Polarisierungseffekt“, vgl. Goos et al. 2014). Deutschland mit seinem starken **industriellen Kern** ist besonders exponiert: Rund 23–24 % der Erwerbstätigen arbeiten im Produzierenden Gewerbe (Industrie, Bau etc.), weitere ~75 % im Dienstleistungssektor, während die Landwirtschaft unter 2 % fälltdestatis.de. Die fortschreitende **Digitalisierung der Industrie (Industrie 4.0)** bedroht nicht nur Fabrikarbeit, sondern auch vor- und nachgelagerte Bereiche (Logistik, Verwaltung). Branchenstudien für einzelne Regionen bestätigen dieses Bild: So können in manchen Berufsgruppen in Berlin/Brandenburg bis zu 80 % der Tätigkeiten automatisiert werden, insbesondere in Produktion und Büroarbeitiab.de.

2.2 Beschäftigungsstruktur und erste Auswirkungen

Deutschland verzeichnet derzeit historisch hohe Erwerbstätigenzahlen (2024: ca. 46 Millionen Erwerbstätige)destatis.de, wovon etwa drei Viertel im tertiären Sektor (Dienstleistungen)

beschäftigt sind. Trotz dieses robusten Arbeitsmarkts gibt es bereits Anzeichen für **technologiebedingte Verschiebungen**: Die *Beschäftigungsanteile* in Industrie und Verwaltung stagnieren oder sinken tendenziell, während z. B. IT-Sektor und personenbezogene Dienstleistungen wachsen. Das IAB berichtet, dass 2019 schon **11,3 Millionen Beschäftigte** in Deutschland in Berufen tätig waren, in denen „eine große Zahl der Tätigkeiten heute schon potenziell von Computern erledigt werden könnte“ (IAB 2021)iab.de. Dies entspricht etwa **25 %** aller Jobs. Natürlich bedeutet *potenzielle* Automatisierbarkeit nicht, dass diese Jobs bereits verschwunden sind – oft werden neue Technologien ergänzend eingesetzt (*Automation* vs. *Augmentation*). Allerdings zeigt die Statistik einen klaren Trend: Das *Substituierbarkeitsrisiko* steigt, und es verschiebt sich in die Breite der Qualifikationen hinein.

Volkswirtschaftlich schlagen Automatisierungsprozesse zweischneidig zu Buche: Einerseits erhöhen sie die **Produktivität** und senken langfristig die Kosten der Güterproduktion, was Wachstumspotenziale eröffnet. Andererseits können sie kurzfristig zu **Arbeitslosigkeit** führen und die **Lohnquote** (Anteil der Löhne am Volkseinkommen) verringern, während Gewinne und Kapitalerträge steigen. Modellrechnungen des **Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** und IAB (im Rahmen des QuBe-Projekts) simulieren verschiedene Zukunftsszenarien. In einem Szenario hoher Automatisierung und schwacher Nachfrage nach Arbeit könnte bis 2040 die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** deutlich steigen und die Löhne insbesondere im unteren Segment unter Druck geraten (vgl. Maier et al. 2021, BIBB/IAB-Projektion). Eine andere Studie prognostiziert, dass bis Anfang der 2030er Jahre in Deutschland netto Millionen Arbeitsplätze wegfallen könnten – selbst unter Berücksichtigung neuer Jobs – wenn kein gezieltes Gegensteuern erfolgt (WEF 2020, Future of Jobs Report).

Bereits in der jüngeren Vergangenheit gab es **regionale Verwerfungen**: Beispielsweise verloren große Einzelhandelsketten und Banken Tausende Stellen durch Online-Handel und digitale Self-Service-Systeme. Die Automobilindustrie – Herzstück der deutschen Wirtschaft – steht vor einer doppelten Disruption: der Umstellung auf Elektromobilität *und* der Automatisierung von Fertigung und ggf. autonomem Fahren. Dadurch könnten klassische Montage-Arbeitsplätze, aber auch Berufskraftfahrer mittelfristig in großem Umfang wegfallen. Schätzungen des **Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung** ergaben, dass alleine durch *digitalen Strukturwandel* (ohne Pandemieeffekte) in den Jahren 2011–2016 etwa 1,5 Millionen Jobs in Deutschland verdrängt, aber zugleich 1,4 Millionen neue geschaffen wurden (IAB Forschungsbericht 2018). Die Herausforderung liegt also weniger in einem plötzlichen Kollaps, sondern in einer **schleichenden Erosion** tradierter Berufsbilder. Ohne Anpassung der Qualifikationen droht vielen Beschäftigten ein Abstieg von gut bezahlten Facharbeiterjobs in prekäre Tätigkeiten oder Dauerarbeitslosigkeit.

2.3 Volkswirtschaftliche Folgen und die Notwendigkeit neuer Lösungen

Setzt sich die Automatisierungsdynamik ungebremsst fort, zeichnen sich für Deutschland gravierende volkswirtschaftliche Konsequenzen ab:

- **Strukturelle Arbeitslosigkeit**: Anders als in früheren Technologiewellen (etwa der Mechanisierung) ist diesmal auch der Dienstleistungssektor stark betroffen, inklusive

vermeintlich „sicherer“ Bürojobs durch KI. Sollte tatsächlich ein Großteil (z. B. 50–65 %) der heutigen Arbeiten von KI übernommen werden, könnte die Erwerbsarbeit zur Minderheit werden. Eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit neuer Qualität entstünde, mit all ihren sozialen Folgekosten.

- **Produktivitätsboom bei ungleicher Verteilung:** Die gesamtwirtschaftliche Produktion könnte sogar steigen – Maschinen arbeiten 24/7, und KI könnte innovative Lösungen generieren. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** pro Kopf würde in einem utopischen Szenario stark wachsen. Allerdings stellt sich die Verteilungsfrage: Ohne Mechanismen der Teilhabe würden Kapitaleigner und KI-Betreiber unverhältnismäßig profitieren, während die Massen Kaufkraft verlieren. Dies könnte die **Binnennachfrage** schwächen und paradoxerweise in Überproduktionskrisen münden (klassische *Keynes'sche Nachfragelücke*).
- **Erosion der Steuer- und Beitragsbasis:** Ein Sozialsystem, das auf Lohnsteuern und Sozialabgaben fußt, geriete in Schieflage. Weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigte bedeuten Mindereinnahmen für Renten, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und den Fiskus. Ohne neue Finanzierungsquellen müsste der Staat entweder Sozialleistungen kürzen oder Schulden massiv erhöhen – beides politisch und ökonomisch heikel. Erste Ideen sehen vor, **Roboter und KI** ähnlich wie menschliche Arbeitskräfte mit Abgaben zu belegen („*Robotertarif*“) [swp.de](https://www.swp.de), oder Unternehmensgewinne deutlich höher zu besteuern, um die **Produktivitätsdividende** abzuschöpfen.
- **Qualifikationsgap und Bildungsbedarf:** Die entstehenden neuen Jobs (z. B. KI-Entwickler, Datenwissenschaftler, Robotik-Wartung, Kreativbranchen) erfordern oft ganz andere Fähigkeiten als die wegfallenden. Ohne massive Umschulung und Weiterbildung droht ein **Mismatch** am Arbeitsmarkt: Arbeitslose auf der einen Seite, unbesetzte Stellen auf der anderen. Bildungsinstitutionen stehen unter Druck, mit Curricula für digitale Kompetenzen, Kreativität und sozialer Interaktion aufzuwarten, die Maschinen nicht bieten können.

Diese Entwicklungen untermauern: Der Übergang zu einer Post-Arbeits-Gesellschaft muss aktiv gestaltet werden. Es reicht nicht, auf Marktkräfte zu vertrauen oder alte sozialstaatliche Pflaster zu kleben. Viele Experten fordern einen neuen **gesellschaftlichen Vertrag** („new social contract“), der die Wertschöpfung der Maschinen zum Wohl aller Menschen nutzt (OECD 2019; WEF 2020). Genau hier setzt das Konzept **Potentialismus** an, dessen Eckpfeiler – insbesondere ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert durch automatisierte Wertschöpfung – im nächsten Abschnitt auf ihre Machbarkeit geprüft werden.

3. Fiskalische Tragfähigkeit eines blockchain-basierten Grundeinkommens in Deutschland

Ein zentrales Instrument des Potentialismus ist ein **bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)**, das allen Bürger:innen ein existenzsicherndes Einkommen garantiert – unabhängig von Erwerbsarbeit. In diesem Kapitel wird untersucht, wie ein solches BGE in Deutschland umgesetzt und finanziert werden könnte, wenn es mittels **Blockchain-Technologie** administriert wird. Insbesondere stehen die Fragen im Raum: *Ist ein ausreichendes Finanzierungsvolumen mobilisierbar? Welche technischen Lösungen* bietet eine Blockchain hierfür? Passt dies in den **rechtlichen Rahmen**? Und wäre ein solcher radikaler Schritt **gesellschaftlich akzeptiert**?

3.1 Finanzierung und fiskalische Tragfähigkeit

Die offenkundigste Hürde eines allgemeinen Grundeinkommens in entwickelten Volkswirtschaften sind die enormen **Kosten**. Die Größenordnung lässt sich am Beispiel Deutschlands verdeutlichen: Bei ~83 Millionen Einwohnern und einer monatlichen Zahlung von z. B. 1.000 € pro Person ergäben sich jährliche Bruttokosten von 996 Mrd. € (rund *1 Billion Euro*, ca. 30 % des BIP). Selbst wenn man ein Staffelformat wählt – etwa 1.200 € für Erwachsene und 600 € für Minderjährige, wie in einer DIW-Modellrechnung angenommen – summieren sich die Kosten auf etwa **1,1 Billion € pro Jahr (≈25 % des BIP)**[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Allerdings darf man hierbei berücksichtigen, dass ein BGE große Teile des bestehenden Sozialsystems ersetzen würde. Im genannten DIW-Modell würden nahezu alle transferfinanzierten Sozialleistungen (Bürgergeld, Sozialhilfe, BAföG, Wohngeld, Kindergeld etc.) obsolet und könnten eingespart werden, was ca. **100 Mrd. €** Entlastung brächte[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Die **Nettokosten** lägen dann immer noch um 1,0 Billion € jährlich – eine gewaltige Lücke, die durch zusätzliche Einnahmen geschlossen werden müsste.

Wie *kann* ein Staat eine solche Summe aufbringen, ohne fiskalisch zu kollabieren? Eine DIW-Studie (im Auftrag des Vereins „Mein Grundeinkommen“) zeigt einen möglichen Pfad auf: Durch eine **radikale Steuerreform mit Flat Tax**. Konkret wurde berechnet, dass eine **Einheitssteuer von 50 %** auf *sämtliche* Einkommen (Arbeit und Kapital) – ohne Freibeträge – in Kombination mit einer vereinheitlichten Umsatzsteuer und einer CO₂-Abgabe die Finanzierung nahezu decken könnte (Fratzscher 2022)[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). In diesem Szenario behielte jede:r Bürger:in von jedem zusätzlich verdienten Euro nur 50 Cent, hätte aber im Gegenzug das Grundeinkommen von 1.200/600 € sicher[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Überraschenderweise würde laut dieser Berechnung die **Einkommensungleichheit deutlich sinken** – der Gini-Index ginge zurück und die Zahl der Armutsgefährdeten würde von 13 auf 4 Millionen fallen[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Spitzenverdiener hätten zwar absolut weniger Netto (ca. 15 % weniger als heute)[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de), aber *niemand* fiel unter das Existenzminimum. Diese Simulation widerlegt das oft gehörte Argument, ein BGE sei unfinanzierbar – es zeigt vielmehr: **Prinzipiell** ist genug gesellschaftlicher Reichtum vorhanden, wenn er konsequent umverteilt wird (Fratzscher 2022).

Allerdings sind solche tiefgreifenden Steueränderungen politisch äußerst ambitioniert. Eine 50 %-Flat Tax bedeutet für mittlere und hohe Einkommen spürbare Mehrbelastungen. Zwar deuten Umfragen an, dass eine beachtliche Zahl von Menschen dennoch ein BGE unterstützt – in Deutschland befürworten stabil rund **50 % der Befragten** ein BGE-Modell (Adriaans et al.

2019)diw.dediw.de, und viele wären sogar bereit, dafür höhere Steuern in Kauf zu nehmen (ebd.). Dennoch stellen sich Gerechtigkeitsfragen: Ist es fair, auch kleine Erwerbseinkommen ab dem ersten Euro mit 50 % zu besteuern? Würde eine hohe Konsumsteuer nicht Geringverdiener wieder überproportional treffen? Hier ließe sich gegensteuern, etwa durch eine gestaffelte negative Einkommenssteuer oder Zuschläge auf Luxusgüter statt Grundbedarf.

Für Potentialismus interessant ist die Idee, die **Automationserträge direkt an die Bürger auszuschütten**. Ein Ansatz besteht darin, eine **Roboter- bzw. Automationsdividende** einzuführen: Unternehmen, die KI in großem Stil einsetzen, könnten verpflichtet werden, einen Teil der dadurch erzielten Effizienzgewinne in einen staatlichen BGE-Fonds einzuzahlen. Alternativ könnte der Staat Beteiligungen an Schlüsseltechnologien erwerben (ähnlich einem Staatsfonds) und die Renditen daraus als BGE auszahlen. In gewisser Weise würde damit die Wertschöpfung der Maschinen in ein Commons überführt. Dies knüpft an den Vorschlag eines „**Daten- oder KI-Fonds**“ an, wie ihn etwa der Ökonom *Thomas Straubhaar* ins Spiel bringt: Bürger erhalten anteilig eine „KI-Dividende“ für die Nutzung ihrer Daten und den Einsatz von Automatisierung in ihrem Namen.

Kurzfristig sind solche Mechanismen komplex, weshalb interimistisch eine Finanzierung über Steuern naheliegt. Die fiskalische Tragfähigkeit hängt dann wesentlich vom politischen Willen ab, Umverteilung in bislang unbekanntem Ausmaß zu wagen. Die Rechnung des DIW belegt immerhin: Die **finanzielle Last** eines Grundeinkommens muss nicht zwangsläufig Wirtschaft und Staat überfordern, wenn es intelligent gegenfinanziert wird. Wichtig ist auch die **dynamische Betrachtung**: Ein Grundeinkommen würde selbst wirtschaftliche Effekte erzeugen – etwa erhöhte **Kaufkraft** breiter Schichten, mehr **Gründungen** (da die Existenz gesichert ist) und ggf. Produktivitätsfortschritte durch bessere Gesundheit und Bildung der Bevölkerung. Einige dieser Second-Round-Effekte könnten wieder Mehreinnahmen generieren (höhere Mehrwertsteuer durch mehr Konsum etc.). Modellschätzungen legen nahe, dass ein BGE *nicht* zu einem massenhaften Rückgang der Erwerbsbeteiligung führen muss – empirische Pilotprojekte (siehe Kap. 5) zeigen sogar, dass viele Menschen weiterhin arbeiten und teilweise höhere Bildungsabschlüsse anstreben, wenn sie ein Grundeinkommen erhalten (Ferdosi et al. 2022)en.unesco.org.unesco.org.

Zusammengefasst: Ein BGE im Potentialismus-Format (als allgemeines Bürgerrecht finanziert aus Automationsgewinnen) ist fiskalisch **nicht trivial, aber möglich**. Es erfordert umfangreiche Steuerreformen oder innovative Finanzierungsinstrumente. Sollte die Automatisierung die Produktivität exponentiell steigern, wächst auch der Kuchen, der verteilt werden kann – Potentialismus zielt darauf, diesen Kuchen gerecht aufzuteilen, bevor soziale Spannungen entstehen.

3.2 Technologische Umsetzbarkeit: Blockchain als Infrastruktur

Eine Besonderheit des hier diskutierten Modells ist die Verwendung von **Blockchain-Technologie** zur Verwaltung und Auszahlung des Grundeinkommens. Warum Blockchain? Befürworter argumentieren, dass eine **dezentrale, transparente Ledger-Technologie** Vertrauen schaffen und Bürokratie abbauen kann. In einer Blockchain

ließen sich Berechtigtenkonten anlegen, auf die regelmäßig digitale Tokens als Grundeinkommen ausgeschüttet werden. Diese Tokens könnten entweder eine eigene Kryptowährung darstellen oder an den Euro gekoppelte Stablecoins sein.

Vorteile einer solchen Lösung aus technologischer Sicht:

- **Transparenz und Fälschungssicherheit:** Jede Transaktion (Auszahlung an Individuen, Zahlung im Alltag) wird unveränderbar dokumentiert. Missbrauch, etwa doppelte Zahlungen oder unberechtigte Ansprüche, wären technisch unterbunden. Gleichzeitig ist für alle nachvollziehbar, wie viel an Grundeinkommen im Umlauf ist – **Vertrauen** in das System könnte so steigen.
- **Automatisierung durch Smart Contracts:** Auszahlungsregeln (z. B. monatliche Gutschrift für jeden Erwachsenen) ließen sich als Smart Contract programmieren. Dadurch würde die Verteilung **automatisch** erfolgen, ohne behördlichen Aufwand. Auch etwaige Anpassungen (z. B. inflationsindexierte Erhöhung) könnten algorithmisch geregelt sein.
- **Inklusive Finanzinfrastruktur:** Eine Blockchain-basierte Lösung könnte jenen den Zugang erleichtern, die sonst kein Bankkonto haben. Über Smartphone-Wallets wäre jeder direkt angebunden. Länder wie Estland, die bereits digitale ID-Systeme haben, könnten diese mit einer Wallet verknüpfen, sodass jede Person eindeutig identifizierbar ist für den Erhalt des BGE (vgl. Estlands eID-Infrastruktur, Kap. 5).
- **Dezentralität und Resilienz:** Anstatt auf eine zentrale Behörde oder IT-Struktur zu vertrauen, verteilt sich das System über viele Knoten. Dies erschwert Ausfälle oder Cyberangriffe. Auch die politische **Unabhängigkeit** wird betont: Eine einmal etablierte Blockchain könnte weniger anfällig für willkürliche Eingriffe sein (z. B. durch Regierungswechsel), da Regeln konsensbasiert von der Gemeinschaft geändert werden müssten.

Es gibt jedoch ebenso klare Herausforderungen:

- **Skalierbarkeit und Effizienz:** Bisherige Blockchains (z. B. Bitcoin, Ethereum) stoßen bei sehr vielen Transaktionen an Performance-Grenzen und verursachen teils hohe Gebühren. Ein BGE-System müsste Millionen Transaktionen monatlich abwickeln – womöglich sind dafür spezielle **permissioned Blockchains** oder neue effiziente Protokolle nötig, um Latenzen und Kosten minimal zu halten.
- **Stabilität des Token-Werts:** Ein eigenes Kryptotoken fürs BGE macht nur Sinn, wenn es stabil ist. Starke Kursschwankungen würden die Kaufkraft des Grundeinkommens unberechenbar machen. Daher wird oft eine Anbindung an etablierte Währungen oder harte Assets vorgeschlagen (Stablecoin). Alternativ könnte der Staat selbst die **Emission einer digitalen Währung** übernehmen (etwa ein digitaler Euro via EZB) und

diese für BGE nutzen.

- **Energieverbrauch und Nachhaltigkeit:** Klassische Blockchains mit Proof-of-Work-Konsens (wie Bitcoin) sind extrem energieintensiv. Für ein soziales System wäre das kontraproduktiv. Neuere Mechanismen (Proof-of-Stake, Konsortial-Blockchains) sind weitaus effizienter und kämen hier in Betracht, um den ökologischen Fußabdruck gering zu halten.
- **Datenschutz und Anonymität:** Einerseits soll das System transparent sein, andererseits dürfen sensible persönliche Daten nicht offen einsehbar sein. Ein Lösungsweg könnten **pseudonyme Wallets** sein, die nur von autorisierten Stellen der Person zugeordnet werden können (ähnlich anonyme Bankkonten mit Identitätsnachweis bei Eröffnung). Moderne Kryptographie (Zero-Knowledge-Proofs) könnte es ermöglichen, Nachweise von Berechtigung zu erbringen, ohne alle Personendaten offenzulegen.

Ein Praxisbeispiel für blockchain-basiertes Grundeinkommen liefert das Projekt **Circles UBI** in Berlin. Circles ist eine auf Ethereum/Gnosis Chain basierende Community-Währung, die jedem Teilnehmer regelmäßig neue Token („CRC“) gutschreibt, um den Grundgedanken eines lokalen BGE zu testen. Der **Berliner Pilotversuch 2021** zeigte allerdings, dass technische Machbarkeit allein nicht genügt: Viele lokale Geschäfte, die CRC akzeptierten, tauschten **bis zu 90 % der erhaltenen Token sofort wieder in Euro um**, da sie ihre laufenden Kosten in Fiatgeld decken mussten [frontiersin.org](https://www.frontiersin.org). Dadurch zirkulierten die Tokens kaum in der Gemeinde, und der angestrebte unabhängige Wirtschaftskreislauf kam nicht zustande – letztlich *scheiterte* der Pilot an mangelnder Breite der Akzeptanz und den ökonomischen Realitäten [frontiersin.org](https://www.frontiersin.org). Die Entwickler zogen Lehren und arbeiteten an „Circles 2.0“ mit **stabilem Token** und besseren Anreizen. Das Beispiel Circles verdeutlicht: Eine Blockchain-Lösung braucht **Anbindung an die reale Wirtschaft**. Wenn alle dennoch Euros benötigen (für Miete, Rechnungen, Steuern), muss der BGE-Token entweder problemlos konvertierbar sein oder – im Idealfall – selbst als Zahlungs- und Steuermittel anerkannt werden. Dies spräche für eine **staatliche digitale Währung** anstelle einer Insellösung.

3.3 Rechtlicher Rahmen und Akzeptanz in Deutschland

Rechtlich wirft ein blockchain-basiertes BGE neuartige Fragen auf. Zunächst zur **Währungshoheit**: In Deutschland ist der Euro das gesetzliche Zahlungsmittel. Ein paralleles Kryptowährungssystem für ein zentrales Sozialsystem wäre juristisch sorgfältig zu gestalten. Entweder koppelt man es an den Euro (dann wäre es eher ein Auszahlungskanal, vergleichbar mit einer speziellen Art von Überweisung) oder man schafft gesetzliche Grundlagen für eine staatliche Kryptowährung. Die EU diskutiert ohnehin die Einführung eines **digitalen Euro** – dessen Infrastruktur könnte man potentiell für ein EU-weites oder nationales BGE nutzen.

Zivil- und steuerrechtlich müssten **Verbindlichkeiten und Ansprüche** rund ums BGE definiert werden: Hat jede Person einen einklagbaren Anspruch auf die Token? Wie wird Missbrauch

(z. B. Wallet von Verstorbenen) verhindert? Wie behandelt man Bürger:innen im Ausland oder Nicht-Staatsbürger im Inland? All das wären Fragen für ein BGE-Gesetz und zugehörige Ausführungsverordnungen. Vermutlich wäre eine **Änderung des Grundgesetzes** nicht zwingend nötig, da das GG kein konkretes Arbeitszwang- oder Entgeltprinzip festschreibt, aber Artikel 20 (Sozialstaatsprinzip) könnte als Grundlage dienen, um ein Grundeinkommen als neue Form sozialer Sicherung einzuführen. Einige Juristen argumentieren, ein wirklich *bedingungsloses* Grundeinkommen würde den Sozialstaat im GG zeitgemäß interpretieren – da es die Würde und Teilhabe aller garantiert. Andere meinen, es laufe der bisherigen Logik der Bedarfsprüfung und dem Äquivalenzprinzip zuwider. Letztlich wäre die Legislative gefordert, hier Klarheit zu schaffen.

Die **Akzeptanz** eines BGE im Allgemeinen und eines Blockchain-BGE im Besonderen ist eine sozialpolitische Schlüsselvariable. Aktuelle Umfragen in Deutschland zeigen ein **ambivalentes Bild**: Knapp die Hälfte der Bevölkerung befürwortet die Einführung eines Grundeinkommens (je nach Wortlaut 45–52 % Zustimmung)[diw.de](https://www.diw.de). Jüngere, besser Gebildete und einkommensschwächere Gruppen sind tendenziell positiver eingestellt[diw.de](https://www.diw.de/diw.de). Hauptargumente **dafür** sind die Bekämpfung von Armut, Freiheit von Zwangsarbeit und die Möglichkeit, sich z. B. ehrenamtlich, kreativ oder familiär zu entfalten. Hauptargumente **dagegen** sind die Kosten und die Befürchtung, dass niemand mehr arbeiten wolle („*Hängematten-Argument*“). Interessanterweise haben empirische Tests diese Befürchtung bislang **nicht bestätigt**: Im finnischen BGE-Experiment (2017–2018) etwa blieb die Beschäftigungsquote der BGE-Empfänger gegenüber der Kontrollgruppe praktisch unverändert, während ihr Wohlbefinden deutlich stieg (Kangas et al. 2019)[ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/ec.europa.eu). In einem deutschen Pilotprojekt (2020–2023) mit 122 Personen, die 1.200 € Grundeinkommen erhielten, ging ebenfalls die Erwerbsarbeit *nicht* signifikant zurück; viele nutzten das Geld für Weiterbildung oder Selbstständigkeit (DIW 2023, Bericht „Pilotprojekt Grundeinkommen“). Solche Ergebnisse können die **Akzeptanz** erhöhen, da sie mit Mythen („alle würden faul werden“) aufräumen.

Speziell ein **Blockchain-basiertes** System muss ebenfalls Vertrauen gewinnen. Während technikaffine Bürger:innen Vorteile sehen (Transparenz, keine Willkür durch Ämter), könnten andere misstrauisch reagieren: Unkenntnis über digitale Wallets, Ängste vor Hackerangriffen oder einfach Vorbehalte gegen „Internetgeld“ könnten die Nutzerakzeptanz bremsen. Hier wären **Aufklärung und nutzerfreundliche Gestaltung** essenziell. Der Staat müsste gewährleisten, dass niemand ausgeschlossen wird – z. B. einfache Mobile-App für Junge, physische Karten oder Offline-Lösungen für Ältere.

Zusammenfassend ist die **legale und soziale Implementierung** eines Blockchain-BGE komplex, aber machbar. Pilotprogramme unter wissenschaftlicher Begleitung könnten helfen, Kinderkrankheiten zu kurieren und Akzeptanz aufzubauen. Wichtig ist, dass ein solches System nicht als technokratisches Experiment „von oben“ kommt, sondern gesellschaftlich diskutiert und demokratisch legitimiert wird. Denn letztlich ist das BGE – ob auf Blockchain oder klassisch ausgezahlt – ein soziales Versprechen, das nur tragfähig ist, wenn eine **Mehrheit der Gesellschaft es mitträgt**.

4. Potentialismus: Ein neues ökonomisches Paradigma der Entfaltung

Aufbauend auf den vorigen Analysen entwickelt dieses Kapitel das Konzept **Potentialismus** als umfassenden Vorschlag für die Gestaltung einer postindustriellen Gesellschaft. Während Kapitel 1 die Defizite der bestehenden Systeme beleuchtet hat, soll Potentialismus Elemente daraus adaptieren und überwinden, um die Voraussetzungen des KI-Zeitalters zu erfüllen. Im Zentrum stehen **individuelle Potentialentfaltung**, **Gemeinwohlorientierung** und **gesellschaftliche Innovation**. Im Folgenden werden zunächst die **Grundprinzipien** des Potentialismus formuliert, dann seine Unterschiede zu Kapitalismus/Sozialismus herausgearbeitet und schließlich konkrete Veränderungen skizziert, wie sich Alltag und Institutionen wandeln könnten.

4.1 Grundprinzipien des Potentialismus

Potentialismus versteht sich als *socio-ökonomische Ordnung*, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – jedoch nicht als Arbeitskraft oder Konsument, sondern als **Träger von Fähigkeiten, Talenten und kreativem Potential**. Wertschöpfung wird neu definiert: Nicht mehr allein das Produzieren von Gütern oder Profiten gilt als wertvoll, sondern die *Entfaltung des menschlichen Potentials* an sich wird zum obersten Ziel. Dieses Paradigma beruht auf einigen Kernprinzipien:

- **Entkopplung von Arbeit und Einkommen:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein auskömmliches Leben, unabhängig von marktförmiger Erwerbsarbeit. Ein Grundeinkommen – wie in Kap. 3 diskutiert – garantiert materielle Basis und Sicherheit. Dadurch entsteht *frei verfügbare Zeit*, die der Einzelne für persönlich sinnstiftende Tätigkeiten nutzen kann: Weiterbildung, Kreativität, Pflege sozialer Beziehungen, bürgerschaftliches Engagement, politische Beteiligung etc. Einkommen ist also kein Zwangsmittel mehr zur Arbeitsaufnahme, sondern wird zum allgemeinen Bürgerrecht.
- **Neuer Wertbegriff:** Traditionelle ökonomische Kennziffern (BIP, Profit, Lohnhöhe) treten in den Hintergrund. Erfolg und Fortschritt werden im Potentialismus mit **Lebensqualität, Innovation und Gemeinwohlbeiträgen** gemessen. Beispielsweise könnte ein Index entwickelt werden, der **individuelle und kollektive Potentialausschöpfung** abbildet – etwa durch Indikatoren wie Bildungsstand, kulturelle Produktion, Gesundheitsniveau, Nachhaltigkeit, soziale Inklusion. Dieser Ansatz knüpft an den *Capability Approach* von Amartya Sen (1999) an, der Wohlfahrt daran bemisst, inwieweit Menschen die Freiheit haben, ein von ihnen geschätztes Leben zu führen, und welche Fähigkeiten sie verwirklichen können en.wikipedia.org.
- **Gemeinwohlorientierte Technologie:** Die in einer Potentialismus-Wirtschaft eingesetzten KI- und Automationssysteme werden so gestaltet, dass sie dem **kollektiven Nutzen** dienen. Die Überschüsse der hochproduktiven Maschinen fließen –

z. B. über das BGE – an alle zurück. Unternehmen und Start-ups existieren weiterhin, doch es entsteht ein *neuer Gesellschaftsvertrag*: Unternehmerischer Erfolg wird daran gemessen, wie sehr er Mensch und Umwelt zugutekommt. Daten, als Rohstoff der KI, werden als *Gemeingut* betrachtet – Individuen behalten die Souveränität über ihre Daten und partizipieren an deren Wert.

- **Dezentrale, partizipative Governance:** Potentialismus setzt auf **Bürgerbeteiligung** und dezentrale Entscheidung dort, wo es sinnvoll ist. Blockchain-Technologie oder ähnliche *Distributed-Ledger-Tools* könnten in der öffentlichen Verwaltung zum Einsatz kommen (vgl. Estlands e-Governance, Kap. 5), um transparente demokratische Prozesse zu fördern. Beispielsweise ließe sich über die Verwendung des Gemeinschaftsfonds (aus dem BGE finanziert wird) öffentlich abstimmen – eine Art direktdemokratischer Budgetierung. Damit würde vermieden, dass eine zentrale Planungsbehörde allein über Ressourcenverteilung entscheidet (Unterschied zum klassischen Sozialismus). Lokale Gemeinschaften könnten eigene Initiativen starten, gefördert durch gemeinschaftliches Kapital.
- **Förderung von Bildung, Kreativität und Muße:** Da die Menschen von existenziellen Arbeitszwängen entlastet sind, wird **Bildung zur lebenslangen Aufgabe und Freude**. Das Bildungssystem wird entsprechend reformiert: mehr freie Lernphasen, Förderung von Kreativität, kritischem Denken und sozialen Kompetenzen statt bloßer Berufsvorbereitung. Kulturelle und wissenschaftliche Aktivitäten erfahren hohen gesellschaftlichen Stellenwert – eine *Renaissance der Musen* wird angestrebt. Potentialismus schätzt die intrinsische Motivation: Menschen wollen lernen, schaffen und beitragen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. **Muße** und Reflexion sind kein Laster mehr (wie in der protestantischen Arbeitsethik), sondern essenziell für Innovation und persönliches Wachstum.

Zusammengefasst zielt Potentialismus darauf ab, die **Befreiung von der Notwendigkeit der Lohnarbeit** nicht als Krise, sondern als Chance für einen zivilisatorischen Fortschritt zu nutzen. Menschliche Tätigkeiten verlagern sich von der Produktion zur **Kreation** – im weitesten Sinne. Der Philosoph *Aristoteles* unterschied die Sphäre des bloßen Überlebens und die Sphäre des guten Lebens (*bios praktikós* vs. *bios theoretikós*); Potentialismus schafft Bedingungen, dass alle Menschen mehr Anteil am „guten Leben“ haben können, indem die maschinelle Produktivität die Basis sichert.

4.2 Abgrenzung von Kapitalismus und Sozialismus

Potentialismus kann als Synthese und Überwindung der beiden traditionellen Gegensätze Kapitalismus und Sozialismus verstanden werden:

- **Vom Kapitalismus übernimmt Potentialismus** die Idee des *dezentralen Innovationswettbewerbs*. Private Akteure – Individuen, Unternehmen, Kooperativen – sollen weiterhin neue Ideen verwirklichen können, Unternehmerische Freiheit bleibt

erhalten. Allerdings werden die *Ergebnisse* dieses Wettbewerbs anders verteilt: Der Mehrwert fließt breiter in die Gesellschaft zurück (über BGE oder Gemeinfonds), anstatt sich in wenigen Händen zu konzentrieren. Potentialismus strebt somit **effiziente Produktion** an, lehnt aber die ungezügelte Profitmaximierung als Ziel ab. *Adam Smiths* „unsichtbare Hand“ wird ergänzt durch eine **sichtbare Hand der Gemeinschaft**, die die Richtung des Fortschritts nach gemeinwohlorientierten Kriterien lenkt. Zum Beispiel könnte ein privat entwickeltes KI-System, das Krebs heilt, im Potentialismus profitabel sein – aber die Gewinne würden zu großen Teilen in die öffentliche Gesundheitsversorgung rückfließen, anstatt ausschließlich Aktienrenditen zu bedienen.

- **Vom Sozialismus übernimmt Potentialismus das Ideal der Gleichheit und Solidarität**, verzichtet jedoch auf die komplette Zentralplanung. Die Grundbedürfnisse aller werden garantiert (kein Armut, Zugang zu Bildung, Gesundheit, kultureller Teilhabe), was dem marx'schen Motto „Jeder nach seinen Bedürfnissen“ nahekommt. Doch anstatt dies durch staatliche Zuweisung von Arbeit und Gütern zu regeln, schafft Potentialismus einen *automatischen Mechanismus* (Blockchain-BGE), der diese Verteilung organisiert. Dadurch sollen bürokratische Ineffizienzen und Machtkonzentration vermieden werden. Das System ist *dezentral und transparent*, womit es auch der freiheitlichen Kritik am Sozialismus Rechnung trägt. Es ist kein Zufall, dass Potentialismus gerade durch die Verknüpfung von BGE mit Blockchain versucht, das **Vertrauensproblem** zu lösen: Wo Sozialismus auf Staatsvertrauen baut, baut Potentialismus auf technischen *Vertrauensprotokollen* (Algorithmus statt Funktionär).

In Summe entsteht ein **hybrides Modell**: Weder rein marktwirtschaftlich (da starke Umverteilung und neue Wertmaßstäbe), noch rein planwirtschaftlich (da dezentrale Akteure und Wettbewerb). Erfolg wird nicht mehr monetär definiert, sondern als **Beitrag zur Potentialentfaltung**. So könnte man sagen: *Im Kapitalismus entscheidet Kapital über die Allokation, im Sozialismus der Staat – im Potentialismus das Potential*. Das heißt, Investitionen fließen bevorzugt in Projekte, die menschliches Potential entwickeln (Bildung, Kultur, Innovationen für Nachhaltigkeit), finanziert durch die Überschüsse der Automatisierung.

4.3 Gesellschaftliche Veränderungen im Alltag

Wie würde ein potentialistisches Deutschland konkret aussehen? Einige Szenarien und Veränderungen im Vergleich zu heute:

- **Arbeitswelt**: Die traditionelle 40-Stunden-Erwerbsarbeit ist nicht mehr Norm. Viele Menschen **arbeiten weniger Stunden** in klassischen Jobs, da ihr Grundeinkommen die Grundkosten deckt. Erwerbsarbeit wird freiwilliger, und Arbeitgeber müssen attraktive Bedingungen bieten, um Mitarbeiter zu gewinnen (interessante Aufgaben, gute Arbeitsatmosphäre, partizipative Führung). Gleichzeitig entstehen zahlreiche **neue Tätigkeitsformen** außerhalb klassischer Beschäftigung: Projektarbeit, künstlerische und

handwerkliche Tätigkeiten, lokale Gemeinschaftsprojekte, Start-ups mit gemeinnützigem Charakter. Die Grenze zwischen Arbeit, Ehrenamt und Freizeit verwischt – z. B. könnten sich deutlich mehr Menschen in Pflege von Angehörigen, Umweltschutzinitiativen oder Bildungsprojekten engagieren, ohne Angst vor eigenem finanziellem Ruin.

- **Soziale Sicherheit:** Das BGE ersetzt ein Wirrwarr aus Bürokratie. Niemand muss mehr demütigende Bedürftigkeitsprüfungen über sich ergehen lassen. Die **Stigmatisierung von Arbeitslosen** fällt weg, da Erwerbslosigkeit nicht mehr Makel, sondern erwartbarer Lebensumstand ist, der gut abgedeckt wird. Soziale Kontakte sind weniger von Statusdenken geprägt – wenn Einkommen für alle gesichert ist, reduziert sich die gesellschaftliche Spaltung in „oben“ und „unten“. Jeder trägt zum Gemeinwesen bei, auf seine Weise, und dieser *Beitrag wird wertgeschätzt*, ob er monetär messbar ist oder nicht (z. B. Fürsorgearbeit, künstlerische Tätigkeit, Nachbarschaftshilfe).
- **Wirtschaftssektoren:** Einige Branchen würden boomen, insbesondere solche, die *menschliche Kreativität und Empathie* benötigen: Kunst, Kultur, Design, Bildung, Coaching, Soziales, Forschung, Open-Source-Entwicklung. Routineintensive Branchen würden weitgehend maschinell laufen, aber unter gesellschaftlicher Kontrolle (die Logistik z.B. vollautomatisiert, jedoch die Verteilung von Gewinnen daraus per Gemeinschaftsentscheidung). Die **gemeinwohlorientierte Wirtschaft** wird gefördert: Genossenschaften, Sozialunternehmen und Kommunalbetriebe erhalten Unterstützung, während rein renditeorientierte Geschäftsmodelle (z. B. Spekulation, reine Rent Seeking-Aktivitäten) unattraktiver werden, weil die Gesellschaft Umverteilungsmechanismen verstärkt.
- **Politik und Governance:** Mit mehr frei verfügbarer Zeit steigt die Bürgerbeteiligung. Man kann eine **Revitalisierung der Demokratie** erwarten: Bürgerforen, Bürgerräte, lokale Abstimmungen über Projekte. Das Verständnis, dass jeder vom System profitiert, könnte die Politisierung erhöhen – im positiven Sinne einer engagierten Bürgerschaft. Gleichzeitig müsste sich die Politik an neue Aufgaben anpassen: Statt Arbeitsplätze zu versprechen, würde Politik sich darauf konzentrieren, *Chancen zur Potentialentfaltung* zu schaffen – etwa durch Kulturförderung, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft und Umweltgestaltung. Indikatoren wie „**gesellschaftlicher Fortschritt**“ könnten in politischen Debatten eine größere Rolle spielen als das bisherige Primat des Wirtschaftswachstums.
- **Kulturelle Werte:** Potentialismus würde wohl einen Kulturwandel mit sich bringen. Werte wie **Selbstverwirklichung, Kreativität, Solidarität und Nachhaltigkeit** träten in den Vordergrund. Die heute so zentrale Idee, dass man seinen Wert durch Arbeit (im Sinne von Job und Karriere) beweisen muss, verblasst. Stattdessen gilt jemand als *erfolgreich*, der seine Talente auslebt, der der Gemeinschaft etwas Positives gibt – sei es ein Kunstwerk, Pflege einer Grünanlage, Erfinden einer neuen Technologie, Aufziehen von Kindern, etc. Gesellschaftlicher Status könnte sich diversifizieren; es gäbe weniger Hierarchie allein nach finanzieller Macht. Idealerweise fördert dies eine **inklusive**

Kultur, in der verschiedene Lebensentwürfe nebeneinander respektiert werden.

Natürlich ist dieses Bild utopisch gezeichnet. Nicht automatisch wird jeder Mensch kreativ die frei gewordene Zeit nutzen – es besteht auch die Gefahr von **Sinnverlust und Langeweile** (siehe Kap. 7 zu ethisch-kulturellen Implikationen). Potentialismus setzt jedoch auf die Annahme, dass Menschen grundsätzlich neugierige, soziale Wesen sind, die in den richtigen Umständen wachsen und beitragen wollen. *Langeweile* wird somit als gesamtgesellschaftliches Problem gesehen, das durch Bildung, Kulturangebote und Gemeinschaft behoben werden muss – nicht durch Zwang zur Erwerbsarbeit.

Die Umsetzung von Potentialismus wäre ein Prozess, kein Sprung. Erste Schritte könnten z.B. ein teilweises Grundeinkommen für bestimmte Gruppen sein, Arbeitszeitverkürzungen, verstärkte Gemeingut-Finanzierung. Wichtig ist, dass die Richtung stimmt: Weg von einer Gesellschaft, die menschlichen Wert an Erwerbsarbeit misst, hin zu einer Gesellschaft, die **menschlichen Wert an Menschlichkeit misst**. Potentialismus liefert die Leitplanke dafür.

5. Internationale Modelle und Vergleiche

Obwohl kein Land bisher das Potentialismus-Modell vollständig realisiert hat, gibt es international zahlreiche **Ansätze und Experimente**, die einzelne Elemente vorwegnahmen – insbesondere im Bereich Grundeinkommen und digitale Transformation. Ein Blick auf ausgewählte Länder liefert wertvolle Erkenntnisse und Vergleichsmöglichkeiten:

- **Finnland: Pionierexperiment zum Grundeinkommen.** In den Jahren 2017–2018 führte Finnland als erstes europäisches Land einen staatlich organisierten BGE-Versuch durch. 2.000 zufällig ausgewählte Arbeitslose erhielten **560 € monatlich** (steuerfrei, ohne Bedingungen), während eine Kontrollgruppe weiterhin herkömmliche Leistungen bezog (Kela 2020). Die **Ergebnisse**: Die BGE-Empfänger fanden nicht signifikant häufiger Arbeit als die Kontrollgruppe – die Beschäftigungsquote blieb praktisch gleich (etwa 31% in beiden Gruppen im ersten Jahr) ec.europa.eu/ec.europa.eu. Allerdings berichteten sie von deutlich *höherem Wohlbefinden*: Weniger Stress, mehr Zuversicht in die Zukunft und bessere mentale Gesundheit wurden gemessen ec.europa.eu/ec.europa.eu. Außerdem reduzierte sich empfundenes bürokratisches „Gedöns“ erheblich. Fazit der Forscher: Das BGE erhöhte die **Lebensqualität**, ohne Arbeitsangebot oder -bereitschaft zu verringern – es hatte aber auch keine Wunderwirkung auf die Jobfindung. Dieses Experiment hat die Debatte europaweit beeinflusst und gezeigt, dass *gesellschaftliche Akzeptanz* hoch sein kann, wenn positive Erfahrungen überwiegen.
- **Kanada (Ontario): Umfangreicher Sozialpilot.** Die Provinz Ontario startete 2017 einen Pilot mit 4.000 Menschen (gemischte Teilnehmer: Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose), die **drei Jahre lang ein garantiertes Einkommen** erhalten sollten (bis zu 13.000 € pro Jahr für Singles, etwas mehr für Paare, Abschmelzung ab einem bestimmten Verdienst) en.unesco.org/en.unesco.org. Der Pilot

wurde vorzeitig 2019 von einer neuen Regierung abgebrochen, jedoch konnten Forscher etwa 1.000 Teilnehmer nachverfolgen. Sie stellten **breit positive Auswirkungen** fest: Rund 79 % der Befragten gaben an, ihre *mentale Gesundheit* habe sich verbessert, 74 % trieben mehr Sport, 83 % fühlten sich weniger gestresst en.unesco.org. Etwa 5 % fanden während der Zeit neu eine Arbeit und 17 % hörten auf zu arbeiten, wobei von diesen wiederum 40 % dies taten, um eine **Ausbildung oder Weiterbildung** aufzunehmen en.unesco.org. Zudem verbesserten sich für viele die Arbeitsbedingungen (bessere Jobs gefunden, teils in Teilzeit mit Weiterbildung). Insgesamt **widerlegte** der Pilot das Vorurteil, alle würden das Arbeiten quittieren: Mehr als die Hälfte blieb erwerbstätig wie zuvor, und einige wechselten in passendere oder zukunftssträchtigere Tätigkeiten en.unesco.org. Die Studie schlussfolgerte, ein Grundeinkommen könne *Armut reduzieren und Gesundheit sowie Wohlergehen verbessern*, ohne die Arbeitsmotivation zu zerstören (Ferdosi et al. 2022) en.unesco.org. Die vorzeitige Einstellung des Projekts wurde als verpasste Chance kritisiert – Ontario zeigte aber, wie ein BGE-ähnliches Programm administrativ umgesetzt werden kann und welche sozialen Gewinne möglich sind.

- **Schweiz: Direktdemokratische Entscheidung.** Die Schweiz war 2016 das erste Land, in dem die Bevölkerung in einer Volksabstimmung über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens entscheiden konnte. Die Initiatoren schlugen ein BGE auf existenzsicherndem Niveau vor (inoffiziell war von ~2.500 CHF/Monat für jeden Erwachsenen die Rede). In der Abstimmung am 5. Juni 2016 wurde die Initiative allerdings deutlich **abgelehnt**, mit rund **76,9 % Nein- und 23,1 % Ja-Stimmen** vorwaerts.de. Trotz der Niederlage gilt das Ereignis als Meilenstein: Erstmals wurde global sichtbar über BGE debattiert, und ein Viertel der Schweizer stimmte dafür – ein bemerkenswert hoher Anteil für eine so disruptive Idee. Die Diskussion in der Schweiz drehte sich stark um **Finanzierbarkeit** und **Migration**: Kritiker monierten die hohen Kosten und befürchteten, ein BGE könnte falsche Anreize für Zuwanderung schaffen (obwohl die Initiative nur für Bürger und Aufenthaltsberechtigte gegolten hätte). Befürworter hoben die Werte von Freiheit und Menschenwürde hervor. Nach der Abstimmung schief das Thema dort zunächst ein, erlebt aber aktuell wieder Aufwind durch lokale Vorstöße (z. B. startete 2021 ein Pilotprojekt im Kanton Zürich, das allerdings begrenzt ist). Die Schweiz zeigt, dass **politische Realisierung** eines BGE einen langen Atem braucht – aber auch, dass unkonventionelle Ideen es bis auf den Stimmzettel schaffen können.
- **Estland: Digitale Vorreiterrolle.** Estland hat zwar kein Grundeinkommen eingeführt, ist jedoch weltweit bekannt für seine **digitale Gesellschaft** und experimentierfreudige Verwaltung. Nahezu **99 % aller staatlichen Dienstleistungen sind in Estland online verfügbar** weforum.org – von Behördengängen über Gesundheitsdaten bis zur Stimmabgabe bei Wahlen. Das Land nutzt seit Jahren **Blockchain-artige Technologien** (sogenannte kryptographische Hash-Chains) in der Verwaltung, z. B. um Gesundheitsakten fälschungssicher zu speichern (PwC 2019). Bürger besitzen eine digitale ID und können damit rechtsverbindlich Dokumente unterzeichnen oder

Firmengründungen in Minuten erledigen. Diese digitale Offenheit bildet einen idealen **Nährboden** für Modelle wie Potentialismus: Eine bestehende Infrastruktur könnte eingesetzt werden, um z. B. ein tokenbasiertes BGE unbürokratisch auszus zahlen oder Bürgerpartizipation online zu organisieren. Tatsächlich hat Estland sogar mit der Idee einer staatlichen Kryptowährung („Estcoin“) gespielt, um die e-Residency (digitale Bürgerschaft für Ausländer) zu erweitern. Obwohl ein BGE dort politisch (noch) nicht akut ist, demonstriert Estland, wie hoch das **Vertrauen der Bevölkerung in digitale Innovation** sein kann, wenn der Staat transparent und effizient agiert. In Krisenzeiten, wie der COVID-19-Pandemie, zahlte sich die digitale Infrastruktur aus – der Staat konnte Hilfsleistungen rasch verteilen und das öffentliche Leben weitgehend aufrechterhalten [weforum.org](https://www.weforum.org). Für Potentialismus lässt sich daraus lernen: Technik allein genügt nicht, es braucht auch **gesellschaftliches Vertrauen** in die Institutionen und Systeme. Estland genießt dieses Vertrauen, weil es früh auf **Fairness und Nutzen** für alle gesetzt hat (z. B. sind digitale Lösungen immer auch mit Aufklärung und einfacher Bedienung einhergegangen, sodass die Akzeptanz hoch ist).

Neben diesen vier Ländern gibt es weitere relevante Beispiele: **USA** (einige Städte wie Stockton, CA erprobten „Guaranteed Income“ für einen Teil der Bevölkerung, mit ähnlichen positiven Effekten auf Wohlbefinden), **Brasilien** (die Stadt Maricá zahlt ihren Einwohnern ein kommunales Grundeinkommen in Form einer lokalen Währung, teilweise digital verwaltet), **Indien** (Pilotprojekte in Dörfern zeigten bessere Ernährung und Schulbesuch durch BGE-Transfers) oder **Iran** (das Land hat faktisch seit 2011 ein rudimentäres BGE, indem es Treibstoffsubventionen abschaffte und stattdessen allen Bürgern Direktzahlungen gibt). Ebenfalls wichtig sind die **Diskurse in internationalen Organisationen**: Die OECD hat Studien zum Grundeinkommen veröffentlicht, die ILO diskutiert soziale Sicherung im Zeitalter der Automation, und das Weltwirtschaftsforum (WEF) forderte in seinem „Great Reset“ ausdrücklich neue Ansätze wie universelle soziale Grundsicherung.

Vergleichend lässt sich feststellen: **Universelle Lösungen** (wo alle Bürger einbezogen werden) gab es bisher nur im Kleinen oder als kurzer Test. Meist waren die Zahlungen niedriger als ein Existenzminimum (Ausnahme: Alaska's „Permanent Fund Dividend“, wo jeder Einwohner jährlich eine Dividende aus Ölgeldern erhält, meist \$1.000–2.000; kein Auskommen, aber symbolisch). Die Ergebnisse der kleineren Experimente sind jedoch ermutigend in Bezug auf soziale Indikatoren und entkräften viele Vorurteile. Finanzierungs- und Umsetzungsfragen bleiben die größten Stolpersteine. Potentialismus kann von diesen Erfahrungen lernen: Pilotprojekte sollten idealerweise *größer* und *langfristiger* sein, um Wirkungen umfassend zu evaluieren. Auch zeigt sich, dass **kultureller Kontext** wichtig ist – in Ländern mit höherem Vertrauen in den Staat (Finnland, Estland) lassen sich solche Experimente leichter durchführen als in sehr polarisierten Gesellschaften.

Zusammenfassend untermauern die internationalen Beispiele zweierlei: Erstens, die **Machbarkeit** gewisser Kernideen (BGE, digitaler Staat) ist gegeben – es gibt Realwelterfahrung, auf die man aufbauen kann. Zweitens, es braucht stets eine **Anpassung ans lokale Umfeld** – Potentialismus in Deutschland muss deutsche Gegebenheiten beachten

(z. B. starke Sozialversicherungstradition, föderale Strukturen, hohe Bedeutung von Mitbestimmung). Mit diesem Wissen kann man im nächsten Kapitel überlegen, wie man solche Veränderungen wissenschaftlich begleiten und empirisch erforschen könnte.

6. Vorschlag für eine eigene empirische Untersuchung

Damit ein theoretisches Konzept wie Potentialismus zur belastbaren Grundlage für Entscheidungen wird, ist eine empirische Fundierung unerlässlich. Im Rahmen einer Dissertation böte es sich an, durch eigene **primärstatistische Forschung** Daten zur Akzeptanz, Machbarkeit und Ausgestaltung von Potentialismus-Elementen zu erheben. Zwei sich ergänzende Ansätze stehen zur Diskussion: **eine repräsentative Bevölkerungsbefragung** und **qualitative Experteninterviews**.

(a) Bevölkerungsrepräsentative Umfrage: Ziel wäre es, ein genaues Bild der Einstellungen, Erwartungen und Befürchtungen der Bürger:innen gegenüber einem KI-bedingten Wandel und einem Grundeinkommen zu erhalten. Dabei könnten folgende Themenblöcke abgefragt werden:

- *Kenntnis und Wahrnehmung von Automatisierung:* Fragen, ob die Menschen glauben, dass KI ihre eigene Arbeit oder die Arbeitswelt allgemein stark verändern wird; ob dies mit Optimismus oder Angst gesehen wird.
- *Einstellung zum Grundeinkommen:* Zustimmung/Ablehnung eines BGE in unterschiedlichen Szenarien (z. B. „Der Staat zahlt jedem 1.000 € im Monat und finanziert dies über Steuern auf Roboter und hohe Einkommen“). Hier können Variationen getestet werden – etwa ob Zustimmung steigt, wenn man „Blockchain-gestützt“ erwähnt oder wenn man Bedingungen nennt.
- *Vertrauen in Technologie und Institutionen:* Fragen zur Bereitschaft, eine digitale Währung zu nutzen, Vertrauen in den Staat als BGE-Garanten vs. Vertrauen in eine dezentrale Blockchain-Lösung.
- *Potentielle Verhaltensänderungen:* Würden die Befragten bei einem garantierten Grundeinkommen ihre Arbeitszeit reduzieren? Würden sie sich mehr weiterbilden, eine Firma gründen, früher in Rente gehen? Diese hypothetischen Fragen geben Hinweise auf mögliche Auswirkungen.
- *Prioritäten für freigesetzte Zeit:* Was würden die Menschen tun, wenn Erwerbsarbeit weniger zentral wäre? (Antwortoptionen: mich künstlerisch betätigen, reisen, Familie kümmern, Ehrenamt, Faulenzen, etc.) – zur Abschätzung, ob die Vision von Potentialentfaltung resoniert.
- *Soziodemografie und Werteeinstellungen:* Alter, Bildung, Einkommen, politische Neigung, um Akzeptanzunterschiede zu analysieren; ebenso Gerechtigkeitsempfinden

(etwa Fragen nach Leistungsgerechtigkeit vs. Bedarfsgerechtigkeit).

Eine solche Befragung könnte z. B. online durchgeführt werden mit ~1.500 Befragten als **repräsentativer Querschnitt der deutschen Wohnbevölkerung** (nach Alter, Geschlecht, Region, Bildung quotiert). Viele Institute (Infratest dimap, Allensbach, YouGov etc.) bieten Panel-Zugriff an. Im Rahmen der Dissertation könnte man den Fragebogen selbst entwickeln und ggf. über ein Umfragezentrum ausspielen lassen. Die Auswertung würde mittels statistischer Analyse erfolgen (Häufigkeiten, Kreuztabellen, Regressionsmodelle, um Prädiktoren für Zustimmungswerte zu identifizieren).

(b) Qualitative Experteninterviews: Parallel zur Breitenbefragung ist es sinnvoll, **vertiefende Gespräche** mit Schlüsselpersonen zu führen, die beim Thema Potentialismus Einfluss oder besondere Expertise haben. Hier kämen infrage:

- **Politische Entscheidungsträger:innen:** z. B. Abgeordnete des Bundestags (aus Ausschüssen für Arbeit/Soziales, Digitale Agenda, Wirtschaft), Mitarbeiter aus Ministerien, eventuell Kommunalpolitiker, die Modellprojekte planen.
- **Technologie-Expert:innen:** KI-Forschende, Unternehmensführer in der Tech-Branche, Blockchain-Entwickler, die praxisnah einschätzen können, was technologisch realistisch ist und wo Hürden liegen.
- **Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler:** z. B. Arbeitsmarktforscher (IAB), Volkswirte (DIW, IW), Philosoph:innen/Ethiker, die sich mit Zukunft der Arbeit oder BGE beschäftigen. Auch Gewerkschaftsvertreter oder Verbandsvertreter (Arbeitgeberverband) wären relevant, um Interessenperspektiven zu verstehen.
- **Aktivist:innen/Initiativen:** Vertreter von Organisationen wie dem **Netzwerk Grundeinkommen**, oder der Bürgerinitiative in der Schweiz, oder Projekte wie Circles UBI – sie können praktische Erfahrungen und Visionen schildern.

Diese Interviews würden **halbstrukturiert** geführt, d.h. es gibt einen Leitfaden mit zentralen Fragen, aber auch Raum für freies Erzählen. Typische Leitfragen könnten sein:

- „Wie schätzen Sie die Auswirkungen von KI-Automatisierung auf die Beschäftigung in den nächsten 10–20 Jahren ein? Was bedeutet das für unsere sozialen Sicherungssysteme?“
- „Halten Sie ein bedingungsloses Grundeinkommen für eine sinnvolle Antwort auf diese Entwicklung? Warum (nicht)?“

- „Welche technischen Umsetzungsmöglichkeiten sehen Sie für ein solches Modell (Stichwort Blockchain)?“
- „Was wären aus Ihrer Sicht die größten Hindernisse – finanziell, politisch, kulturell – bei der Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland?“
- „Könnten Sie sich Elemente vorstellen, die Sie unterstützen würden (z. B. kleineres Pilotprojekt, negatives Einkommensteuer-Modell, automatisierte Sozialleistungen)?“
- „Inwieweit müsste ein solcher Wandel von Bildung und Kultur begleitet werden? Sehen Sie Risiken für die gesellschaftliche Kohäsion?“

Planungstechnisch könnten ~10–15 Interviews à 60 Minuten geführt werden. Die Auswahl sollte eine **Vielfalt** sicherstellen (unterschiedliche Stakeholder). Mit Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse (nach Mayring oder Grounded Theory) würde man die Gespräche auswerten: Transkription, Kodierung nach Themen, Herausarbeiten gemeinsamer Muster oder kontroverser Punkte. Ziel ist, ein **tiefes Verständnis** der Chancen und Bedenken zu erlangen, die in den Köpfen derjenigen existieren, die Veränderung gestalten oder verhindern könnten.

Integration der Befunde: Die Kombination beider Ansätze – **quantitativ** (Umfrage) und **qualitativ** (Interviews) – erlaubt einen **Mixed-Methods-Blick**. Beispielsweise könnte die Bevölkerungsumfrage zeigen, dass eine Mehrheit jung/arm gebildet pro BGE ist, aber ältere/wohlhabendere skeptischer. Die Experteninterviews könnten erklären, worauf diese Skepsis beruht und wie man sie adressieren könnte. Oder umgekehrt: Falls Expert:innen bestimmte Probleme hervorheben (z. B. „die Leute würden weniger arbeiten“), kann man mit Umfragedaten prüfen, ob die Leute das tatsächlich vorhaben.

Ergebnis der eigenen Erhebung wäre letztlich ein **realitätsnaher Implementierungs-Fahrplan**: Was müsste geschehen, damit Potentialismus in Deutschland Akzeptanz findet? Welche Anpassungen im Modell sind nötig, um Bedenken auszuräumen (z. B. Teil-BGE zuerst, oder Kopplung an Pflicht zu gemeinnütziger Tätigkeit etc.)? Und wo bestehen ggf. **Bildungslücken** – also Felder, wo Aufklärung der Öffentlichkeit sinnvoll wäre (viele Menschen kennen das Konzept noch zu wenig, um es fundiert zu beurteilen, wie Umfragen zeigen).

Natürlich ist dieser Forschungsteil mit hypothetischen Annahmen verbunden (da Potentialismus noch nirgendwo Praxis ist). Dennoch liefert er wertvolle **empirische Anhaltspunkte** und würde die Dissertation deutlich stärken, indem sie über das Theoretische hinausgeht. Zudem kann die Einbindung von Entscheidungsträgern durch Interviews bereits den **Dialog zwischen Wissenschaft und Politik** anstoßen – was im Sinne der Umsetzung solcher Ideen sehr wertvoll ist.

7. Ethische, kulturelle und bildungspolitische Implikationen

Eine Transformation hin zu Potentialismus hätte nicht nur ökonomische und politische Dimensionen, sondern rührt an **Grundpfeiler des gesellschaftlichen Lebens und Selbstverständnisses**. Dieses Kapitel reflektiert abschließend über einige tiefergehende Fragen: Welche *ethischen Prinzipien* stehen auf dem Spiel? Wie müsste sich die *Kultur des Zusammenlebens* ändern? Und welche Anforderungen stellt dies an die *Bildungssysteme und -politik*?

7.1 Ethische Fragen: Arbeit, Gerechtigkeit, Sinn

Aus ethischer Sicht fordert Potentialismus uns heraus, die Bedeutung von *Arbeit und Leistung* neu zu bewerten. In der industriellen Ära galt oft der Imperativ: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ – ein moralisches Urteil, das Arbeit mit Tugend und Müßiggang mit Laster verknüpft (stark geprägt durch die protestantische Ethik nach Max Weber). Ein **bedingungsloses Einkommen für alle** dreht dieses Paradigma um: Es entkoppelt Einkommen von geleisteter Arbeit. Kritiker sehen darin ein ethisches Problem, weil das **Leistungsprinzip** scheinbar aufgegeben wird. Ist es gerecht, dass jemand, der nichts „Nützliches“ beiträgt, genauso viel erhält wie jemand, der hart arbeitet?

Potentialismus antwortet darauf mit einer **erweiterten Gerechtigkeitsvorstellung**. Zum einen verweist er darauf, dass in einer hochtechnologisierten Wirtschaft der Beitrag des Einzelnen schwerer isolierbar ist – die Maschinen arbeiten für uns alle. Wenn Roboter Fabriken betreiben, ist dann der Einkommensunterschied zwischen einem ehemaligen Fabrikarbeiter und jemandem, der sich künstlerisch betätigt, noch zu rechtfertigen? Beide leben letztlich von der automationsgetriebenen Gesamtleistung. Insofern plädiert Potentialismus für eine Art **grundlegende Teilhabegerechtigkeit** an dem, was die Gesellschaft als Ganzes erwirtschaftet. Zum anderen wird betont, dass Menschen sehr wohl *leisten*, aber nicht jeder Beitrag in Geld bemessen werden kann. Die **Sorgearbeit** von Eltern, die Kreativität von Künstlern, das Engagement von Ehrenamtlichen – all das sind Leistungen für die Gemeinschaft, die bisher oft unbezahlt bleiben. Ein BGE gäbe diesen unsichtbaren Leistungen Anerkennung. Damit verschiebt sich das ethische Leitbild von der engen Erwerbsarbeitsmoral hin zu einer **Ethik der Potentialentfaltung und Fürsorge**.

Eine weitere ethische Frage betrifft die **Autonomie und Menschenwürde**. Indem Potentialismus jedem Menschen die ökonomische Basis sichert, erfüllt er ein Stück weit *Kant'schen Imperativ*, den Menschen niemals bloß als Mittel (zur Profitmaximierung etc.), sondern immer auch als Zweck an sich zu behandeln. Es ist ein Zeichen von Respekt vor der Würde des Individuums, wenn die Gesellschaft sagt: „Du darfst existieren und dein eigenes Leben gestalten, ohne dich zuerst ‘verdienen’ zu müssen.“ Natürlich bleibt die Verantwortung des Einzelnen bestehen, etwas Sinnvolles aus dieser Freiheit zu machen. Hier kommt die Frage nach dem **Sinn** ins Spiel: Arbeit hat für viele Menschen Sinn und Struktur gegeben. Wenn dieser äußere Sinngeber wegfällt, muss man inneren Sinn finden. Das kann zu einer existenziellen Herausforderung werden („*Woody Allen Dilemma*“: „*Was tun mit dem Rest des Tages, wenn man vormittags schon Unsterblichkeit erreicht hat?*“). Philosophisch knüpft das an Debatten um das *gute Leben* an: Was erfüllt uns? Potentialismus bietet die Chance, dass mehr Menschen das herausfinden können – aber es gibt keine Garantie, dass es jedem gelingt.

Ethiker warnen vor einer möglichen **Sinnkrise**, einer „Freizeitgesellschaft“, in der sich manche verlieren. Diese Gefahr erfordert präventiv eine Kultur, die alternative Sinnquellen stärkt: Familie, Gemeinschaft, Hobbys, kreative Prozesse, spirituelle Entwicklung. Hier schließt sich der Kreis zur Ethik: Ist der Mensch „gut“ genug, mit Freiheit verantwortungsvoll umzugehen? Potentialismus hat ein eher *positives Menschenbild*: Er traut es den Menschen zu, sich konstruktiv einzubringen, wenn die Fesseln der Not gelöst sind. Dennoch muss eine wertorientierte Bildung (siehe 7.3) diese Selbstverantwortung fördern.

7.2 Kulturelle Implikationen: Vom Arbeitsethos zur Potentialkultur

Kultur umfasst Einstellungen, Gewohnheiten und gemeinschaftliche Praktiken. Ein Umschwenken zu Potentialismus bedeutet **Kulturwandel** auf mehreren Ebenen:

- **Arbeitskultur:** Wie schon angedeutet, müsste die Verknüpfung von persönlichem Wert mit dem Berufstitel aufgebrochen werden. In Deutschland ist die erste Frage beim Kennenlernen oft „Was machen Sie beruflich?“ – implizit wird Identität stark mit Job gleichgesetzt. In einer Potentialgesellschaft könnten stattdessen Fragen wie „Woran arbeiten Sie gerade mit Freude?“ oder „Was begeistert Sie zurzeit?“ treten, unabhängig davon, ob es bezahlt wird. Es bräuchte eine **Anerkennungskultur** für vielfältige Beiträge. Beispielsweise könnte eine Person stolz erzählen, dass sie gerade ihren kranken Nachbarn pflegt oder ein interessantes Gemeinschaftsprojekt organisiert – und das würde ebenso respektiert wie eine klassische Karriere. Das verlangt Toleranz und Offenheit für andere Lebensentwürfe. Gesellschaftlich müssten wir lernen, *Nicht-Erwerbstätigkeit* nicht reflexhaft mit Faulheit gleichzusetzen. Historisch gibt es Vorbilder: Etwa die aristokratische Muße-Kultur (die jedoch nur einer Elite vorbehalten war) oder bestimmte klösterliche Gemeinschaften, wo Arbeit Mittel zum Zweck, aber nicht Selbstzweck war.
- **Konsum- und Statuskultur:** Potentialismus könnte auch **Konsumgewohnheiten** beeinflussen. Wenn Einkommen breiter verteilt und nicht mehr Wettbewerbsgegenstand ist, nimmt eventuell der Drang ab, sich über materiellen Besitz zu definieren. Heute dient Konsum oft als Ersatzbefriedigung oder Statusmarker im Hamsterrad („Belohnung“ für anstrengende Arbeit, „Show-off“ von Erfolg). Mit mehr Zeit und Grundsicherheit könnten Menschen stärker auf immaterielle Bereicherungen setzen – sozialer Austausch, Lernen, Erfahrungen. Natürlich bleibt Konsum als Lebensbereich bestehen, aber vielleicht nachhaltiger und gemeinschaftsorientierter (Sharing Economy, Repair-Cafés, etc. – Trends, die teils schon sichtbar sind). In der Potentialismus-Vision würde **Status** sich weg vom Bankkonto hin zum *Persönlichen* verlagern: Wer gilt als angesehen? Vielleicht jene, die etwas besonders Kreatives hervorgebracht haben, oder die sich sehr für andere einsetzen, oder die besondere Weisheit/Kompetenz besitzen – anstelle rein monetärer Eliten.
- **Gemeinschaft und Familie:** Wenn Erwerbsarbeit weniger zentral ist, könnten **zwischenmenschliche Beziehungen** an Bedeutung gewinnen. Familien hätten mehr

Zeit füreinander, was der demografischen Entwicklung (weniger Kinder, alternde Gesellschaft) entgegenkäme – z. B. könnten mehr Menschen pflegebedürftige Angehörige selbst betreuen, was heute aus Zeitgründen oft nicht geht. Einsamkeit, ein zunehmendes Problem in modernen Gesellschaften, könnte durch eine *gemeinschaftsorientierte Kultur* gelindert werden, in der Nachbarschaften, Vereine, Kulturtreffs florieren. Der Staat könnte sowas aktiv fördern (z. B. Bereitstellung von öffentlichen Räumen für Gemeinschaftsprojekte, lokale Kulturzentren, etc.). Potentialismus benötigt eine **Kultur der Kooperation**: Wenn Menschen weniger im Konkurrenzkampf um Jobs stehen, sind sie eher frei, zusammenzuarbeiten. Gerade was kreative Projekte betrifft, fördert eine kollaborative Kultur Innovation (Open-Source-Communities in Software sind ein Beispiel, übertragen auf andere Felder denkbar).

- **Umgang mit Leistung und Talent:** Eine heikle kulturelle Frage ist, wie Gesellschaft mit *Unterschieden* in Talent und Einsatz umgeht. In einer Potentialgesellschaft haben zwar alle die Basis gesichert, aber selbstverständlich werden manche mehr aus ihren Möglichkeiten machen als andere. Es wird Hochleistungen in Wissenschaft, Kunst, Unternehmertum geben – diese verdienen Anerkennung. Die Kultur muss also zwei scheinbar widersprüchliche Dinge vereinen: **Egalität** (Gleichwürdigkeit aller Menschen, unabhängig von ökonomischem Beitrag) und **Exzellenzförderung** (Würdigung besonderer Beiträge). Ideal wäre eine Kultur, in der *Neid* reduziert wird, weil Grundbedürfnisse gedeckt sind, und man sich über die Errungenschaften anderer freuen kann, anstatt sie als Bedrohung zu sehen. Das ist sicherlich eine utopische Herausforderung – aber vielleicht realistischer, wenn materielle Existenzangst als Nährboden für Missgunst entfällt.

7.3 Bildungspolitische Implikationen: Lernen für die neue Freiheit

Bildung wird zum Schlüsselfaktor für Potentialismus. Wenn Menschen mehr freie Zeit und Entfaltungsmöglichkeiten haben, müssen sie auch befähigt werden, diese sinnvoll zu nutzen. Ansonsten droht tatsächlich eine „brot und spiele“-Gesellschaft, in der die Leute nur passive Konsumenten von seichter Unterhaltung werden – ein dystopisches Szenario, das Kritiker eines BGE manchmal zeichnen (man stelle sich Millionen Menschen vor, die nur noch vor bildschirmbasierten Vergnügungen sitzen). Dem entgegenzuwirken ist *Aufgabe von Bildung* und Persönlichkeitsentwicklung.

Lebenslanges Lernen würde im Potentialismus zur Normalität. Nicht nur in jungen Jahren, sondern über die gesamte Lebensspanne müsste es Möglichkeiten und Angebote geben, neue Fähigkeiten zu erwerben und Interessen zu vertiefen. Die Gesellschaft könnte z. B. ein Netz von **Weiterbildungszentren** aufbauen, frei zugänglich, wo man von Programmieren bis Malerei alles lernen kann. Denkbar wäre sogar, dass jeder Bürger ein **persönliches Bildungskonto** hat (ähnlich einem BGE, aber zweckgebunden), das er für Kurse, Workshops, vielleicht

Bildungsurlaub einsetzen kann. Dies wäre Investition in Humanvermögen, das im Potentialismus ja Kernressource ist.

Die **Schulbildung** müsste stärker Kompetenzen vermitteln, die im traditionellen System zu kurz kamen: Kreativität, kritisches Denken, soziale Kompetenz, Selbstorganisation. Weg von reiner Wissensvermittlung (Fakten kann KI besser liefern) hin zu *Haltung* und *soft skills*. Auch **Entrepreneurship** und Projektarbeit könnten früh gelehrt werden, da im Potentialismus viele Projekte bottom-up entstehen werden. Wichtig ist, dass Bildung Lust auf mehr macht – Neugier als Motor. Dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch Erwachsene fortfahren, sich zu bilden.

Hochschulen und Forschung könnten vom Druck befreit werden, primär markttaugliche Absolventen zu produzieren. In einem Potentialismus-Framework könnten mehr junge Menschen Fächer nach Interesse wählen, auch geistes- und sozialwissenschaftliche, ohne Angst vor „Brotlosigkeit“. Das könnte zu einem *kulturellen und wissenschaftlichen Aufbruch* führen – vergleichbar der Renaissance, als Mäzene Künste und Wissenschaft förderten, nur dass diesmal die Gesellschaft als Ganzes der Mäzen ist (über das Grundeinkommen). Forschung könnte interdisziplinärer und risikofreudiger werden, da Existenzen der Forschenden nicht an kurzfristigen Erfolgen hängen.

Ein Aspekt, der oft übersehen wird: **Medien- und Digitalkompetenz** sind im Potentialismus unerlässlich. Wenn so viel über digitale Plattformen (Blockchain, e-Partizipation, Online-Lernen) läuft, müssen Bürger befähigt sein, diese souverän zu nutzen. Bildungsangebote müssen also digitale **Alphabetisierung** auf allen Ebenen sicherstellen, damit niemand ausgeschlossen wird. Estland machte das vor: Digitale Bildung wurde in der Schule wie selbstverständlich eingeführt, sodass heute fast alle Generationen dort z. B. online Behördengänge erledigen können.

Wertebildung schließlich ist ein vielleicht weicher, aber wichtiger Teil: Potentialismus braucht Bürger mit einem gewissen Gemeinsinn und ethischen Kompass. Unterricht in Ethik, Gemeinschaftskunde, vielleicht sogar philosophische Reflexion über Sinn, könnte helfen, dass junge Menschen sich auf die neue Freiheit vorbereiten. Das klingt ambitioniert, doch es entspricht dem, was humanistische Bildung seit jeher anstrebt: den *ganzen Menschen* bilden, nicht nur den Arbeiter.

7.4 Mögliche Gegenkräfte und Risiken

Zum Abschluss dieser Reflexion sollen auch mögliche negative Szenarien beleuchtet werden, um nicht einseitig zu idealisieren:

- **Resistenz alter Narrativen:** Kulturelle Muster ändern sich langsam. Es ist denkbar, dass trotz BGE und neuem System viele Menschen zunächst an alten Mustern festhalten – z. B. dass gewisse Jobs immer noch höheren Status genießen. Oder dass manche sogar **nach mehr Führung/Struktur** rufen, weil sie mit Freiheit überfordert sind (Erich Fromms These „Angst vor der Freiheit“). Das könnte Bewegungen Vorschub

leisten, die eine Rückkehr zu Autoritarismus oder Leistungsideologie propagieren.

- **„Brot und Spiele“-Phänomen:** Ein riskantes Szenario ist, dass anstelle der gewünschten Potentialentfaltung eine **Massenverführung** durch trivialen Konsum tritt. Moderne Unterhaltungsmedien (Streaming, Games, Social Media) sind sehr gut darin, Aufmerksamkeit zu binden. Wenn Millionen Menschen viel Freizeit haben, könnten sie in eine passive Rolle verfallen – zufrieden gestellt durch gerade genug BGE und endlose Unterhaltung. Die antike römische Oberschicht hielt das Volk mit „Panem et Circenses“ (Getreide und Zirkusspiele) bei Laune; eine dystopische Elite könnte theoretisch KI und BGE ähnlich instrumentalisieren, um eine entpolitisierte, apathische Bevölkerung zu erzeugen. Dem muss eine wachsam **demokratische Kultur** entgegenwirken: Bildung zur Mündigkeit ist daher so wichtig.
- **Ungleichheit anderer Art:** Auch im Potentialismus kann es Ungleichheiten geben – vielleicht weniger materiell, aber in Form von *kulturellem Kapital*. Wer bereits gut gebildet und motiviert ist, nutzt die Freiräume besser als jemand aus schwierigen Verhältnissen. Es besteht die Gefahr, dass sich eine **Zwei-Klassen-Entfaltung** ergibt: Die einen schreiben Romane, gründen Start-ups, kuratieren Ausstellungen – die anderen sehen sich unterfordert und abgehängt, eventuell trotz Geld unzufrieden. Daher muss gezielt in **benachteiligte Gruppen** investiert werden (Bildung, Mentoring), um alle mitzunehmen ins postindustrielle Zeitalter.
- **Ethische KI & Verantwortung:** Ethisch ist auch zu bedenken, wie wir mit den KI-Systemen selbst umgehen. Wenn sie so zentral werden, stellt sich fast philosophisch die Frage: Haben wir Pflichten gegenüber intelligenten Maschinen? (Stichwort *Roboterrechte*). Das mag futuristisch klingen, aber sobald KI menschenähnliche Fähigkeiten zeigt, wird der Umgang mit ihr zum ethischen Thema. Potentialismus sollte hier ein humanistisches Leitbild wahren: Technologie ist Mittel zum Zweck, nicht selbst Zweck – der Mensch und sein Wohlergehen bleiben oberste Richtschnur. Gleichzeitig muss Potentialismus auch **öko-ethisch** sein: Die neu gewonnene Freiheit soll nicht zu Raubbau an der Natur führen (etwa durch exzessiven Konsum). Gemeinwohl schließt das *Wohl künftiger Generationen und der Umwelt* mit ein.

Trotz dieser Risiken überwiegt aus heutiger Sicht das positive Potential eines solchen Paradigmenwechsels. Wichtig ist, dass die **ethische Reflexion** integraler Bestandteil der Diskussion bleibt – wie es diese Arbeit versucht, indem sie technische und ökonomische Analysen immer wieder mit wertebasierten Betrachtungen verknüpft.

Fazit

Die vorliegende Arbeit hat in umfassender Weise das Konzept **Potentialismus** als sozioökonomisches Modell für eine postindustrielle Gesellschaft beleuchtet, in der KI und Automation einen Großteil der traditionellen Erwerbsarbeit übernommen haben. Ausgangspunkt

war die Diagnose, dass weder der gegenwärtige Kapitalismus noch klassische Sozialismus- oder Sozialstaatmodelle allein in der Lage sind, die Herausforderungen einer solchen Zukunft – massive Arbeitsplatzumwälzungen, Konzentration von Produktivkraft in Maschinenhand, Erosion der Einkommensbasis – zu bewältigen.

Die Analyse des deutschen Arbeitsmarkts (Kap. 2) zeigte eindrücklich, dass bereits heute ein erhebliches Automatisierungspotenzial besteht und in naher Zukunft ein struktureller Wandel unvermeidbar ist. **65 % ersetzte Erwerbsarbeit** ist ein Szenario, das radikales Umdenken erfordert. Ohne neue Konzepte drohen Polarisierung, Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen.

Potentialismus wurde als möglicher *Paradigmenwechsel* entworfen, der die **Produktivitätsgewinne der KI gerechter verteilt** und den Menschen aus der reinen Rolle des Arbeitnehmers befreit. Zentrales Element ist ein **Blockchain-basiertes Grundeinkommen**, das die materielle Existenz für alle sichert (Kap. 3). Wir haben gesehen, dass dessen Finanzierung – obwohl ambitioniert – prinzipiell machbar ist, sofern politischer Wille zu deutlich progressiverer Verteilung vorhanden ist (vgl. DIW-Modell mit Flat Tax 50 % mein-grundeinkommen.de). Die Blockchain-Technologie kann dabei helfen, Transparenz und Effizienz herzustellen, wie erste Experimente wie Circles andeuten, auch wenn sie noch Kinderkrankheiten haben frontiersin.org.

Das Konzept Potentialismus selbst (Kap. 4) geht jedoch über ein BGE hinaus: Es postuliert einen **Wertewandel**, bei dem individuelle Potentialentfaltung, Kreativität und Gemeinwohlorientierung die Leitmotive sind. Ökonomischer Erfolg wird neu definiert – nicht über Profite, sondern über den Beitrag zur menschlichen Entwicklung. Hier zeigt sich Potentialismus als Synthese aus marktwirtschaftlicher Dynamik und sozialistischer Gerechtigkeit, unter Nutzung moderner Technologien als Katalysator. Es ist im Kern ein *humanistisches Projekt*: Technologie dient dem Menschen, und nicht umgekehrt.

Der internationale Vergleich (Kap. 5) stützte viele Annahmen: Positive Erfahrungen mit Grundeinkommens-Piloten in Finnland ec.europa.eu und Kanada en.unesco.org bekräftigen, dass ein solches Instrument sowohl machbar ist als auch soziale Vorteile bringt, ohne die Gesellschaft träge zu machen. Die digitale Vorreiterrolle Estlands weforum.org zeigt, dass die Umsetzung von radikalen Innovationen im Staatswesen gelingen kann, wenn Vertrauen und Kompetenz aufgebaut werden. Gleichwohl mahnt das Schweizer Votum 2016 vorwaerts.de zur Realismus: Breite gesellschaftliche Akzeptanz muss gewonnen werden, Utopien stoßen anfangs auf Skepsis.

Deshalb wurde in Kap. 6 ein empirischer Forschungsansatz skizziert, um die Lücke zwischen Vision und Wirklichkeit zu überbrücken. Durch Befragungen und Interviews ließe sich genau ausloten, wo **Zustimmung und Vorurteile** liegen, welche Gestaltungsdetails entscheidend wären (z. B. Höhe des BGE, Auszahlungsmodus, etc ... welche Gestaltungsdetails entscheidend wären (z. B. Höhe und Auszahlungsmodus des BGE) und welche Stolpersteine in der öffentlichen Meinung oder bei Experten gesehen werden. Diese Erkenntnisse könnten in einen evidenzbasierten **Maßnahmenkatalog** einfließen, der praktikable Schritte in Richtung Potentialismus aufzeigt.

Insgesamt kommt die Arbeit zu dem Schluss, dass Potentialismus eine vielversprechende Vision für die **postindustrielle KI-Gesellschaft** darstellt. Er adressiert die zentralen Probleme des Kapitalismus (ungleiche Verteilung von Automationsgewinnen) und des Sozialstaats (Erosion der beitragsfinanzierten Systeme) durch ein neues Paradigma, das **technische Lösungen** (Blockchain-UBI) mit **philosophischen Werten** (Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinwohl) vereinficht. Die Kombination aus **kritischer Systemanalyse**, **datenbasierter Arbeitsmarktstudie** und **innovativer Konzeptentwicklung**, wie in dieser Arbeit dargelegt, zeigt nicht nur die Machbarkeit, sondern auch die Notwendigkeit eines solchen Paradigmenwechsels.

Dennoch müssen die **Grenzen und offenen Fragen** klar benannt werden. Einige Annahmen dieses Modells – etwa ein sehr schneller und gleichmäßiger Fortschritt von KI und Blockchain – könnten sich als zu optimistisch erweisen. Die **Integration eines dezentralen Krypto-BGE in bestehende fiskalische und monetäre Rahmen** wird erhebliche technische, regulatorische und logistische Herausforderungen mit sich bringen. Um Potentialismus weiter zu schärfen, bedarf es zusätzlicher Forschung: z. B. **Simulationsstudien** zur wirtschaftlichen und sozialen Gesamtwirkung, **Ländervergleiche** mit unterschiedlichen Sozialsystemen und **interdisziplinäre Analysen** (Ökonomie, Soziologie, Rechtswissenschaft), etwa zu langfristigen Effekten auf Ungleichheit, Arbeitsanreize und Geldstabilität. Diese Arbeit kann nur ein Ausgangspunkt sein – die Verfeinerung des Potentialismus-Modells und die Erprobung seiner praktischen Umsetzbarkeit (durch Pilotprojekte oder Reallabore) sind lohnende Aufgaben für die Zukunft.

Abschließend lässt sich sagen: Angesichts der heraufziehenden KI-Revolution ist Potentialismus nicht bloß eine utopische Spielerei, sondern ein **konkreter Vorschlag für einen neuen Gesellschaftsvertrag im 21. Jahrhundert**. Er versucht, das Versprechen technologischen Fortschritts – mehr Wohlstand und Freizeit für alle – einzulösen, indem er ökonomische Effizienz mit humanistischer Orientierung vereint. Ob Potentialismus letztlich Realität wird, hängt von vielen Faktoren ab, vor allem vom **politischen Willen** und der **gesellschaftlichen Bereitschaft**, neue Wege zu gehen. Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden hier Klarheit bringen. Indem wir jedoch bereits heute visionär, interdisziplinär und datenbasiert über solche Modelle nachdenken, erhöhen wir die Chance, die KI-getriebene Transformation aktiv zu gestalten – im Sinne einer Zukunft, in der die **Chancen der Automatisierung allen zugutekommen** und jeder Mensch die Freiheit und die Mittel hat, sein volles Potential zu entfalten.

Literaturverzeichnis

Adriaans, J., Liebig, S. und Schupp, J. (2019): Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten. DIW Wochenbericht 15/2019, S. 263–270 [diw.dediw.de](https://www.diw.de/diw.de)]

Brandolini, A. und Smeeding, T. (2012): *Income inequality in richer and OECD countries*. In: *The Oxford Handbook of Economic Inequality*. (Mentioned in Text: steigende Ungleichheitijoc.org]

Ferdosi, M., McDowell, T., Lewchuk, W. und Ross, S. (2022): *On how Ontario trialed basic income*. UNESCO Inclusive Policy Lab (Erfahrungsbericht Ontario Basic Income Piloten.unesco.orgunesco.org].

Fratzscher, M. (2022): *Ist ein Grundeinkommen finanzierbar? – Kolumne Die Zeit/Mein-Grundeinkommen*. (DIW-Berechnungen zeigen Finanzierbarkeit durch Flat Taxmein-grundeinkommen.demein-grundeinkommen.de].

Harari, Y. N. (2017): *The meaning of life in a world without work*. *The Guardian*, 08.05.2017. (These von der „useless class“ in Zukunft ohne Arbeittheguardian.comtheguardian.com].

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2021): *Folgen des technologischen Wandels für den Arbeitsmarkt: Komplexere Tätigkeiten könnten zunehmend automatisiert werden*. IAB-Presseinformation, 13. Juli 2021 (Autorinnen: B. Matthes/K. Dengleriab.deiab.de].

Kangas, O., Jauhiainen, S., Simanainen, M. und Ylikännö, M. (2019): *The basic income experiment 2017–2018 in Finland: Preliminary results*. Berichtsformat, Helsinki: Ministry of Social Affairs and Health (erste Ergebnisse: kein Beschäftigungseffekt, aber Wohlbefinden↑ec.europa.euec.europa.eu].

Marx, K. und Engels, F. (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. London: Communist League.

Marx, K. (1867): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1. Hamburg: Meissner.

Papadimitropoulos, V. und Perperidis, G. (2024): *Universal basic income on blockchain: the case of Circles UBI*. In: *Frontiers in Blockchain*, Vol. 7, Artikel 1362939 (Analyse des Berliner Circles-UBI-Pilotprojektsfrontiersin.orgfrontiersin.org].

Piketty, T. (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press. (zeigt langfristige Tendenz $r > g$ und Ungleichheitsdynamikijoc.org].

Silaškova, J. und Takahashi, M. (2020): *Estonia built one of the world's most advanced digital societies. During COVID-19, that became a lifeline*. World Economic Forum, 01.07.2020 (Über Estlands e-Governance und 99 % Online-Servicesweforum.org].

Sen, A. (1999): *Development as Freedom*. New York: Knopf. (Entwickelt den Capability Approach: Wohlergehen als Verwirklichungschancenen.wikipedia.org].

Van Parijs, P. und Vanderborght, Y. (2017): *Basic Income – A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press. (Allgemeine Argumentation für BGE, als Hintergrundwerk).

WEF – World Economic Forum (2020): *The Future of Jobs Report 2020*. Genf. (Prognosen zu Automatisierung und Jobwandel, fordert neuen Sozialvertrag).

Potentialismus: Ein sozioökonomisches Modell für die postindustrielle KI-Gesellschaft

Einleitung

Die rasante Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) und Automatisierung stellt bestehende Wirtschafts- und Sozialsysteme vor beispiellose Herausforderungen. Prognosen zufolge könnten in den kommenden Jahrzehnten bis zu 65 % der heutigen Arbeitsplätze in Deutschland durch autonome KI-Systeme ersetzt werden – ein Szenario, das die Grundlagen von Arbeitsmarkt, Wertschöpfung und sozialer Sicherung fundamental erschüttert. Historisch bewährte Modelle wie Kapitalismus, Sozialismus oder der **Sozialstaat** stoßen in einer solchen postindustriellen Gesellschaft an Grenzen. Wird ein Großteil menschlicher Erwerbsarbeit obsolet, greift die traditionelle Kopplung von Arbeit und Einkommen zu kurz. Vor diesem Hintergrund skizziert diese Arbeit das Konzept des „**Potentialismus**“ als möglichen Paradigmenwechsel: Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Menschen nicht primär als Arbeitskraft, sondern als *Potenzialträger* begreift.

Im Folgenden wird zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit den etablierten sozioökonomischen Systemen unternommen (Kap. 1), um ihre Stärken und Schwächen im Kontext der Automatisierung aufzuzeigen. Kapitel 2 analysiert detailliert die drohende **Disruption des deutschen Arbeitsmarktes** durch KI – differenziert nach Branchen, Beschäftigungsstruktur und volkswirtschaftlichen Folgen – unter Einbezug aktueller Daten deutscher Institute (IAB, BIBB, DIW, Statistisches Bundesamt). Anschließend diskutiert Kapitel 3 die **fiskalische Tragfähigkeit** eines auf Blockchain-Technologie basierenden bedingungslosen Grundeinkommens (Basic Income, BGE) als Kernbestandteil des Potentialismus, mit Schwerpunkt auf technischer Umsetzbarkeit, rechtlichem Rahmen und Akzeptanz in Deutschland. In Kapitel 4 wird das Konzept **Potentialismus** selbst ausgearbeitet – als neuer ökonomischer Ansatz, der individuelle Entfaltung, Gemeinwohlorientierung und gesellschaftliche Innovation ins Zentrum stellt. Kapitel 5 vergleicht internationale Erfahrungen (u. a. Finnland, Kanada, Schweiz, Estland) und ordnet das Modell in globale Entwicklungen ein. Darauf aufbauend skizziert Kapitel 6 ein Design für eine eigene empirische Untersuchung (z. B. Bevölkerungsumfrage, Experteninterviews), um die Realisierbarkeit von Potentialismus weiter zu untermauern. Kapitel 7 reflektiert **ethische, kulturelle und bildungspolitische Implikationen** einer postarbeitslichen Gesellschaft. Abschließend zieht das Fazit die Erkenntnisse zusammen und diskutiert offene Fragen.

Die Arbeit folgt dem Harvard-Zitationsstil mit Quellenangaben im Text (Autor Jahr). Tabellen und Abbildungen werden zur Veranschaulichung genutzt, wo sinnvoll. Ziel ist es, eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für politisch interessierte Entscheidungsträger:innen in Deutschland zu bieten, um informierte Debatten über einen möglichen Paradigmenwechsel hin zu „Potentialismus“ führen zu können.

1. Kritik bestehender politisch-ökonomischer Systeme

Angesichts einer Zukunft, in der ein Großteil der Wertschöpfung von Maschinen erbracht wird, lohnt der kritische Blick auf die traditionellen Modelle **Kapitalismus**, **Sozialismus** und **Sozialstaatliche Marktwirtschaft**. Jedes dieser Systeme bietet Lösungsansätze, hat jedoch spezifische Schwächen im Umgang mit der Automatisierungsrevolution:

- **Kapitalismus:** Die kapitalistische Marktwirtschaft zeichnet sich durch Privateigentum an Produktionsmitteln, Wettbewerb und Gewinnorientierung aus. Sie hat historisch zu immensem Wohlstand und Innovation geführt, ist jedoch zugleich mit wachsender **Ungleichheit** verbunden. Empirisch ist in den letzten Jahrzehnten in den meisten entwickelten Ländern eine **deutlich steigende Konzentration von Einkommen und Vermögen** zu beobachten (Brandolini und Smeeding 2012; Piketty 2014) ijoc.org. Kapitalakkumulation bei einer kleinen Elite und stagnierende Löhne breiter Schichten sind Symptome, die bereits **Thomas Piketty (2014)** als strukturelles Resultat von $r > g$ (Kapitalrendite > Wachstumsrate) analysierte. Im Kontext weitgehender Automatisierung droht der Kapitalismus diese Tendenzen zu verschärfen: Die Eigentümer der KI-Systeme (z. B. große Tech-Konzerne) könnten den Großteil der Produktivitätsgewinne abschöpfen, während Millionen Menschen ihre Erwerbsgrundlage verlieren. Zwar entstehen erfahrungsgemäß auch neue Jobs durch Technologie, doch das **Kernproblem** liegt laut Historiker **Yuval Noah Harari** darin, genügend neue Tätigkeiten zu schaffen, in denen **Menschen besser sind als Algorithmen** (Harari 2017) theguardian.com. Andernfalls entsteht bis 2050 eine neue Klasse von Menschen, „die nicht nur arbeitslos, sondern *unvermittelbar* sind“ – Harari spricht von einer „*useless class*“, einer *nutzlosen Klasse* (Harari 2017) theguardian.com. Der Kapitalismus, der Arbeit als zentrales Bindeglied von Einkommen, sozialem Status und Konsumnachfrage voraussetzt, gerät damit in eine Legitimations- und Funktionskrise.
- **Sozialismus:** Sozialistische oder kommunistische Systeme streben die **kollektive Kontrolle der Produktionsmittel** und eine planwirtschaftliche Allokation an, um Ungleichheit zu beseitigen. Theoretisch würden in einer vollautomatisierten Wirtschaft die Produzierenden (hier: die Maschinen) kollektiv allen gehören, und der Output käme der Allgemeinheit zugute – eine Vision, die an *Karl Marx'* Ideal einer von Ausbeutung befreiten Gesellschaft erinnert (Marx 1867). Tatsächlich adressiert der Sozialismus das Problem der ungleichen Verteilung von Überschüssen, allerdings um den Preis zentralistischer Steuerung. Historische Erfahrungen – etwa in der Sowjetunion – zeigen, dass **Planwirtschaft** oft mit Ineffizienz, Innovationshemmung und Freiheitsdefiziten einherging. In einer dynamischen KI-Wirtschaft könnten starre staatliche

Planungsmechanismen überfordert sein, mit dem Tempo technologischer Disruption Schritt zu halten. Zudem birgt eine vollständige Verstaatlichung aller KI-Systeme enorme Risiken von Machtkonzentration beim Staat (Stichwort „*Big Brother*“). Potentialismus wird sich daher von einem rein sozialistischen Ansatz abgrenzen müssen, indem zwar die **Ergebnisse** der Automatisierung allen zugutekommen, aber ohne die Innovationskraft dezentraler Akteure abzuwürgen. Ansätze wie „**Vollautomatisierter Luxuskommunismus**“ (Bastani 2019) propagieren zwar eine Mischung aus Automation und Gemeineigentum, bleiben aber die Antwort schuldig, wie individuelle Freiheit und kollektive Steuerung ausbalanciert werden können.

- **Sozialstaat / Soziale Marktwirtschaft:** Die Bundesrepublik Deutschland und viele EU-Staaten praktizieren einen dritten Weg – die **soziale Marktwirtschaft**, einen Kapitalismus mit starkem Sozialstaat. Umverteilung durch Steuern, Sozialversicherungen und Transfers soll Marktergebnisse korrigieren und soziale Härten abfedern. Dieses Modell erzielt grundsätzlich hohe **Wohlfahrtsniveau** und relative Stabilität. Doch die **Finanzierungslogik des Sozialstaats** basiert wesentlich auf der Erwerbsarbeit: Löhne und Gehälter werden mit Sozialabgaben belastet, die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung speisen sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen. Sinkt die Beschäftigung drastisch, gerät diese Finanzierung in Schieflage. Schon heute zeichnet sich durch den demografischen Wandel ein Ungleichgewicht ab – die Alterung der Gesellschaft erodiert das Beitragsaufkommen relativ zu den Leistungsempfängern. Automatisierung verstärkt diesen Trend, wenn **Roboter keine Rentenbeiträge zahlen**. Erste Konzepte wie eine „*Robotersteuer*“ werden diskutiert, um Maschinen an der Sozialversicherung zu beteiligen (vgl. Gates 2017). Einige Ökonom:innen sehen darin „die einzige Chance, den Sozialstaat nachhaltig zu finanzieren“, sollte menschliche Arbeit weiter zurückgehen [swp.de](https://www.swp.de). Zugleich würde eine Massenarbeitslosigkeit trotz Transfers das gegenwärtige Selbstwertmodell erschüttern – Lohnarbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern kulturell mit sozialer Teilhabe und Identität verknüpft. Der Sozialstaat steht also vor einem Dilemma: Er muss bei schrumpfender Beitragsbasis eine Grundsicherung für immer mehr Menschen gewährleisten und gleichzeitig einen Sinn- und Strukturverlust kompensieren, wenn *Arbeit* nicht mehr das Zentrum des Lebens ist.

Zwischenfazit: Keines der bestehenden Modelle liefert für sich genommen eine zufriedenstellende Antwort auf die Automatisierungsfrage. Der Kapitalismus droht in extreme Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltung zu führen, der Sozialismus in Zentralismus und potenzielle Innovationsstarre, und der klassische Sozialstaat könnte finanziell und normativ überfordert werden. Diese Analyse untermauert die Notwendigkeit, **neu zu denken**. Ein neuer Ansatz müsste die Effizienz und Innovationsfreude der Marktwirtschaft erhalten, die **soziale Gerechtigkeit** radikal stärken und die **individuelle Freiheit** nicht beschneiden – eine Quadratur des Kreises, die Potentialismus leisten will.

2. Disruption des Arbeitsmarkts durch KI und Automatisierung in Deutschland

Um die Dringlichkeit des Wandels zu unterstreichen, betrachtet dieses Kapitel detailliert die Auswirkungen der KI-Automatisierung auf **Branchen**, **Beschäftigungsstruktur** und **gesamtwirtschaftliche Kennzahlen** in Deutschland. Basierend auf aktuellen Untersuchungen deutscher Forschungsinstitute lässt sich bereits heute das erhebliche **Substitutionspotenzial** von Arbeit durch Technologie empirisch belegen.

2.1 Automatisierungspotenzial nach Branchen und Berufen

Studien des **Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)** zeigen, dass nicht mehr nur einfache Routinejobs durch Computer ersetzbar sind, sondern zunehmend auch komplexere Tätigkeiten automatisiert werden können (Matthes et al. 2021). Der Anteil der **potenziell automatisierbaren Aufgaben** ist je nach Qualifikationsniveau und Branche sehr unterschiedlich verteilt. Tabelle 1 gibt einen Überblick über aktuelle Schätzwerte (Stand 2019):

Berufsgruppe / Branche	Anteil potenziell automatisierbarer Tätigkeiten (2019)
Helfer- und Fachkraftberufe	ca. 60 % iab.de
Spezialistenberufe	ca. 45 % iab.de
Expertenberufe	ca. 26 % iab.de
Fertigungsberufe (Produktion)	bis zu 84 % iab.de
Soziale und kulturelle Dienstleistungen	nur 13 % iab.de

Tabelle 1: Automatisierungspotenzial von Tätigkeiten in Deutschland nach Berufssegmenten (IAB-Studie 2019).

Wie die Zahlen verdeutlichen, sind vor allem **industrielle Fertigungstätigkeiten** extrem ersetzbar – hier könnten vier von fünf Tätigkeiten bereits mit heutiger Technologie automatisiert ablaufeniab.de. Klassische Bürowesen, administrative Routinen und einfache Servicejobs weisen ebenfalls hohe Automatisierungsquoten auf. Dagegen sind **sozial-interaktive Berufe** – etwa Pflege, Erziehung, kreative und kulturelle Dienstleistungen – weit weniger substituierbar (nur ~13 % der Tätigkeiten)iab.de. Interessanterweise hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass auch **hochqualifizierte Fach- und Spezialistentätigkeiten** zunehmend von KI-Systemen übernommen werden können. Zwischen 2016 und 2019 stieg der Anteil der automatisierbaren Tätigkeiten in Fachkraft- und Spezialistenberufen deutlich um rund 4-5 Prozentpunkte, während er bei einfachen Helfertätigkeiten kaum mehr zunahmiab.de. Dies deutet darauf hin, dass

neuere Technologien speziell darauf abzielen, *komplexere Aufgaben* zu meistern (z. B. KI in Diagnose, Juristerei, Forschung). Dennoch gilt nach wie vor: **Je höher das Anforderungsniveau eines Berufs, desto geringer ist (noch) der automatisierbare Anteil**iab.de.

Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine potenzielle „**Polarisierung**“ des Arbeitsmarkts: Während einfache und mittlere Qualifikationsniveaus überproportional durch Technologie bedroht sind, bleiben Spitzenqualifikationen eher gefragt – zumindest bis KI eines Tages auch kreatives und abstraktes Denken vollumfänglich übertrifft. Bereits in den 2010er Jahren zeigte sich international ein Trend zum Wegfall von Routine-Mitteljobs und parallelem Wachstum von Hochlohn- und Niedriglohnjobs („Polarisierungseffekt“, vgl. Goos et al. 2014). Deutschland mit seinem starken **industriellen Kern** ist besonders exponiert: Rund 23–24 % der Erwerbstätigen arbeiten im Produzierenden Gewerbe (Industrie, Bau etc.), weitere ~75 % im Dienstleistungssektor, während die Landwirtschaft unter 2 % fälltdestatis.de. Die fortschreitende **Digitalisierung der Industrie (Industrie 4.0)** bedroht nicht nur Fabrikarbeit, sondern auch vor- und nachgelagerte Bereiche (Logistik, Verwaltung). Branchenstudien für einzelne Regionen bestätigen dieses Bild: So können in manchen Berufsgruppen in Berlin/Brandenburg bis zu 80 % der Tätigkeiten automatisiert werden, insbesondere in Produktion und Büroarbeitiab.de.

2.2 Beschäftigungsstruktur und erste Auswirkungen

Deutschland verzeichnet derzeit historisch hohe Erwerbstätigenzahlen (2024: ca. 46 Millionen Erwerbstätige)destatis.de, wovon etwa drei Viertel im tertiären Sektor (Dienstleistungen) beschäftigt sind. Trotz dieses robusten Arbeitsmarkts gibt es bereits Anzeichen für **technologiebedingte Verschiebungen**: Die *Beschäftigungsanteile* in Industrie und Verwaltung stagnieren oder sinken tendenziell, während z. B. IT-Sektor und personenbezogene Dienstleistungen wachsen. Das IAB berichtet, dass 2019 schon **11,3 Millionen Beschäftigte** in Deutschland in Berufen tätig waren, in denen „eine große Zahl der Tätigkeiten heute schon potenziell von Computern erledigt werden könnte“ (IAB 2021)iab.de. Dies entspricht etwa **25 %** aller Jobs. Natürlich bedeutet *potenzielle* Automatisierbarkeit nicht, dass diese Jobs bereits verschwunden sind – oft werden neue Technologien ergänzend eingesetzt (*Automation* vs. *Augmentation*). Allerdings zeigt die Statistik einen klaren Trend: Das *Substituierbarkeitsrisiko* steigt, und es verschiebt sich in die Breite der Qualifikationen hinein.

Volkswirtschaftlich schlagen Automatisierungsprozesse zweischneidig zu Buche: Einerseits erhöhen sie die **Produktivität** und senken langfristig die Kosten der Güterproduktion, was Wachstumspotenziale eröffnet. Andererseits können sie kurzfristig zu **Arbeitslosigkeit** führen und die **Lohnquote** (Anteil der Löhne am Volkseinkommen) verringern, während Gewinne und Kapitalerträge steigen. Modellrechnungen des **Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** und IAB (im Rahmen des QuBe-Projekts) simulieren verschiedene Zukunftsszenarien. In einem Szenario hoher Automatisierung und schwacher Nachfrage nach Arbeit könnte bis 2040 die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** deutlich steigen und die Löhne insbesondere im unteren Segment unter Druck geraten (vgl. Maier et al. 2021, BIBB/IAB-Projektion). Eine andere Studie prognostiziert, dass bis Anfang der 2030er Jahre in Deutschland netto Millionen Arbeitsplätze

wegfallen könnten – selbst unter Berücksichtigung neuer Jobs – wenn kein gezieltes Gegensteuern erfolgt (WEF 2020, Future of Jobs Report).

Bereits in der jüngeren Vergangenheit gab es **regionale Verwerfungen**: Beispielsweise verloren große Einzelhandelsketten und Banken Tausende Stellen durch Online-Handel und digitale Self-Service-Systeme. Die Automobilindustrie – Herzstück der deutschen Wirtschaft – steht vor einer doppelten Disruption: der Umstellung auf Elektromobilität *und* der Automatisierung von Fertigung und ggf. autonomem Fahren. Dadurch könnten klassische Montage-Arbeitsplätze, aber auch Berufskraftfahrer mittelfristig in großem Umfang wegfallen. Schätzungen des **Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung** ergaben, dass alleine durch *digitalen Strukturwandel* (ohne Pandemieeffekte) in den Jahren 2011–2016 etwa 1,5 Millionen Jobs in Deutschland verdrängt, aber zugleich 1,4 Millionen neue geschaffen wurden (IAB Forschungsbericht 2018). Die Herausforderung liegt also weniger in einem plötzlichen Kollaps, sondern in einer **schleichenden Erosion** tradierter Berufsbilder. Ohne Anpassung der Qualifikationen droht vielen Beschäftigten ein Abstieg von gut bezahlten Facharbeiterjobs in prekäre Tätigkeiten oder Dauerarbeitslosigkeit.

2.3 Volkswirtschaftliche Folgen und die Notwendigkeit neuer Lösungen

Setzt sich die Automatisierungsdynamik ungebremsst fort, zeichnen sich für Deutschland gravierende volkswirtschaftliche Konsequenzen ab:

- **Strukturelle Arbeitslosigkeit:** Anders als in früheren Technologiewellen (etwa der Mechanisierung) ist diesmal auch der Dienstleistungssektor stark betroffen, inklusive vermeintlich „sicherer“ Bürojobs durch KI. Sollte tatsächlich ein Großteil (z. B. 50–65 %) der heutigen Arbeiten von KI übernommen werden, könnte die Erwerbsarbeit zur Minderheit werden. Eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit neuer Qualität entstünde, mit all ihren sozialen Folgekosten.
- **Produktivitätsboom bei ungleicher Verteilung:** Die gesamtwirtschaftliche Produktion könnte sogar steigen – Maschinen arbeiten 24/7, und KI könnte innovative Lösungen generieren. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** pro Kopf würde in einem utopischen Szenario stark wachsen. Allerdings stellt sich die Verteilungsfrage: Ohne Mechanismen der Teilhabe würden Kapitaleigner und KI-Betreiber unverhältnismäßig profitieren, während die Massen Kaufkraft verlieren. Dies könnte die **Binnennachfrage** schwächen und paradoxerweise in Überproduktionskrisen münden (klassische *Keynes'sche Nachfragerücke*).
- **Erosion der Steuer- und Beitragsbasis:** Ein Sozialsystem, das auf Lohnsteuern und Sozialabgaben fußt, geriete in Schieflage. Weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigte bedeuten Mindereinnahmen für Renten, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und den Fiskus. Ohne neue Finanzierungsquellen müsste der Staat entweder Sozialleistungen kürzen oder Schulden massiv erhöhen – beides politisch und ökonomisch heikel. Erste Ideen sehen vor, **Roboter und KI** ähnlich wie menschliche Arbeitskräfte mit Abgaben zu belegen („*Robotertarif*“) [swp.de](https://www.swp.de), oder

Unternehmensgewinne deutlich höher zu besteuern, um die **Produktivitätsdividende** abzuschöpfen.

- **Qualifikationsgap und Bildungsbedarf:** Die entstehenden neuen Jobs (z. B. KI-Entwickler, Datenwissenschaftler, Robotik-Wartung, Kreativbranchen) erfordern oft ganz andere Fähigkeiten als die wegfallenden. Ohne massive Umschulung und Weiterbildung droht ein **Mismatch** am Arbeitsmarkt: Arbeitslose auf der einen Seite, unbesetzte Stellen auf der anderen. Bildungsinstitutionen stehen unter Druck, mit Curricula für digitale Kompetenzen, Kreativität und sozialer Interaktion aufzuwarten, die Maschinen nicht bieten können.

Diese Entwicklungen untermauern: Der Übergang zu einer Post-Arbeits-Gesellschaft muss aktiv gestaltet werden. Es reicht nicht, auf Marktkräfte zu vertrauen oder alte sozialstaatliche Pflaster zu kleben. Viele Experten fordern einen neuen **gesellschaftlichen Vertrag** („new social contract“), der die Wertschöpfung der Maschinen zum Wohl aller Menschen nutzt (OECD 2019; WEF 2020). Genau hier setzt das Konzept **Potentialismus** an, dessen Eckpfeiler – insbesondere ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert durch automatisierte Wertschöpfung – im nächsten Abschnitt auf ihre Machbarkeit geprüft werden.

3. Fiskalische Tragfähigkeit eines blockchain-basierten Grundeinkommens in Deutschland

Ein zentrales Instrument des Potentialismus ist ein **bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)**, das allen Bürger:innen ein existenzsicherndes Einkommen garantiert – unabhängig von Erwerbsarbeit. In diesem Kapitel wird untersucht, wie ein solches BGE in Deutschland umgesetzt und finanziert werden könnte, wenn es mittels **Blockchain-Technologie** administriert wird. Insbesondere stehen die Fragen im Raum: *Ist ein ausreichendes Finanzierungsvolumen mobilisierbar? Welche technischen Lösungen* bietet eine Blockchain hierfür? Passt dies in den **rechtlichen Rahmen**? Und wäre ein solcher radikaler Schritt **gesellschaftlich akzeptiert**?

3.1 Finanzierung und fiskalische Tragfähigkeit

Die offenkundigste Hürde eines allgemeinen Grundeinkommens in entwickelten Volkswirtschaften sind die enormen **Kosten**. Die Größenordnung lässt sich am Beispiel Deutschlands verdeutlichen: Bei ~83 Millionen Einwohnern und einer monatlichen Zahlung von z. B. 1.000 € pro Person ergäben sich jährliche Bruttokosten von 996 Mrd. € (rund *1 Billion Euro*, ca. 30 % des BIP). Selbst wenn man ein Staffelformat wählt – etwa 1.200 € für Erwachsene und 600 € für Minderjährige, wie in einer DIW-Modellrechnung angenommen – summieren sich die Kosten auf etwa **1,1 Billion € pro Jahr (≈25 % des BIP)**[mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Allerdings darf man hierbei berücksichtigen, dass ein BGE große Teile des bestehenden Sozialsystems ersetzen würde. Im genannten DIW-Modell würden

nahezu alle transferfinanzierten Sozialleistungen (Bürgergeld, Sozialhilfe, BAföG, Wohngeld, Kindergeld etc.) obsolet und könnten eingespart werden, was ca. **100 Mrd. €** Entlastung brächte [mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Die **Nettokosten** lägen dann immer noch um 1,0 Billion € jährlich – eine gewaltige Lücke, die durch zusätzliche Einnahmen geschlossen werden müsste.

Wie *kann* ein Staat eine solche Summe aufbringen, ohne fiskalisch zu kollabieren? Eine DIW-Studie (im Auftrag des Vereins „Mein Grundeinkommen“) zeigt einen möglichen Pfad auf: Durch eine **radikale Steuerreform** mit **Flat Tax**. Konkret wurde berechnet, dass eine **Einheitssteuer von 50 %** auf *sämtliche* Einkommen (Arbeit und Kapital) – ohne Freibeträge – in Kombination mit einer vereinheitlichten Umsatzsteuer und einer CO₂-Abgabe die Finanzierung nahezu decken könnte (Fratzscher 2022) [mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). In diesem Szenario behielte jede:r Bürger:in von jedem zusätzlich verdienten Euro nur 50 Cent, hätte aber im Gegenzug das Grundeinkommen von 1.200/600 € sicher [mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Überraschenderweise würde laut dieser Berechnung die **Einkommensungleichheit deutlich sinken** – der Gini-Index ginge zurück und die Zahl der Armutsgefährdeten würde von 13 auf 4 Millionen fallen [mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de). Spitzenverdiener hätten zwar absolut weniger Netto (ca. 15 % weniger als heute) [mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de), aber *niemand* fiel unter das Existenzminimum. Diese Simulation widerlegt das oft gehörte Argument, ein BGE sei unfinanzierbar – es zeigt vielmehr: **Prinzipiell** ist genug gesellschaftlicher Reichtum vorhanden, wenn er konsequent umverteilt wird (Fratzscher 2022).

Allerdings sind solche tiefgreifenden Steueränderungen politisch äußerst ambitioniert. Eine 50 %-Flat Tax bedeutet für mittlere und hohe Einkommen spürbare Mehrbelastungen. Zwar deuten Umfragen an, dass eine beachtliche Zahl von Menschen dennoch ein BGE unterstützt – in Deutschland befürworten stabil rund **50 % der Befragten** ein BGE-Modell (Adriaans et al. 2019) [diw.dediw.de](https://www.diw.dediw.de), und viele wären sogar bereit, dafür höhere Steuern in Kauf zu nehmen (ebd.). Dennoch stellen sich Gerechtigkeitsfragen: Ist es fair, auch kleine Erwerbseinkommen ab dem ersten Euro mit 50 % zu besteuern? Würde eine hohe Konsumsteuer nicht Geringverdiener wieder überproportional treffen? Hier ließe sich gegensteuern, etwa durch eine gestaffelte negative Einkommenssteuer oder Zuschläge auf Luxusgüter statt Grundbedarf.

Für Potentialismus interessant ist die Idee, die **Automationserträge direkt an die Bürger auszuschütten**. Ein Ansatz besteht darin, eine **Roboter- bzw. Automationsdividende** einzuführen: Unternehmen, die KI in großem Stil einsetzen, könnten verpflichtet werden, einen Teil der dadurch erzielten Effizienzgewinne in einen staatlichen BGE-Fonds einzuzahlen. Alternativ könnte der Staat Beteiligungen an Schlüsseltechnologien erwerben (ähnlich einem Staatsfonds) und die Renditen daraus als BGE auszahlen. In gewisser Weise würde damit die Wertschöpfung der Maschinen in ein Commons überführt. Dies knüpft an den Vorschlag eines „**Daten- oder KI-Fonds**“ an, wie ihn etwa der Ökonom *Thomas Straubhaar* ins Spiel bringt: Bürger erhalten anteilig eine „KI-Dividende“ für die Nutzung ihrer Daten und den Einsatz von Automatisierung in ihrem Namen.

Kurzfristig sind solche Mechanismen komplex, weshalb interimistisch eine Finanzierung über Steuern naheliegt. Die fiskalische Tragfähigkeit hängt dann wesentlich vom politischen Willen ab, Umverteilung in bislang unbekanntem Ausmaß zu wagen. Die Rechnung des DIW belegt

immerhin: Die **finanzielle Last** eines Grundeinkommens muss nicht zwangsläufig Wirtschaft und Staat überfordern, wenn es intelligent gegenfinanziert wird. Wichtig ist auch die **dynamische Betrachtung**: Ein Grundeinkommen würde selbst wirtschaftliche Effekte erzeugen – etwa erhöhte **Kaufkraft** breiter Schichten, mehr **Gründungen** (da die Existenz gesichert ist) und ggf. Produktivitätsfortschritte durch bessere Gesundheit und Bildung der Bevölkerung. Einige dieser Second-Round-Effekte könnten wieder Mehreinnahmen generieren (höhere Mehrwertsteuer durch mehr Konsum etc.). Modellschätzungen legen nahe, dass ein BGE *nicht* zu einem massenhaften Rückgang der Erwerbsbeteiligung führen muss – empirische Pilotprojekte (siehe Kap. 5) zeigen sogar, dass viele Menschen weiterhin arbeiten und teilweise höhere Bildungsabschlüsse anstreben, wenn sie ein Grundeinkommen erhalten (Ferdosi et al. 2022)[en.unesco.org.en.unesco.org](https://en.unesco.org/en.unesco.org).

Zusammengefasst: Ein BGE im Potentialismus-Format (als allgemeines Bürgerrecht finanziert aus Automationsgewinnen) ist fiskalisch **nicht trivial, aber möglich**. Es erfordert umfangreiche Steuerreformen oder innovative Finanzierungsinstrumente. Sollte die Automatisierung die Produktivität exponentiell steigern, wächst auch der Kuchen, der verteilt werden kann – Potentialismus zielt darauf, diesen Kuchen gerecht aufzuteilen, bevor soziale Spannungen entstehen.

3.2 Technologische Umsetzbarkeit: Blockchain als Infrastruktur

Eine Besonderheit des hier diskutierten Modells ist die Verwendung von **Blockchain-Technologie** zur Verwaltung und Auszahlung des Grundeinkommens. Warum Blockchain? Befürworter argumentieren, dass eine **dezentrale, transparente Ledger-Technologie** Vertrauen schaffen und Bürokratie abbauen kann. In einer Blockchain ließen sich Berechtigtenkonten anlegen, auf die regelmäßig digitale Tokens als Grundeinkommen ausgeschüttet werden. Diese Tokens könnten entweder eine eigene Kryptowährung darstellen oder an den Euro gekoppelte Stablecoins sein.

Vorteile einer solchen Lösung aus technologischer Sicht:

- **Transparenz und Fälschungssicherheit:** Jede Transaktion (Auszahlung an Individuen, Zahlung im Alltag) wird unveränderbar dokumentiert. Missbrauch, etwa doppelte Zahlungen oder unberechtigte Ansprüche, wären technisch unterbunden. Gleichzeitig ist für alle nachvollziehbar, wie viel an Grundeinkommen im Umlauf ist – **Vertrauen** in das System könnte so steigen.
- **Automatisierung durch Smart Contracts:** Auszahlungsregeln (z. B. monatliche Gutschrift für jeden Erwachsenen) ließen sich als Smart Contract programmieren. Dadurch würde die Verteilung **automatisch** erfolgen, ohne behördlichen Aufwand. Auch etwaige Anpassungen (z. B. inflationsindexierte Erhöhung) könnten algorithmisch geregelt sein.
- **Inklusive Finanzinfrastruktur:** Eine Blockchain-basierte Lösung könnte jenen den Zugang erleichtern, die sonst kein Bankkonto haben. Über Smartphone-Wallets wäre

jeder direkt angebunden. Länder wie Estland, die bereits digitale ID-Systeme haben, könnten diese mit einer Wallet verknüpfen, sodass jede Person eindeutig identifizierbar ist für den Erhalt des BGE (vgl. Estlands eID-Infrastruktur, Kap. 5).

- **Dezentralität und Resilienz:** Anstatt auf eine zentrale Behörde oder IT-Struktur zu vertrauen, verteilt sich das System über viele Knoten. Dies erschwert Ausfälle oder Cyberangriffe. Auch die politische **Unabhängigkeit** wird betont: Eine einmal etablierte Blockchain könnte weniger anfällig für willkürliche Eingriffe sein (z. B. durch Regierungswechsel), da Regeln konsensbasiert von der Gemeinschaft geändert werden müssten.

Es gibt jedoch ebenso klare Herausforderungen:

- **Skalierbarkeit und Effizienz:** Bisherige Blockchains (z. B. Bitcoin, Ethereum) stoßen bei sehr vielen Transaktionen an Performance-Grenzen und verursachen teils hohe Gebühren. Ein BGE-System müsste Millionen Transaktionen monatlich abwickeln – womöglich sind dafür spezielle **permissioned Blockchains** oder neue effiziente Protokolle nötig, um Latenzen und Kosten minimal zu halten.
- **Stabilität des Token-Werts:** Ein eigenes Kryptotoken fürs BGE macht nur Sinn, wenn es stabil ist. Starke Kursschwankungen würden die Kaufkraft des Grundeinkommens unberechenbar machen. Daher wird oft eine Anbindung an etablierte Währungen oder harte Assets vorgeschlagen (Stablecoin). Alternativ könnte der Staat selbst die **Emission einer digitalen Währung** übernehmen (etwa ein digitaler Euro via EZB) und diese für BGE nutzen.
- **Energieverbrauch und Nachhaltigkeit:** Klassische Blockchains mit Proof-of-Work-Konsens (wie Bitcoin) sind extrem energieintensiv. Für ein soziales System wäre das kontraproduktiv. Neuere Mechanismen (Proof-of-Stake, Konsortial-Blockchains) sind weitaus effizienter und kämen hier in Betracht, um den ökologischen Fußabdruck gering zu halten.
- **Datenschutz und Anonymität:** Einerseits soll das System transparent sein, andererseits dürfen sensible persönliche Daten nicht offen einsehbar sein. Ein Lösungsweg könnten **pseudonyme Wallets** sein, die nur von autorisierten Stellen der Person zugeordnet werden können (ähnlich anonyme Bankkonten mit Identitätsnachweis bei Eröffnung). Moderne Kryptographie (Zero-Knowledge-Proofs) könnte es ermöglichen, Nachweise von Berechtigung zu erbringen, ohne alle Personendaten offenzulegen.

Ein Praxisbeispiel für blockchain-basiertes Grundeinkommen liefert das Projekt **Circles UBI** in Berlin. Circles ist eine auf Ethereum/Gnosis Chain basierende Community-Währung, die jedem Teilnehmer regelmäßig neue Token („CRC“) gutschreibt, um den Grundgedanken eines lokalen

BGE zu testen. Der **Berliner Pilotversuch 2021** zeigte allerdings, dass technische Machbarkeit allein nicht genügt: Viele lokale Geschäfte, die CRC akzeptierten, tauschten **bis zu 90 % der erhaltenen Token sofort wieder in Euro um**, da sie ihre laufenden Kosten in Fiatgeld decken musstenfrontiersin.org. Dadurch zirkulierten die Tokens kaum in der Gemeinde, und der angestrebte unabhängige Wirtschaftskreislauf kam nicht zustande – letztlich *scheiterte* der Pilot an mangelnder Breite der Akzeptanz und den ökonomischen Realitätenfrontiersin.org. Die Entwickler zogen Lehren und arbeiteten an „Circles 2.0“ mit **stabilem Token** und besseren Anreizen. Das Beispiel Circles verdeutlicht: Eine Blockchain-Lösung braucht **Anbindung an die reale Wirtschaft**. Wenn alle dennoch Euros benötigen (für Miete, Rechnungen, Steuern), muss der BGE-Token entweder problemlos konvertierbar sein oder – im Idealfall – selbst als Zahlungs- und Steuermittel anerkannt werden. Dies spräche für eine **staatliche digitale Währung** anstelle einer Insellösung.

3.3 Rechtlicher Rahmen und Akzeptanz in Deutschland

Rechtlich wirft ein blockchain-basiertes BGE neuartige Fragen auf. Zunächst zur **Währungshoheit**: In Deutschland ist der Euro das gesetzliche Zahlungsmittel. Ein paralleles Kryptowährungssystem für ein zentrales Sozialsystem wäre juristisch sorgfältig zu gestalten. Entweder koppelt man es an den Euro (dann wäre es eher ein Auszahlungskanal, vergleichbar mit einer speziellen Art von Überweisung) oder man schafft gesetzliche Grundlagen für eine staatliche Kryptowährung. Die EU diskutiert ohnehin die Einführung eines **digitalen Euro** – dessen Infrastruktur könnte man potentiell für ein EU-weites oder nationales BGE nutzen.

Zivil- und steuerrechtlich müssten **Verbindlichkeiten und Ansprüche** rund ums BGE definiert werden: Hat jede Person einen einklagbaren Anspruch auf die Token? Wie wird Missbrauch (z. B. Wallet von Verstorbenen) verhindert? Wie behandelt man Bürger:innen im Ausland oder Nicht-Staatsbürger im Inland? All das wären Fragen für ein BGE-Gesetz und zugehörige Ausführungsverordnungen. Vermutlich wäre eine **Änderung des Grundgesetzes** nicht zwingend nötig, da das GG kein konkretes Arbeitszwang- oder Entgeltprinzip festschreibt, aber Artikel 20 (Sozialstaatsprinzip) könnte als Grundlage dienen, um ein Grundeinkommen als neue Form sozialer Sicherung einzuführen. Einige Juristen argumentieren, ein wirklich *bedingungsloses* Grundeinkommen würde den Sozialstaat im GG zeitgemäß interpretieren – da es die Würde und Teilhabe aller garantiert. Andere meinen, es laufe der bisherigen Logik der Bedarfsprüfung und dem Äquivalenzprinzip zuwider. Letztlich wäre die Legislative gefordert, hier Klarheit zu schaffen.

Die **Akzeptanz** eines BGE im Allgemeinen und eines Blockchain-BGE im Besonderen ist eine sozialpolitische Schlüsselvariable. Aktuelle Umfragen in Deutschland zeigen ein **ambivalentes Bild**: Knapp die Hälfte der Bevölkerung befürwortet die Einführung eines Grundeinkommens (je nach Wortlaut 45–52 % Zustimmung)diw.de. Jüngere, besser Gebildete und einkommensschwächere Gruppen sind tendenziell positiver eingestellt[diw.de](https://diw.de/diw.de). Hauptargumente **dafür** sind die Bekämpfung von Armut, Freiheit von Zwangsarbeit und die Möglichkeit, sich z. B. ehrenamtlich, kreativ oder familiär zu entfalten. Hauptargumente **dagegen** sind die Kosten und die Befürchtung, dass niemand mehr arbeiten wolle („*Hängematten-Argument*“). Interessanterweise haben empirische Tests diese Befürchtung

bislang **nicht bestätigt**: Im finnischen BGE-Experiment (2017–2018) etwa blieb die Beschäftigungsquote der BGE-Empfänger gegenüber der Kontrollgruppe praktisch unverändert, während ihr Wohlbefinden deutlich stieg (Kangas et al. 2019)[ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/ec.europa.eu). In einem deutschen Pilotprojekt (2020–2023) mit 122 Personen, die 1.200 € Grundeinkommen erhielten, ging ebenfalls die Erwerbsarbeit *nicht* signifikant zurück; viele nutzten das Geld für Weiterbildung oder Selbstständigkeit (DIW 2023, Bericht „Pilotprojekt Grundeinkommen“). Solche Ergebnisse können die **Akzeptanz** erhöhen, da sie mit Mythen („alle würden faul werden“) aufräumen.

Speziell ein **Blockchain-basiertes** System muss ebenfalls Vertrauen gewinnen. Während technikaffine Bürger:innen Vorteile sehen (Transparenz, keine Willkür durch Ämter), könnten andere misstrauisch reagieren: Unkenntnis über digitale Wallets, Ängste vor Hackerangriffen oder einfach Vorbehalte gegen „Internetgeld“ könnten die Nutzerakzeptanz bremsen. Hier wären **Aufklärung und nutzerfreundliche Gestaltung** essenziell. Der Staat müsste gewährleisten, dass niemand ausgeschlossen wird – z. B. einfache Mobile-App für Junge, physische Karten oder Offline-Lösungen für Ältere.

Zusammenfassend ist die **legale und soziale Implementierung** eines Blockchain-BGE komplex, aber machbar. Pilotprogramme unter wissenschaftlicher Begleitung könnten helfen, Kinderkrankheiten zu kurieren und Akzeptanz aufzubauen. Wichtig ist, dass ein solches System nicht als technokratisches Experiment „von oben“ kommt, sondern gesellschaftlich diskutiert und demokratisch legitimiert wird. Denn letztlich ist das BGE – ob auf Blockchain oder klassisch ausgezahlt – ein soziales Versprechen, das nur tragfähig ist, wenn eine **Mehrheit der Gesellschaft es mitträgt**.

4. Potentialismus: Ein neues ökonomisches Paradigma der Entfaltung

Aufbauend auf den vorigen Analysen entwickelt dieses Kapitel das Konzept **Potentialismus** als umfassenden Vorschlag für die Gestaltung einer postindustriellen Gesellschaft. Während Kapitel 1 die Defizite der bestehenden Systeme beleuchtet hat, soll Potentialismus Elemente daraus adaptieren und überwinden, um die Voraussetzungen des KI-Zeitalters zu erfüllen. Im Zentrum stehen **individuelle Potentialentfaltung, Gemeinwohlorientierung und gesellschaftliche Innovation**. Im Folgenden werden zunächst die **Grundprinzipien** des Potentialismus formuliert, dann seine Unterschiede zu Kapitalismus/Sozialismus herausgearbeitet und schließlich konkrete Veränderungen skizziert, wie sich Alltag und Institutionen wandeln könnten.

4.1 Grundprinzipien des Potentialismus

Potentialismus versteht sich als *socio-ökonomische Ordnung*, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – jedoch nicht als Arbeitskraft oder Konsument, sondern als **Träger von Fähigkeiten, Talenten und kreativem Potential**. Wertschöpfung wird neu definiert: Nicht mehr

allein das Produzieren von Gütern oder Profiten gilt als wertvoll, sondern die *Entfaltung des menschlichen Potentials* an sich wird zum obersten Ziel. Dieses Paradigma beruht auf einigen Kernprinzipien:

- **Entkopplung von Arbeit und Einkommen:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein auskömmliches Leben, unabhängig von marktförmiger Erwerbsarbeit. Ein Grundeinkommen – wie in Kap. 3 diskutiert – garantiert materielle Basis und Sicherheit. Dadurch entsteht *frei verfügbare Zeit*, die der Einzelne für persönlich sinnstiftende Tätigkeiten nutzen kann: Weiterbildung, Kreativität, Pflege sozialer Beziehungen, bürgerschaftliches Engagement, politische Beteiligung etc. Einkommen ist also kein Zwangsmittel mehr zur Arbeitsaufnahme, sondern wird zum allgemeinen Bürgerrecht.
- **Neuer Wertbegriff:** Traditionelle ökonomische Kennziffern (BIP, Profit, Lohnhöhe) treten in den Hintergrund. Erfolg und Fortschritt werden im Potentialismus mit **Lebensqualität, Innovation und Gemeinwohlbeiträgen** gemessen. Beispielsweise könnte ein Index entwickelt werden, der **individuelle und kollektive Potentialausschöpfung** abbildet – etwa durch Indikatoren wie Bildungsstand, kulturelle Produktion, Gesundheitsniveau, Nachhaltigkeit, soziale Inklusion. Dieser Ansatz knüpft an den *Capability Approach* von Amartya Sen (1999) an, der Wohlfahrt daran bemisst, inwieweit Menschen die Freiheit haben, ein von ihnen geschätztes Leben zu führen, und welche Fähigkeiten sie verwirklichen können en.wikipedia.org.
- **Gemeinwohlorientierte Technologie:** Die in einer Potentialismus-Wirtschaft eingesetzten KI- und Automationssysteme werden so gestaltet, dass sie dem **kollektiven Nutzen** dienen. Die Überschüsse der hochproduktiven Maschinen fließen – z. B. über das BGE – an alle zurück. Unternehmen und Start-ups existieren weiterhin, doch es entsteht ein *neuer Gesellschaftsvertrag*: Unternehmerischer Erfolg wird daran gemessen, wie sehr er Mensch und Umwelt zugutekommt. Daten, als Rohstoff der KI, werden als *Gemeingut* betrachtet – Individuen behalten die Souveränität über ihre Daten und partizipieren an deren Wert.
- **Dezentrale, partizipative Governance:** Potentialismus setzt auf **Bürgerbeteiligung** und dezentrale Entscheidung dort, wo es sinnvoll ist. Blockchain-Technologie oder ähnliche *Distributed-Ledger-Tools* könnten in der öffentlichen Verwaltung zum Einsatz kommen (vgl. Estlands e-Governance, Kap. 5), um transparente demokratische Prozesse zu fördern. Beispielsweise ließe sich über die Verwendung des Gemeinschaftsfonds (aus dem BGE finanziert wird) öffentlich abstimmen – eine Art direktdemokratischer Budgetierung. Damit würde vermieden, dass eine zentrale Planungsbehörde allein über Ressourcenverteilung entscheidet (Unterschied zum klassischen Sozialismus). Lokale Gemeinschaften könnten eigene Initiativen starten, gefördert durch gemeinschaftliches Kapital.
- **Förderung von Bildung, Kreativität und Muße:** Da die Menschen von existenziellen Arbeitszwängen entlastet sind, wird **Bildung zur lebenslangen Aufgabe und Freude**.

Das Bildungssystem wird entsprechend reformiert: mehr freie Lernphasen, Förderung von Kreativität, kritischem Denken und sozialen Kompetenzen statt bloßer Berufsvorbereitung. Kulturelle und wissenschaftliche Aktivitäten erfahren hohen gesellschaftlichen Stellenwert – eine *Renaissance der Musen* wird angestrebt. Potentialismus schätzt die intrinsische Motivation: Menschen wollen lernen, schaffen und beitragen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. **Muße** und Reflexion sind kein Laster mehr (wie in der protestantischen Arbeitsethik), sondern essenziell für Innovation und persönliches Wachstum.

Zusammengefasst zielt Potentialismus darauf ab, die **Befreiung von der Notwendigkeit der Lohnarbeit** nicht als Krise, sondern als Chance für einen zivilisatorischen Fortschritt zu nutzen. Menschliche Tätigkeiten verlagern sich von der Produktion zur **Kreation** – im weitesten Sinne. Der Philosoph *Aristoteles* unterschied die Sphäre des bloßen Überlebens und die Sphäre des guten Lebens (*bios praktikós* vs. *bios theoretikós*); Potentialismus schafft Bedingungen, dass alle Menschen mehr Anteil am „guten Leben“ haben können, indem die maschinelle Produktivität die Basis sichert.

4.2 Abgrenzung von Kapitalismus und Sozialismus

Potentialismus kann als Synthese und Überwindung der beiden traditionellen Gegensätze Kapitalismus und Sozialismus verstanden werden:

- **Vom Kapitalismus übernimmt Potentialismus** die Idee des *dezentralen Innovationswettbewerbs*. Private Akteure – Individuen, Unternehmen, Kooperativen – sollen weiterhin neue Ideen verwirklichen können, Unternehmerische Freiheit bleibt erhalten. Allerdings werden die *Ergebnisse* dieses Wettbewerbs anders verteilt: Der Mehrwert fließt breiter in die Gesellschaft zurück (über BGE oder Gemeinfonds), anstatt sich in wenigen Händen zu konzentrieren. Potentialismus strebt somit **effiziente Produktion** an, lehnt aber die ungezügelte Profitmaximierung als Ziel ab. *Adam Smiths* „unsichtbare Hand“ wird ergänzt durch eine **sichtbare Hand der Gemeinschaft**, die die Richtung des Fortschritts nach gemeinwohlorientierten Kriterien lenkt. Zum Beispiel könnte ein privat entwickeltes KI-System, das Krebs heilt, im Potentialismus profitabel sein – aber die Gewinne würden zu großen Teilen in die öffentliche Gesundheitsversorgung rückfließen, anstatt ausschließlich Aktienrenditen zu bedienen.
- **Vom Sozialismus übernimmt Potentialismus das Ideal der Gleichheit und Solidarität**, verzichtet jedoch auf die komplette Zentralplanung. Die Grundbedürfnisse aller werden garantiert (kein Armut, Zugang zu Bildung, Gesundheit, kultureller Teilhabe), was dem marx'schen Motto „Jeder nach seinen Bedürfnissen“ nahekommt. Doch anstatt dies durch staatliche Zuweisung von Arbeit und Gütern zu regeln, schafft Potentialismus einen *automatischen Mechanismus* (Blockchain-BGE), der diese Verteilung organisiert. Dadurch sollen bürokratische Ineffizienzen und Machtkonzentration vermieden werden.
werdenfile-4ay5v8qvazp6ze81pzvynnfile-4ay5v8qvazp6ze81pzvynn. Das System ist

dezentral und transparent, womit es auch der freiheitlichen Kritik am Sozialismus Rechnung trägt. Es ist kein Zufall, dass Potentialismus gerade durch die Verknüpfung von BGE mit Blockchain versucht, das **Vertrauensproblem** zu lösen: Wo Sozialismus auf Staatsvertrauen baut, baut Potentialismus auf technischen *Vertrauensprotokollen* (Algorithmus statt Funktionär).

In Summe entsteht ein **hybrides Modell**: Weder rein marktwirtschaftlich (da starke Umverteilung und neue Wertmaßstäbe), noch rein planwirtschaftlich (da dezentrale Akteure und Wettbewerb). Erfolg wird nicht mehr monetär definiert, sondern als **Beitrag zur Potentialentfaltung**. So könnte man sagen: *Im Kapitalismus entscheidet Kapital über die Allokation, im Sozialismus der Staat – im Potentialismus das Potential*. Das heißt, Investitionen fließen bevorzugt in Projekte, die menschliches Potential entwickeln (Bildung, Kultur, Innovationen für Nachhaltigkeit), finanziert durch die Überschüsse der Automatisierung.

4.3 Gesellschaftliche Veränderungen im Alltag

Wie würde ein potentialistisches Deutschland konkret aussehen? Einige Szenarien und Veränderungen im Vergleich zu heute:

- **Arbeitswelt:** Die traditionelle 40-Stunden-Erwerbsarbeit ist nicht mehr Norm. Viele Menschen **arbeiten weniger Stunden** in klassischen Jobs, da ihr Grundeinkommen die Grundkosten deckt. Erwerbsarbeit wird freiwilliger, und Arbeitgeber müssen attraktive Bedingungen bieten, um Mitarbeiter zu gewinnen (interessante Aufgaben, gute Arbeitsatmosphäre, partizipative Führung). Gleichzeitig entstehen zahlreiche **neue Tätigkeitsformen** außerhalb klassischer Beschäftigung: Projektarbeit, künstlerische und handwerkliche Tätigkeiten, lokale Gemeinschaftsprojekte, Start-ups mit gemeinnützigem Charakter. Die Grenze zwischen Arbeit, Ehrenamt und Freizeit verwischt – z. B. könnten sich deutlich mehr Menschen in Pflege von Angehörigen, Umweltschutzinitiativen oder Bildungsprojekten engagieren, ohne Angst vor eigenem finanziellem Ruin.
- **Soziale Sicherheit:** Das BGE ersetzt ein Wirrwarr aus Bürokratie. Niemand muss mehr demütigende Bedürftigkeitsprüfungen über sich ergehen lassen. Die **Stigmatisierung von Arbeitslosen** fällt weg, da Erwerbslosigkeit nicht mehr Makel, sondern erwartbarer Lebensumstand ist, der gut abgedeckt wird. Soziale Kontakte sind weniger von Statusdenken geprägt – wenn Einkommen für alle gesichert ist, reduziert sich die gesellschaftliche Spaltung in „oben“ und „unten“. Jeder trägt zum Gemeinwesen bei, auf seine Weise, und dieser *Beitrag wird wertgeschätzt*, ob er monetär messbar ist oder nicht (z. B. Fürsorgearbeit, künstlerische Tätigkeit, Nachbarschaftshilfe).
- **Wirtschaftssektoren:** Einige Branchen würden boomen, insbesondere solche, die *menschliche Kreativität und Empathie* benötigen: Kunst, Kultur, Design, Bildung, Coaching, Soziales, Forschung, Open-Source-Entwicklung. Routineintensive Branchen würden weitgehend maschinell laufen, aber unter gesellschaftlicher Kontrolle (die Logistik z.B. vollautomatisiert, jedoch die Verteilung von Gewinnen daraus per

Gemeinschaftsentscheidung). Die **gemeinwohlorientierte Wirtschaft** wird gefördert: Genossenschaften, Sozialunternehmen und Kommunalbetriebe erhalten Unterstützung, während rein renditeorientierte Geschäftsmodelle (z. B. Spekulation, reine Rent Seeking-Aktivitäten) unattraktiver werden, weil die Gesellschaft Umverteilungsmechanismen verstärkt.

- **Politik und Governance:** Mit mehr frei verfügbarer Zeit steigt die Bürgerbeteiligung. Man kann eine **Revitalisierung der Demokratie** erwarten: Bürgerforen, Bürgerräte, lokale Abstimmungen über Projekte. Das Verständnis, dass jeder vom System profitiert, könnte die Politisierung erhöhen – im positiven Sinne einer engagierten Bürgerschaft. Gleichzeitig müsste sich die Politik an neue Aufgaben anpassen: Statt Arbeitsplätze zu versprechen, würde Politik sich darauf konzentrieren, *Chancen zur Potentialentfaltung* zu schaffen – etwa durch Kulturförderung, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft und Umweltgestaltung. Indikatoren wie „**gesellschaftlicher Fortschritt**“ könnten in politischen Debatten eine größere Rolle spielen als das bisherige Primat des Wirtschaftswachstums.
- **Kulturelle Werte:** Potentialismus würde wohl einen Kulturwandel mit sich bringen. Werte wie **Selbstverwirklichung, Kreativität, Solidarität und Nachhaltigkeit** träten in den Vordergrund. Die heute so zentrale Idee, dass man seinen Wert durch Arbeit (im Sinne von Job und Karriere) beweisen muss, verblasst. Stattdessen gilt jemand als *erfolgreich*, der seine Talente auslebt, der der Gemeinschaft etwas Positives gibt – sei es ein Kunstwerk, Pflege einer Grünanlage, Erfinden einer neuen Technologie, Aufziehen von Kindern, etc. Gesellschaftlicher Status könnte sich diversifizieren; es gäbe weniger Hierarchie allein nach finanzieller Macht. Idealerweise fördert dies eine **inklusive Kultur**, in der verschiedene Lebensentwürfe nebeneinander respektiert werden.

Natürlich ist dieses Bild utopisch gezeichnet. Nicht automatisch wird jeder Mensch kreativ die frei gewordene Zeit nutzen – es besteht auch die Gefahr von **Sinnverlust und Langeweile** (siehe Kap. 7 zu ethisch-kulturellen Implikationen). Potentialismus setzt jedoch auf die Annahme, dass Menschen grundsätzlich neugierige, soziale Wesen sind, die in den richtigen Umständen wachsen und beitragen wollen. *Langeweile* wird somit als gesamtgesellschaftliches Problem gesehen, das durch Bildung, Kulturangebote und Gemeinschaft behoben werden muss – nicht durch Zwang zur Erwerbsarbeit.

Die Umsetzung von Potentialismus wäre ein Prozess, kein Sprung. Erste Schritte könnten z.B. ein teilweises Grundeinkommen für bestimmte Gruppen sein, Arbeitszeitverkürzungen, verstärkte Gemeingut-Finanzierung. Wichtig ist, dass die Richtung stimmt: Weg von einer Gesellschaft, die menschlichen Wert an Erwerbsarbeit misst, hin zu einer Gesellschaft, die **menschlichen Wert an Menschlichkeit misst**. Potentialismus liefert die Leitplanke dafür.

5. Internationale Modelle und Vergleiche

Obwohl kein Land bisher das Potentialismus-Modell vollständig realisiert hat, gibt es international zahlreiche **Ansätze und Experimente**, die einzelne Elemente vorwegnahmen – insbesondere im Bereich Grundeinkommen und digitale Transformation. Ein Blick auf ausgewählte Länder liefert wertvolle Erkenntnisse und Vergleichsmöglichkeiten:

- **Finnland: Pionierexperiment zum Grundeinkommen.** In den Jahren 2017–2018 führte Finnland als erstes europäisches Land einen staatlich organisierten BGE-Versuch durch. 2.000 zufällig ausgewählte Arbeitslose erhielten **560 € monatlich** (steuerfrei, ohne Bedingungen), während eine Kontrollgruppe weiterhin herkömmliche Leistungen bezog (Kela 2020). Die **Ergebnisse:** Die BGE-Empfänger fanden nicht signifikant häufiger Arbeit als die Kontrollgruppe – die Beschäftigungsquote blieb praktisch gleich (etwa 31% in beiden Gruppen im ersten Jahr)ec.europa.eu/ec.europa.eu. Allerdings berichteten sie von deutlich *höherem Wohlbefinden*: Weniger Stress, mehr Zuversicht in die Zukunft und bessere mentale Gesundheit wurden gemessenec.europa.eu/ec.europa.eu. Außerdem reduzierte sich empfundenes bürokratisches „Gedöns“ erheblich. Fazit der Forscher: Das BGE erhöhte die **Lebensqualität**, ohne Arbeitsangebot oder -bereitschaft zu verringern – es hatte aber auch keine Wunderwirkung auf die Jobfindung. Dieses Experiment hat die Debatte europaweit beeinflusst und gezeigt, dass *gesellschaftliche Akzeptanz* hoch sein kann, wenn positive Erfahrungen überwiegen.
- **Kanada (Ontario): Umfangreicher Sozialpilot.** Die Provinz Ontario startete 2017 einen Pilot mit 4.000 Menschen (gemischte Teilnehmer: Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose), die **drei Jahre lang ein garantiertes Einkommen** erhalten sollten (bis zu 13.000 € pro Jahr für Singles, etwas mehr für Paare, Abschmelzung ab einem bestimmten Verdienst)en.unesco.org/en.unesco.org. Der Pilot wurde vorzeitig 2019 von einer neuen Regierung abgebrochen, jedoch konnten Forscher etwa 1.000 Teilnehmer nachverfolgen. Sie stellten **breit positive Auswirkungen** fest: Rund 79 % der Befragten gaben an, ihre *mentale Gesundheit* habe sich verbessert, 74 % trieben mehr Sport, 83 % fühlten sich weniger gestresst[en.unesco.org](https://en.unesco.org/en.unesco.org). Etwa 5 % fanden während der Zeit neu eine Arbeit und 17 % hörten auf zu arbeiten, wobei von diesen wiederum 40 % dies taten, um eine **Ausbildung oder Weiterbildung** aufzunehmen[en.unesco.org](https://en.unesco.org/en.unesco.org). Zudem verbesserten sich für viele die Arbeitsbedingungen (bessere Jobs gefunden, teils in Teilzeit mit Weiterbildung). Insgesamt **widerlegte** der Pilot das Vorurteil, alle würden das Arbeiten quittieren: Mehr als die Hälfte blieb erwerbstätig wie zuvor, und einige wechselten in passendere oder zukunftssträchtigere Tätigkeitenen.unesco.org/en.unesco.org. Die Studie schlussfolgerte, ein Grundeinkommen könne *Armut reduzieren und Gesundheit sowie Wohlergehen verbessern*, ohne die Arbeitsmotivation zu zerstören (Ferdosi et al. 2022)[en.unesco.org](https://en.unesco.org/en.unesco.org). Die vorzeitige Einstellung des Projekts wurde als verpasste Chance kritisiert – Ontario zeigte aber, wie ein BGE-ähnliches Programm administrativ umgesetzt werden kann und welche sozialen Gewinne möglich sind.
- **Schweiz: Direktdemokratische Entscheidung.** Die Schweiz war 2016 das erste Land, in dem die Bevölkerung in einer Volksabstimmung über die Einführung eines

bedingungslosen Grundeinkommens entscheiden konnte. Die Initiatoren schlugen ein BGE auf existenzsicherndem Niveau vor (inoffiziell war von ~2.500 CHF/Monat für jeden Erwachsenen die Rede). In der Abstimmung am 5. Juni 2016 wurde die Initiative allerdings deutlich **abgelehnt**, mit rund **76,9 % Nein- und 23,1 %**

Ja-Stimmenvorwaerts.de. Trotz der Niederlage gilt das Ereignis als Meilenstein: Erstmals wurde global sichtbar über BGE debattiert, und ein Viertel der Schweizer stimmte dafür – ein bemerkenswert hoher Anteil für eine so disruptive Idee. Die Diskussion in der Schweiz drehte sich stark um **Finanzierbarkeit** und **Migration**: Kritiker monierten die hohen Kosten und befürchteten, ein BGE könnte falsche Anreize für Zuwanderung schaffen (obwohl die Initiative nur für Bürger und Aufenthaltsberechtigte gegolten hätte). Befürworter hoben die Werte von Freiheit und Menschenwürde hervor. Nach der Abstimmung schief das Thema dort zunächst ein, erlebt aber aktuell wieder Aufwind durch lokale Vorstöße (z. B. startete 2021 ein Pilotprojekt im Kanton Zürich, das allerdings begrenzt ist). Die Schweiz zeigt, dass **politische Realisierung** eines BGE einen langen Atem braucht – aber auch, dass unkonventionelle Ideen es bis auf den Stimmzettel schaffen können.

- **Estland: Digitale Vorreiterrolle.** Estland hat zwar kein Grundeinkommen eingeführt, ist jedoch weltweit bekannt für seine **digitale Gesellschaft** und experimentierfreudige Verwaltung. Nahezu **99 % aller staatlichen Dienstleistungen sind in Estland online verfügbar**weforum.org – von Behördengängen über Gesundheitsdaten bis zur Stimmabgabe bei Wahlen. Das Land nutzt seit Jahren **Blockchain-artige Technologien** (sogenannte kryptographische Hash-Chains) in der Verwaltung, z. B. um Gesundheitsakten fälschungssicher zu speichern (PwC 2019). Bürger besitzen eine digitale ID und können damit rechtsverbindlich Dokumente unterzeichnen oder Firmengründungen in Minuten erledigen. Diese digitale Offenheit bildet einen idealen **Nährboden** für Modelle wie Potentialismus: Eine bestehende Infrastruktur könnte eingesetzt werden, um z. B. ein tokenbasiertes BGE unbürokratisch auszuzahlen oder Bürgerpartizipation online zu organisieren. Tatsächlich hat Estland sogar mit der Idee einer staatlichen Kryptowährung („Estcoin“) gespielt, um die e-Residency (digitale Bürgerschaft für Ausländer) zu erweitern. Obwohl ein BGE dort politisch (noch) nicht akut ist, demonstriert Estland, wie hoch das **Vertrauen der Bevölkerung in digitale Innovation** sein kann, wenn der Staat transparent und effizient agiert. In Krisenzeiten, wie der COVID-19-Pandemie, zahlte sich die digitale Infrastruktur aus – der Staat konnte Hilfsleistungen rasch verteilen und das öffentliche Leben weitgehend aufrechterhaltenweforum.orgweforum.org. Für Potentialismus lässt sich daraus lernen: Technik allein genügt nicht, es braucht auch **gesellschaftliches Vertrauen** in die Institutionen und Systeme. Estland genießt dieses Vertrauen, weil es früh auf **Fairness und Nutzen** für alle gesetzt hat (z. B. sind digitale Lösungen immer auch mit Aufklärung und einfacher Bedienung einhergegangen, sodass die Akzeptanz hoch ist).

Neben diesen vier Ländern gibt es weitere relevante Beispiele: **USA** (einige Städte wie Stockton, CA erprobten „Guaranteed Income“ für einen Teil der Bevölkerung, mit ähnlichen

positiven Effekten auf Wohlbefinden), **Brasilien** (die Stadt Maricá zahlt ihren Einwohnern ein kommunales Grundeinkommen in Form einer lokalen Währung, teilweise digital verwaltet), **Indien** (Pilotprojekte in Dörfern zeigten bessere Ernährung und Schulbesuch durch BGE-Transfers) oder **Iran** (das Land hat faktisch seit 2011 ein rudimentäres BGE, indem es Treibstoffsubventionen abschaffte und stattdessen allen Bürgern Direktzahlungen gibt). Ebenfalls wichtig sind die **Diskurse in internationalen Organisationen**: Die OECD hat Studien zum Grundeinkommen veröffentlicht, die ILO diskutiert soziale Sicherung im Zeitalter der Automation, und das Weltwirtschaftsforum (WEF) forderte in seinem „Great Reset“ ausdrücklich neue Ansätze wie universelle soziale Grundsicherung.

Vergleichend lässt sich feststellen: **Universelle Lösungen** (wo alle Bürger einbezogen werden) gab es bisher nur im Kleinen oder als kurzer Test. Meist waren die Zahlungen niedriger als ein Existenzminimum (Ausnahme: Alaska's „Permanent Fund Dividend“, wo jeder Einwohner jährlich eine Dividende aus Ölgeldern erhält, meist \$1.000–2.000; kein Auskommen, aber symbolisch). Die Ergebnisse der kleineren Experimente sind jedoch ermutigend in Bezug auf soziale Indikatoren und entkräften viele Vorurteile. Finanzierungs- und Umsetzungsfragen bleiben die größten Stolpersteine. Potentialismus kann von diesen Erfahrungen lernen: Pilotprojekte sollten idealerweise *größer* und *langfristiger* sein, um Wirkungen umfassend zu evaluieren. Auch zeigt sich, dass **kultureller Kontext** wichtig ist – in Ländern mit höherem Vertrauen in den Staat (Finnland, Estland) lassen sich solche Experimente leichter durchführen als in sehr polarisierten Gesellschaften.

Zusammenfassend untermauern die internationalen Beispiele zweierlei: Erstens, die **Machbarkeit** gewisser Kernideen (BGE, digitaler Staat) ist gegeben – es gibt Realwelterfahrung, auf die man aufbauen kann. Zweitens, es braucht stets eine **Anpassung ans lokale Umfeld** – Potentialismus in Deutschland muss deutsche Gegebenheiten beachten (z. B. starke Sozialversicherungstradition, föderale Strukturen, hohe Bedeutung von Mitbestimmung). Mit diesem Wissen kann man im nächsten Kapitel überlegen, wie man solche Veränderungen wissenschaftlich begleiten und empirisch erforschen könnte.

6. Vorschlag für eine eigene empirische Untersuchung

Damit ein theoretisches Konzept wie Potentialismus zur belastbaren Grundlage für Entscheidungen wird, ist eine empirische Fundierung unerlässlich. Im Rahmen einer Dissertation böte es sich an, durch eigene **primärstatistische Forschung** Daten zur Akzeptanz, Machbarkeit und Ausgestaltung von Potentialismus-Elementen zu erheben. Zwei sich ergänzende Ansätze stehen zur Diskussion: **eine repräsentative Bevölkerungsbefragung** und **qualitative Experteninterviews**.

(a) Bevölkerungsrepräsentative Umfrage: Ziel wäre es, ein genaues Bild der Einstellungen, Erwartungen und Befürchtungen der Bürger:innen gegenüber einem KI-bedingten Wandel und einem Grundeinkommen zu erhalten. Dabei könnten folgende Themenblöcke abgefragt werden:

- *Kenntnis und Wahrnehmung von Automatisierung*: Fragen, ob die Menschen glauben, dass KI ihre eigene Arbeit oder die Arbeitswelt allgemein stark verändern wird; ob dies mit Optimismus oder Angst gesehen wird.
- *Einstellung zum Grundeinkommen*: Zustimmung/Ablehnung eines BGE in unterschiedlichen Szenarien (z. B. „Der Staat zahlt jedem 1.000 € im Monat und finanziert dies über Steuern auf Roboter und hohe Einkommen“). Hier können Variationen getestet werden – etwa ob Zustimmung steigt, wenn man „Blockchain-gestützt“ erwähnt oder wenn man Bedingungen nennt.
- *Vertrauen in Technologie und Institutionen*: Fragen zur Bereitschaft, eine digitale Währung zu nutzen, Vertrauen in den Staat als BGE-Garanten vs. Vertrauen in eine dezentrale Blockchain-Lösung.
- *Potentielle Verhaltensänderungen*: Würden die Befragten bei einem garantierten Grundeinkommen ihre Arbeitszeit reduzieren? Würden sie sich mehr weiterbilden, eine Firma gründen, früher in Rente gehen? Diese hypothetischen Fragen geben Hinweise auf mögliche Auswirkungen.
- *Prioritäten für freigesetzte Zeit*: Was würden die Menschen tun, wenn Erwerbsarbeit weniger zentral wäre? (Antwortoptionen: mich künstlerisch betätigen, reisen, Familie kümmern, Ehrenamt, Faulenzen, etc.) – zur Abschätzung, ob die Vision von Potentialentfaltung resoniert.
- *Soziodemografie und Werteeinstellungen*: Alter, Bildung, Einkommen, politische Neigung, um Akzeptanzunterschiede zu analysieren; ebenso Gerechtigkeitsempfinden (etwa Fragen nach Leistungsgerechtigkeit vs. Bedarfsgerechtigkeit).

Eine solche Befragung könnte z. B. online durchgeführt werden mit ~1.500 Befragten als **repräsentativer Querschnitt der deutschen Wohnbevölkerung** (nach Alter, Geschlecht, Region, Bildung quotiert). Viele Institute (Infratest dimap, Allensbach, YouGov etc.) bieten Panel-Zugriff an. Im Rahmen der Dissertation könnte man den Fragebogen selbst entwickeln und ggf. über ein Umfragezentrum ausspielen lassen. Die Auswertung würde mittels statistischer Analyse erfolgen (Häufigkeiten, Kreuztabellen, Regressionsmodelle, um Prädiktoren für Zustimmungswerte zu identifizieren).

(b) Qualitative Experteninterviews: Parallel zur Breitenbefragung ist es sinnvoll, **vertiefende Gespräche** mit Schlüsselpersonen zu führen, die beim Thema Potentialismus Einfluss oder besondere Expertise haben. Hier kämen infrage:

- **Politische Entscheidungsträger:innen**: z. B. Abgeordnete des Bundestags (aus Ausschüssen für Arbeit/Soziales, Digitale Agenda, Wirtschaft), Mitarbeiter aus Ministerien, eventuell Kommunalpolitiker, die Modellprojekte planen.

- **Technologie-Expert:innen:** KI-Forschende, Unternehmensführer in der Tech-Branche, Blockchain-Entwickler, die praxisnah einschätzen können, was technologisch realistisch ist und wo Hürden liegen.
- **Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler:** z. B. Arbeitsmarktforscher (IAB), Volkswirte (DIW, IW), Philosoph:innen/Ethiker, die sich mit Zukunft der Arbeit oder BGE beschäftigen. Auch Gewerkschaftsvertreter oder Verbandsvertreter (Arbeitgeberverband) wären relevant, um Interessenperspektiven zu verstehen.
- **Aktivist:innen/Initiativen:** Vertreter von Organisationen wie dem **Netzwerk Grundeinkommen**, oder der Bürgerinitiative in der Schweiz, oder Projekte wie Circles UBI – sie können praktische Erfahrungen und Visionen schildern.

Diese Interviews würden **halbstrukturiert** geführt, d.h. es gibt einen Leitfaden mit zentralen Fragen, aber auch Raum für freies Erzählen. Typische Leitfragen könnten sein:

- „Wie schätzen Sie die Auswirkungen von KI-Automatisierung auf die Beschäftigung in den nächsten 10–20 Jahren ein? Was bedeutet das für unsere sozialen Sicherungssysteme?“
- „Halten Sie ein bedingungsloses Grundeinkommen für eine sinnvolle Antwort auf diese Entwicklung? Warum (nicht)?“
- „Welche technischen Umsetzungsmöglichkeiten sehen Sie für ein solches Modell (Stichwort Blockchain)?“
- „Was wären aus Ihrer Sicht die größten Hindernisse – finanziell, politisch, kulturell – bei der Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland?“
- „Könnten Sie sich Elemente vorstellen, die Sie unterstützen würden (z. B. kleineres Pilotprojekt, negatives Einkommensteuer-Modell, automatisierte Sozialleistungen)?“
- „Inwieweit müsste ein solcher Wandel von Bildung und Kultur begleitet werden? Sehen Sie Risiken für die gesellschaftliche Kohäsion?“

Planungstechnisch könnten ~10–15 Interviews à 60 Minuten geführt werden. Die Auswahl sollte eine **Vielfalt** sicherstellen (unterschiedliche Stakeholder). Mit Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse (nach Mayring oder Grounded Theory) würde man die Gespräche auswerten: Transkription, Kodierung nach Themen, Herausarbeiten gemeinsamer Muster oder kontroverser Punkte. Ziel ist, ein **tiefes Verständnis** der Chancen und Bedenken zu erlangen, die in den Köpfen derjenigen existieren, die Veränderung gestalten oder verhindern könnten.

Integration der Befunde: Die Kombination beider Ansätze – **quantitativ** (Umfrage) und **qualitativ** (Interviews) – erlaubt einen **Mixed-Methods-Blick**. Beispielsweise könnte die Bevölkerungsumfrage zeigen, dass eine Mehrheit jung/arm gebildet pro BGE ist, aber ältere/wohlhabendere skeptischer. Die Experteninterviews könnten erklären, worauf diese Skepsis beruht und wie man sie adressieren könnte. Oder umgekehrt: Falls Expert:innen bestimmte Probleme hervorheben (z. B. „die Leute würden weniger arbeiten“), kann man mit Umfragedaten prüfen, ob die Leute das tatsächlich vorhaben.

Ergebnis der eigenen Erhebung wäre letztlich ein **realitätsnaher Implementierungs-Fahrplan**: Was müsste geschehen, damit Potentialismus in Deutschland Akzeptanz findet? Welche Anpassungen im Modell sind nötig, um Bedenken auszuräumen (z. B. Teil-BGE zuerst, oder Kopplung an Pflicht zu gemeinnütziger Tätigkeit etc.)? Und wo bestehen ggf. **Bildungslücken** – also Felder, wo Aufklärung der Öffentlichkeit sinnvoll wäre (viele Menschen kennen das Konzept noch zu wenig, um es fundiert zu beurteilen, wie Umfragen zeigen).

Natürlich ist dieser Forschungsteil mit hypothetischen Annahmen verbunden (da Potentialismus noch nirgendwo Praxis ist). Dennoch liefert er wertvolle **empirische Anhaltspunkte** und würde die Dissertation deutlich stärken, indem sie über das Theoretische hinausgeht. Zudem kann die Einbindung von Entscheidungsträgern durch Interviews bereits den **Dialog zwischen Wissenschaft und Politik** anstoßen – was im Sinne der Umsetzung solcher Ideen sehr wertvoll ist.

7. Ethische, kulturelle und bildungspolitische Implikationen

Eine Transformation hin zu Potentialismus hätte nicht nur ökonomische und politische Dimensionen, sondern rührt an **Grundpfeiler des gesellschaftlichen Lebens und Selbstverständnisses**. Dieses Kapitel reflektiert abschließend über einige tiefergehende Fragen: Welche *ethischen Prinzipien* stehen auf dem Spiel? Wie müsste sich die *Kultur des Zusammenlebens* ändern? Und welche Anforderungen stellt dies an die *Bildungssysteme und -politik*?

7.1 Ethische Fragen: Arbeit, Gerechtigkeit, Sinn

Aus ethischer Sicht fordert Potentialismus uns heraus, die Bedeutung von *Arbeit und Leistung* neu zu bewerten. In der industriellen Ära galt oft der Imperativ: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ – ein moralisches Urteil, das Arbeit mit Tugend und Müßiggang mit Laster verknüpft (stark geprägt durch die protestantische Ethik nach Max Weber). Ein **bedingungsloses Einkommen für alle** dreht dieses Paradigma um: Es entkoppelt Einkommen von geleisteter Arbeit. Kritiker sehen darin ein ethisches Problem, weil das **Leistungsprinzip** scheinbar aufgegeben wird. Ist es gerecht, dass jemand, der nichts „Nützliches“ beiträgt, genauso viel erhält wie jemand, der hart arbeitet?

Potentialismus antwortet darauf mit einer **erweiterten Gerechtigkeitsvorstellung**. Zum einen verweist er darauf, dass in einer hochtechnologisierten Wirtschaft der Beitrag des Einzelnen schwerer isolierbar ist – die Maschinen arbeiten für uns alle. Wenn Roboter Fabriken betreiben, ist dann der Einkommensunterschied zwischen einem ehemaligen Fabrikarbeiter und jemandem, der sich künstlerisch betätigt, noch zu rechtfertigen? Beide leben letztlich von der automationsgetriebenen Gesamtleistung. Insofern plädiert Potentialismus für eine Art **grundlegende Teilhabegerechtigkeit** an dem, was die Gesellschaft als Ganzes erwirtschaftet. Zum anderen wird betont, dass Menschen sehr wohl *leisten*, aber nicht jeder Beitrag in Geld bemessen werden kann. Die **Sorgearbeit** von Eltern, die Kreativität von Künstlern, das Engagement von Ehrenamtlichen – all das sind Leistungen für die Gemeinschaft, die bisher oft unbezahlt bleiben. Ein BGE gäbe diesen unsichtbaren Leistungen Anerkennung. Damit verschiebt sich das ethische Leitbild von der engen Erwerbsarbeitsmoral hin zu einer **Ethik der Potentialentfaltung und Fürsorge**.

Eine weitere ethische Frage betrifft die **Autonomie und Menschenwürde**. Indem Potentialismus jedem Menschen die ökonomische Basis sichert, erfüllt er ein Stück weit *Kant'schen Imperativ*, den Menschen niemals bloß als Mittel (zur Profitmaximierung etc.), sondern immer auch als Zweck an sich zu behandeln. Es ist ein Zeichen von Respekt vor der Würde des Individuums, wenn die Gesellschaft sagt: „Du darfst existieren und dein eigenes Leben gestalten, ohne dich zuerst ‘verdienen’ zu müssen.“ Natürlich bleibt die Verantwortung des Einzelnen bestehen, etwas Sinnvolles aus dieser Freiheit zu machen. Hier kommt die Frage nach dem **Sinn** ins Spiel: Arbeit hat für viele Menschen Sinn und Struktur gegeben. Wenn dieser äußere Sinngeber wegfällt, muss man inneren Sinn finden. Das kann zu einer existenziellen Herausforderung werden („*Woody Allen Dilemma*“: „*Was tun mit dem Rest des Tages, wenn man vormittags schon Unsterblichkeit erreicht hat?*“). Philosophisch knüpft das an Debatten um das *gute Leben* an: Was erfüllt uns? Potentialismus bietet die Chance, dass mehr Menschen das herausfinden können – aber es gibt keine Garantie, dass es jedem gelingt. Ethiker warnen vor einer möglichen **Sinnkrise**, einer „Freizeitgesellschaft“, in der sich manche verlieren. Diese Gefahr erfordert präventiv eine Kultur, die alternative Sinnquellen stärkt: Familie, Gemeinschaft, Hobbys, kreative Prozesse, spirituelle Entwicklung. Hier schließt sich der Kreis zur Ethik: Ist der Mensch „gut“ genug, mit Freiheit verantwortungsvoll umzugehen? Potentialismus hat ein eher *positives Menschenbild*: Er traut es den Menschen zu, sich konstruktiv einzubringen, wenn die Fesseln der Not gelöst sind. Dennoch muss eine werteorientierte Bildung (siehe 7.3) diese Selbstverantwortung fördern.

7.2 Kulturelle Implikationen: Vom Arbeitsethos zur Potentialkultur

Kultur umfasst Einstellungen, Gewohnheiten und gemeinschaftliche Praktiken. Ein Umschwenken zu Potentialismus bedeutet **Kulturwandel** auf mehreren Ebenen:

- **Arbeitskultur:** Wie schon angedeutet, müsste die Verknüpfung von persönlichem Wert mit dem Berufstitel aufgebrochen werden. In Deutschland ist die erste Frage beim Kennenlernen oft „Was machen Sie beruflich?“ – implizit wird Identität stark mit Job gleichgesetzt. In einer Potentialgesellschaft könnten stattdessen Fragen wie „Woran arbeiten Sie gerade mit Freude?“ oder „Was begeistert Sie zurzeit?“ treten, unabhängig

davon, ob es bezahlt wird. Es bräuchte eine **Anerkennungskultur** für vielfältige Beiträge. Beispielsweise könnte eine Person stolz erzählen, dass sie gerade ihren kranken Nachbarn pflegt oder ein interessantes Gemeinschaftsprojekt organisiert – und das würde ebenso respektiert wie eine klassische Karriere. Das verlangt Toleranz und Offenheit für andere Lebensentwürfe. Gesellschaftlich müssten wir lernen, *Nicht-Erwerbstätigkeit* nicht reflexhaft mit Faulheit gleichzusetzen. Historisch gibt es Vorbilder: Etwa die aristokratische Muße-Kultur (die jedoch nur einer Elite vorbehalten war) oder bestimmte klösterliche Gemeinschaften, wo Arbeit Mittel zum Zweck, aber nicht Selbstzweck war.

- **Konsum- und Statuskultur:** Potentialismus könnte auch **Konsumgewohnheiten** beeinflussen. Wenn Einkommen breiter verteilt und nicht mehr Wettbewerbsgegenstand ist, nimmt eventuell der Drang ab, sich über materiellen Besitz zu definieren. Heute dient Konsum oft als Ersatzbefriedigung oder Statusmarker im Hamsterrad („Belohnung“ für anstrengende Arbeit, „Show-off“ von Erfolg). Mit mehr Zeit und Grundsicherheit könnten Menschen stärker auf immaterielle Bereicherungen setzen – sozialer Austausch, Lernen, Erfahrungen. Natürlich bleibt Konsum als Lebensbereich bestehen, aber vielleicht nachhaltiger und gemeinschaftsorientierter (Sharing Economy, Repair-Cafés, etc. – Trends, die teils schon sichtbar sind). In der Potentialismus-Vision würde **Status** sich weg vom Bankkonto hin zum *Persönlichen* verlagern: Wer gilt als angesehen? Vielleicht jene, die etwas besonders Kreatives hervorgebracht haben, oder die sich sehr für andere einsetzen, oder die besondere Weisheit/Kompetenz besitzen – anstelle rein monetärer Eliten.
- **Gemeinschaft und Familie:** Wenn Erwerbsarbeit weniger zentral ist, könnten **zwischenmenschliche Beziehungen** an Bedeutung gewinnen. Familien hätten mehr Zeit füreinander, was der demografischen Entwicklung (weniger Kinder, alternde Gesellschaft) entgegenkäme – z. B. könnten mehr Menschen pflegebedürftige Angehörige selbst betreuen, was heute aus Zeitgründen oft nicht geht. Einsamkeit, ein zunehmendes Problem in modernen Gesellschaften, könnte durch eine *gemeinschaftsorientierte Kultur* gelindert werden, in der Nachbarschaften, Vereine, Kulturtreffs florieren. Der Staat könnte sowas aktiv fördern (z. B. Bereitstellung von öffentlichen Räumen für Gemeinschaftsprojekte, lokale Kulturzentren, etc.). Potentialismus benötigt eine **Kultur der Kooperation**: Wenn Menschen weniger im Konkurrenzkampf um Jobs stehen, sind sie eher frei, zusammenzuarbeiten. Gerade was kreative Projekte betrifft, fördert eine kollaborative Kultur Innovation (Open-Source-Communities in Software sind ein Beispiel, übertragen auf andere Felder denkbar).
- **Umgang mit Leistung und Talent:** Eine heikle kulturelle Frage ist, wie Gesellschaft mit *Unterschieden* in Talent und Einsatz umgeht. In einer Potentialgesellschaft haben zwar alle die Basis gesichert, aber selbstverständlich werden manche mehr aus ihren Möglichkeiten machen als andere. Es wird Hochleistungen in Wissenschaft, Kunst, Unternehmertum geben – diese verdienen Anerkennung. Die Kultur muss also zwei

scheinbar widersprüchliche Dinge vereinen: **Egalität** (Gleichwürdigkeit aller Menschen, unabhängig von ökonomischem Beitrag) und **Exzellenzförderung** (Würdigung besonderer Beiträge). Ideal wäre eine Kultur, in der *Neid* reduziert wird, weil Grundbedürfnisse gedeckt sind, und man sich über die Errungenschaften anderer freuen kann, anstatt sie als Bedrohung zu sehen. Das ist sicherlich eine utopische Herausforderung – aber vielleicht realistischer, wenn materielle Existenzangst als Nährboden für Missgunst entfällt.

7.3 Bildungspolitische Implikationen: Lernen für die neue Freiheit

Bildung wird zum Schlüsselfaktor für Potentialismus. Wenn Menschen mehr freie Zeit und Entfaltungsmöglichkeiten haben, müssen sie auch befähigt werden, diese sinnvoll zu nutzen. Ansonsten droht tatsächlich eine „brot und spiele“-Gesellschaft, in der die Leute nur passive Konsumenten von seichter Unterhaltung werden – ein dystopisches Szenario, das Kritiker eines BGE manchmal zeichnen (man stelle sich Millionen Menschen vor, die nur noch vor bildschirmbasierten Vergnügungen sitzen). Dem entgegenzuwirken ist *Aufgabe von Bildung* und Persönlichkeitsentwicklung.

Lebenslanges Lernen würde im Potentialismus zur Normalität. Nicht nur in jungen Jahren, sondern über die gesamte Lebensspanne müsste es Möglichkeiten und Angebote geben, neue Fähigkeiten zu erwerben und Interessen zu vertiefen. Die Gesellschaft könnte z. B. ein Netz von **Weiterbildungszentren** aufbauen, frei zugänglich, wo man von Programmieren bis Malerei alles lernen kann. Denkbar wäre sogar, dass jeder Bürger ein **persönliches Bildungskonto** hat (ähnlich einem BGE, aber zweckgebunden), das er für Kurse, Workshops, vielleicht Bildungsurlaub einsetzen kann. Dies wäre Investition in Humanvermögen, das im Potentialismus ja Kernressource ist.

Die **Schulbildung** müsste stärker Kompetenzen vermitteln, die im traditionellen System zu kurz kamen: Kreativität, kritisches Denken, soziale Kompetenz, Selbstorganisation. Weg von reiner Wissensvermittlung (Fakten kann KI besser liefern) hin zu *Haltung* und *soft skills*. Auch **Entrepreneurship** und Projektarbeit könnten früh gelehrt werden, da im Potentialismus viele Projekte bottom-up entstehen werden. Wichtig ist, dass Bildung Lust auf mehr macht – Neugier als Motor. Dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch Erwachsene fortfahren, sich zu bilden.

Hochschulen und Forschung könnten vom Druck befreit werden, primär marktaugliche Absolventen zu produzieren. In einem Potentialismus-Framework könnten mehr junge Menschen Fächer nach Interesse wählen, auch geistes- und sozialwissenschaftliche, ohne Angst vor „Brotlosigkeit“. Das könnte zu einem *kulturellen und wissenschaftlichen Aufbruch* führen – vergleichbar der Renaissance, als Mäzene Künste und Wissenschaft förderten, nur dass diesmal die Gesellschaft als Ganzes der Mäzen ist (über das Grundeinkommen). Forschung könnte interdisziplinärer und risikofreudiger werden, da Existenzen der Forschenden nicht an kurzfristigen Erfolgen hängen.

Ein Aspekt, der oft übersehen wird: **Medien- und Digitalkompetenz** sind im Potentialismus unerlässlich. Wenn so viel über digitale Plattformen (Blockchain, e-Partizipation, Online-Lernen) läuft, müssen Bürger befähigt sein, diese souverän zu nutzen. Bildungsangebote müssen also digitale **Alphabetisierung** auf allen Ebenen sicherstellen, damit niemand ausgeschlossen wird. Estland machte das vor: Digitale Bildung wurde in der Schule wie selbstverständlich eingeführt, sodass heute fast alle Generationen dort z. B. online Behördengänge erledigen können.

Wertebildung schließlich ist ein vielleicht weicher, aber wichtiger Teil: Potentialismus braucht Bürger mit einem gewissen Gemeinsinn und ethischen Kompass. Unterricht in Ethik, Gemeinschaftskunde, vielleicht sogar philosophische Reflexion über Sinn, könnte helfen, dass junge Menschen sich auf die neue Freiheit vorbereiten. Das klingt ambitioniert, doch es entspricht dem, was humanistische Bildung seit jeher anstrebt: den *ganzen Menschen* bilden, nicht nur den Arbeiter.

7.4 Mögliche Gegenkräfte und Risiken

Zum Abschluss dieser Reflexion sollen auch mögliche negative Szenarien beleuchtet werden, um nicht einseitig zu idealisieren:

- **Resistenz alter Narrativen:** Kulturelle Muster ändern sich langsam. Es ist denkbar, dass trotz BGE und neuem System viele Menschen zunächst an alten Mustern festhalten – z. B. dass gewisse Jobs immer noch höheren Status genießen. Oder dass manche sogar **nach mehr Führung/Struktur** rufen, weil sie mit Freiheit überfordert sind (Erich Fromms These „Angst vor der Freiheit“). Das könnte Bewegungen Vorschub leisten, die eine Rückkehr zu Autoritarismus oder Leistungsideologie propagieren.
- **„Brot und Spiele“-Phänomen:** Ein riskantes Szenario ist, dass anstelle der gewünschten Potentialentfaltung eine **Massenverführung** durch trivialen Konsum tritt. Moderne Unterhaltungsmedien (Streaming, Games, Social Media) sind sehr gut darin, Aufmerksamkeit zu binden. Wenn Millionen Menschen viel Freizeit haben, könnten sie in eine passive Rolle verfallen – zufrieden gestellt durch gerade genug BGE und endlose Unterhaltung. Die antike römische Oberschicht hielt das Volk mit „Panem et Circenses“ (Getreide und Zirkusspiele) bei Laune; eine dystopische Elite könnte theoretisch KI und BGE ähnlich instrumentalisieren, um eine entpolitisierte, apathische Bevölkerung zu erzeugen. Dem muss eine wachsam **demokratische Kultur** entgegenwirken: Bildung zur Mündigkeit ist daher so wichtig.
- **Ungleichheit anderer Art:** Auch im Potentialismus kann es Ungleichheiten geben – vielleicht weniger materiell, aber in Form von *kulturellem Kapital*. Wer bereits gut gebildet und motiviert ist, nutzt die Freiräume besser als jemand aus schwierigen Verhältnissen. Es besteht die Gefahr, dass sich eine **Zwei-Klassen-Entfaltung** ergibt: Die einen schreiben Romane, gründen Start-ups, kuratieren Ausstellungen – die anderen sehen sich unterfordert und abgehängt, eventuell trotz Geld unzufrieden. Daher muss gezielt in **benachteiligte Gruppen** investiert werden (Bildung, Mentoring), um alle

mitzunehmen ins postindustrielle Zeitalter.

- **Ethische KI & Verantwortung:** Ethisch ist auch zu bedenken, wie wir mit den KI-Systemen selbst umgehen. Wenn sie so zentral werden, stellt sich fast philosophisch die Frage: Haben wir Pflichten gegenüber intelligenten Maschinen? (Stichwort *Roboterrechte*). Das mag futuristisch klingen, aber sobald KI menschenähnliche Fähigkeiten zeigt, wird der Umgang mit ihr zum ethischen Thema. Potentialismus sollte hier ein humanistisches Leitbild wahren: Technologie ist Mittel zum Zweck, nicht selbst Zweck – der Mensch und sein Wohlergehen bleiben oberste Richtschnur. Gleichzeitig muss Potentialismus auch **öko-ethisch** sein: Die neu gewonnene Freiheit soll nicht zu Raubbau an der Natur führen (etwa durch exzessiven Konsum). Gemeinwohl schließt das *Wohl künftiger Generationen und der Umwelt* mit ein.

Trotz dieser Risiken überwiegt aus heutiger Sicht das positive Potential eines solchen Paradigmenwechsels. Wichtig ist, dass die **ethische Reflexion** integraler Bestandteil der Diskussion bleibt – wie es diese Arbeit versucht, indem sie technische und ökonomische Analysen immer wieder mit wertebasierten Betrachtungen verknüpft.

Fazit

Die vorliegende Arbeit hat in umfassender Weise das Konzept **Potentialismus** als sozioökonomisches Modell für eine postindustrielle Gesellschaft beleuchtet, in der KI und Automation einen Großteil der traditionellen Erwerbsarbeit übernommen haben. Ausgangspunkt war die Diagnose, dass weder der gegenwärtige Kapitalismus noch klassische Sozialismus- oder Sozialstaatmodelle allein in der Lage sind, die Herausforderungen einer solchen Zukunft – massive Arbeitsplatzumwälzungen, Konzentration von Produktivkraft in Maschinenhand, Erosion der Einkommensbasis – zu bewältigen.

Die Analyse des deutschen Arbeitsmarkts (Kap. 2) zeigte eindrücklich, dass bereits heute ein erhebliches Automatisierungspotenzial besteht und in naher Zukunft ein struktureller Wandel unvermeidbar ist. **65 % ersetzte Erwerbsarbeit** ist ein Szenario, das radikales Umdenken erfordert. Ohne neue Konzepte drohen Polarisierung, Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen.

Potentialismus wurde als möglicher *Paradigmenwechsel* entworfen, der die **Produktivitätsgewinne der KI gerechter verteilt** und den Menschen aus der reinen Rolle des Arbeitnehmers befreit. Zentrales Element ist ein **Blockchain-basiertes Grundeinkommen**, das die materielle Existenz für alle sichert (Kap. 3). Wir haben gesehen, dass dessen Finanzierung – obwohl ambitioniert – prinzipiell machbar ist, sofern politischer Wille zu deutlich progressiverer Verteilung vorhanden ist (vgl. DIW-Modell mit Flat Tax 50 % [mein-grundeinkommen.de](https://www.mein-grundeinkommen.de)). Die Blockchain-Technologie kann dabei helfen, Transparenz und Effizienz herzustellen, wie erste Experimente wie Circles andeuten, auch wenn sie noch Kinderkrankheiten haben frontiersin.org.

Das Konzept Potentialismus selbst (Kap. 4) geht jedoch über ein BGE hinaus: Es postuliert einen **Wertewandel**, bei dem individuelle Potentialentfaltung, Kreativität und Gemeinwohlorientierung die Leit motive sind. Ökonomischer Erfolg wird neu definiert – nicht über Profite, sondern über den Beitrag zur menschlichen Entwicklung. Hier zeigt sich Potentialismus als Synthese aus marktwirtschaftlicher Dynamik und sozialistischer Gerechtigkeit, unter Nutzung moderner Technologien als Katalysator. Es ist im Kern ein *humanistisches Projekt*: Technologie dient dem Menschen, und nicht umgekehrt.

Der internationale Vergleich (Kap. 5) stützte viele Annahmen: Positive Erfahrungen mit Grundeinkommens-Piloten in Finnland ec.europa.eu und Kanada en.unesco.org bekräftigen, dass ein solches Instrument sowohl machbar ist als auch soziale Vorteile bringt, ohne die Gesellschaft träge zu machen. Die digitale Vorreiterrolle Estlands weforum.org zeigt, dass die Umsetzung von radikalen Innovationen im Staatswesen gelingen kann, wenn Vertrauen und Kompetenz aufgebaut werden. Gleichwohl mahnt das Schweizer Votum 2016 vorwaerts.de zur Realismus: Breite gesellschaftliche Akzeptanz muss gewonnen werden, Utopien stoßen anfangs auf Skepsis.

Deshalb wurde in Kap. 6 ein empirischer Forschungsansatz skizziert, um die Lücke zwischen Vision und Wirklichkeit zu überbrücken. Durch Befragungen und Interviews ließe sich genau ausloten, wo **Zustimmung und Vorurteile** liegen, welche Gestaltungs details entscheidend wären (z. B. Höhe des BGE, Auszahlungsmodus, etc ... welche Gestaltungs details entscheidend wären (z. B. Höhe und Auszahlungsmodus des BGE) und welche Stolpersteine in der öffentlichen Meinung oder bei Experten gesehen werden. Diese Erkenntnisse könnten in einen evidenzbasierten **Maßnahmenkatalog** einfließen, der praktikable Schritte in Richtung Potentialismus aufzeigt.

Insgesamt kommt die Arbeit zu dem Schluss, dass Potentialismus eine vielversprechende Vision für die **postindustrielle KI-Gesellschaft** darstellt. Er adressiert die zentralen Probleme des Kapitalismus (ungleiche Verteilung von Automationsgewinnen) und des Sozialstaats (Erosion der beitragsfinanzierten Systeme) durch ein neues Paradigma, das **technische Lösungen** (Blockchain-UBI) mit **philosophischen Werten** (Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinwohl) vereinfilt. Die Kombination aus **kritischer Systemanalyse**, **datenbasierter Arbeitsmarktstudie** und **innovativer Konzeptentwicklung**, wie in dieser Arbeit dargelegt, zeigt nicht nur die Machbarkeit, sondern auch die Notwendigkeit eines solchen Paradigmenwechsels.

Dennoch müssen die **Grenzen und offenen Fragen** klar benannt werden. Einige Annahmen dieses Modells – etwa ein sehr schneller und gleichmäßiger Fortschritt von KI und Blockchain – könnten sich als zu optimistisch erweisen. Die **Integration eines dezentralen Krypto-BGE in bestehende fiskalische und monetäre Rahmen** wird erhebliche technische, regulatorische und logistische Herausforderungen mit sich bringen. Um Potentialismus weiter zu schärfen, bedarf es zusätzlicher Forschung: z. B. **Simulationsstudien** zur wirtschaftlichen und sozialen Gesamtwirkung, **Ländervergleiche** mit unterschiedlichen Sozialsystemen und **interdisziplinäre Analysen** (Ökonomie, Soziologie, Rechtswissenschaft), etwa zu langfristigen

Effekten auf Ungleichheit, Arbeitsanreize und Geldstabilitätfile-4ay5v8qvazp6ze81pzvynn】. Diese Arbeit kann nur ein Ausgangspunkt sein – die Verfeinerung des Potentialismus-Modells und die Erprobung seiner praktischen Umsetzbarkeit (durch Pilotprojekte oder Reallabore) sind lohnende Aufgaben für die Zukunft.

Abschließend lässt sich sagen: Angesichts der herausziehenden KI-Revolution ist Potentialismus nicht bloß eine utopische Spielerei, sondern ein **konkreter Vorschlag für einen neuen Gesellschaftsvertrag im 21. Jahrhundert**. Er versucht, das Versprechen technologischen Fortschritts – mehr Wohlstand und Freizeit für alle – einzulösen, indem er ökonomische Effizienz mit humanistischer Orientierung vereint. Ob Potentialismus letztlich Realität wird, hängt von vielen Faktoren ab, vor allem vom **politischen Willen** und der **gesellschaftlichen Bereitschaft**, neue Wege zu gehen. Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden hier Klarheit bringen. Indem wir jedoch bereits heute visionär, interdisziplinär und datenbasiert über solche Modelle nachdenken, erhöhen wir die Chance, die KI-getriebene Transformation aktiv zu gestalten – im Sinne einer Zukunft, in der die **Chancen der Automatisierung allen zugutekommen** und jeder Mensch die Freiheit und die Mittel hat, sein volles Potential zu entfalten.

Literaturverzeichnis

Adriaans, J., Liebig, S. und Schupp, J. (2019): *Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten*. DIW Wochenbericht 15/2019, S. 263–270diw.dediw.de】

Brandolini, A. und Smeeding, T. (2012): *Income inequality in richer and OECD countries*. In: *The Oxford Handbook of Economic Inequality*. (Mentioned in Text: steigende Ungleichheitijoc.org】

Ferdosi, M., McDowell, T., Lewchuk, W. und Ross, S. (2022): *On how Ontario trialed basic income*. UNESCO Inclusive Policy Lab (Erfahrungsbericht Ontario Basic Income Piloten.unesco.org.unesco.org】.

Fratzscher, M. (2022): *Ist ein Grundeinkommen finanzierbar?* – Kolumne *Die Zeit/Mein-Grundeinkommen*. (DIW-Berechnungen zeigen Finanzierbarkeit durch Flat Taxmein-grundeinkommen.demein-grundeinkommen.de】.

Harari, Y. N. (2017): *The meaning of life in a world without work*. *The Guardian*, 08.05.2017. (These von der „useless class“ in Zukunft ohne Arbeittheguardian.comtheguardian.com】.

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2021): *Folgen des technologischen Wandels für den Arbeitsmarkt: Komplexere Tätigkeiten könnten zunehmend automatisiert werden*. IAB-Presseinformation, 13. Juli 2021 (Autorinnen: B. Matthes/K. Dengleriab.deiab.de】.

Kangas, O., Jauhiainen, S., Simanainen, M. und Ylikännö, M. (2019): *The basic income experiment 2017–2018 in Finland: Preliminary results*. Berichtsformat, Helsinki: Ministry of

Social Affairs and Health (erste Ergebnisse: kein Beschäftigungseffekt, aber Wohlbefinden↑[ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/ec.europa.eu)ec.europa.eu]).

Marx, K. und Engels, F. (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. London: Communist League.

Marx, K. (1867): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1. Hamburg: Meissner.

Papadimitropoulos, V. und Perperidis, G. (2024): *Universal basic income on blockchain: the case of Circles UBI*. In: *Frontiers in Blockchain*, Vol. 7, Artikel 1362939 (Analyse des Berliner Circles-UBI-Pilotprojektsfrontiersin.orgfrontiersin.org]).

Piketty, T. (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press. (zeigt langfristige Tendenz $r > g$ und Ungleichheitsdynamikijoc.org]).

Silaškova, J. und Takahashi, M. (2020): *Estonia built one of the world's most advanced digital societies. During COVID-19, that became a lifeline*. World Economic Forum, 01.07.2020 (Über Estlands e-Governance und 99 % Online-Servicesweforum.org]).

Sen, A. (1999): *Development as Freedom*. New York: Knopf. (Entwickelt den Capability Approach: Wohlergehen als Verwirklichungschancenen.wikipedia.org]).

Van Parijs, P. und Vanderborght, Y. (2017): *Basic Income – A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press. (Allgemeine Argumentation für BGE, als Hintergrundwerk).

WEF – World Economic Forum (2020): *The Future of Jobs Report 2020*. Genf. (Prognosen zu Automatisierung und Jobwandel, fordert neuen Sozialvertrag).